

No. 28883

**AUSTRIA
and
TURKEY**

**Convention on social security (with final protocol). Signed at
Vienna on 12 October 1966**

**Additional Agreement to the above-mentioned Convention.
Signed at Ankara on 6 August 1974**

**Second additional Agreement to the above-mentioned Con-
vention. Signed at Vienna on 30 November 1979**

Termination

Authentic texts: German and Turkish.

Registered by Austria on 15 April 1992.

**AUTRICHE
et
TURQUIE**

**Traité relatif à la sécurité sociale (avec protocole final). Signé
à Vienne le 12 octobre 1966**

**Accord complémentaire au Traité susmentionné. Signé à
Ankara le 6 août 1974**

**Deuxième Accord complémentaire au Traité susmentionné.
Signé à Vienne le 30 novembre 1979**

Abrogation

Textes authentiques : allemand et turc.

Enregistrés par l'Autriche le 15 avril 1992.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TÜRKISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

DER BUNDESPRÄSIDENT DER REPUBLIK
ÖSTERREICH

und

DER PRÄSIDENT DER TÜRKISCHEN
REPUBLIK

IN DEM WUNSCH, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereiche der Sozialen Sicherheit zu regeln, und

IN ANERKENNUNG DES Grundsatzes, daß die Staatsangehörigen der beiden Staaten bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit einander gleichstehen,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, ein Abkommen zu schließen, und haben hiefür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich
Herrn Dr. Lujo Tončič-Sorinj, Bundesminister
für Auswärtige Angelegenheiten,

der Präsident der Türkischen Republik

Herrn Seyfi Turagay, außerordentlicher und
bevollmächtigter Botschafter.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart:

ABSCHNITT I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „ÖSTERREICH“

die Republik Österreich,

„TÜRKEI“

die Türkische Republik;

2. „STAATSANGEHÖRIGER“

in bezug auf Österreich dessen Staatsbürger, in bezug auf die Türkei eine Person, die die türkische Staatsbürgerschaft besitzt;

3. „RECHTSVORSCHRIFTEN“

die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen und im Gebiet oder in einem Teil des Gebietes eines Vertragsstaates in Kraft sind;

4. „ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE“

in bezug auf Österreich das Bundesministerium für soziale Verwaltung, hinsichtlich der Kinderbeihilfe aber das Bundesministerium für Finanzen, in bezug auf die Türkei das Arbeitsministerium;

5. „VERSICHERUNGSTRÄGER“

die Einrichtung oder Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;

6. „ZUSTÄNDIGER VERSICHERUNGSTRÄGER“

den Versicherungsträger, bei dem die betreffende Person im Zeitpunkt des Antrages auf Leistung versichert ist oder gegen den sie einen Anspruch auf Leistungen hat oder noch haben würde, wenn sie sich im Gebiete des Vertragsstaates, in dem sie zuletzt versichert war, aufhalten würde;

7. „FAMILIENANGEHÖRIGER“

einen Familienangehörigen im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

8. „BESCHÄFTIGUNG“

eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

9. „VERSICHERUNGSZEITEN“

Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten;

10. „BEITRAGSZEITEN“
Zeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates als Beitragszeiten gelten;
11. „GLEICHGESTELLTE ZEITEN“
in bezug auf Österreich die Ersatzzeiten, in bezug auf die Türkei die nach den Übergangsbestimmungen des Sozialversicherungsgesetzes zu berücksichtigenden Vordienstzeiten;
12. „GELDLEISTUNG“, „PENSION“ ODER „RENTE“
eine Geldleistung, eine Pension oder eine Rente einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;
13. „KINDERBEIHILFE“
in bezug auf Österreich die Kinderbeihilfe für Dienstnehmer einschließlich des Ergänzungsbetrages und die Mütterbeihilfe.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über
- a) die Krankenversicherung mit Ausnahme der folgenden Sonderversicherungen:
 - aa) Sonderversicherung für selbständig Erwerbstätige,
 - bb) Sonderversicherung für Kriegshinterbliebene und Hinterbliebene von Präsentdienern,
 - cc) Sonderversicherung für Kriegsbeschädigte und beschädigte Präsentdiener in beruflicher Ausbildung,
 - dd) Sonderversicherung für Bundesangestellte;
 - b) die Pensionsversicherung der Arbeiter, die Pensionsversicherung der Angestellten und die knappschaftliche Pensionsversicherung;
 - c) die Unfallversicherung mit Ausnahme der Unfallversicherung der selbständig Erwerbstätigen und der Unfallversicherung der Kriegsbeschädigten und der beschädigten Präsentdiener in beruflicher Ausbildung;
 - d) die Kinderbeihilfe;
2. in der Türkei auf die Rechtsvorschriften über
- a) die Krankenversicherung,
 - b) die Mutterschaftsversicherung,
 - c) die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,
 - d) die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung,

- e) die Pensionskasse für Arbeiter der Generaldirektion der staatlichen Eisenbahnen und Häfen,
- f) die Pensions- und Wohlfahrtskasse für Arbeiter in den Betrieben zur Herstellung militärischer Ausrüstung.

(2) Das Abkommen bezieht sich nicht auf Rechtsvorschriften über ein neues System oder einen neuen Zweig der Sozialen Sicherheit sowie auf Rechtsvorschriften, die das bestehende Recht auf neue Personengruppen ausdehnen.

(3) Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Abkommen im Bereiche der Sozialen Sicherheit ergeben, sind im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsstaaten nicht zu berücksichtigen.

Artikel 3

(1) Die Bestimmungen dieses Abkommens finden, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, auf Dienstnehmer und ihnen Gleichgestellte Anwendung, für welche die Rechtsvorschriften eines der beiden Vertragsstaaten gelten oder galten und welche Staatsangehörige eines der beiden Vertragsstaaten sind, sowie auf deren Familienangehörige und Hinterbliebene.

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens finden auf Angehörige der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der beiden Vertragsstaaten einschließlich des Verwaltungs- und technischen Personals sowie der Mitglieder des dienstlichen Hauspersonals und auf die privaten Hausangestellten von Angehörigen dieser Dienststellen keine Anwendung.

Artikel 4

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, auf welche die Bestimmungen dieses Abkommens Anwendung finden, haben, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, die gleichen Pflichten und Rechte aus den in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften wie die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates.

(2) Die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten über die Wählbarkeit der Versicherten und deren Arbeitgeber zu den Organen der Selbstverwaltung bei den Versicherungsträgern und den Verbänden sowie über die Berufung der Beisitzer in der Schiedsgerichtsbarkeit werden durch Absatz 1 nicht berührt.

Artikel 5

(1) Soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist, dürfen Geldleistungen, Pensionen und Renten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworben worden sind, nicht deshalb zum Ruhen gebracht werden, weil der Berechtigte im Gebiete des anderen Vertragsstaates wohnt.

(2) Geldleistungen, Pensionen und Renten der Sozialversicherung eines Vertragsstaates werden an die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates, die im Gebiet eines dritten Staates wohnen, unter denselben Voraussetzungen und in demselben Umfange gezahlt, als ob es sich um Staatsangehörige des ersten Vertragsstaates handle, die im Gebiete dieses dritten Staates wohnen.

Artikel 6

(1) Ein auf die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten gestützter Anspruch auf mehrere Leistungen gleicher Art oder mehrere Leistungen aus derselben Versicherungszeit oder aus demselben Versicherungsfall kann auf Grund der Bestimmungen dieses Abkommens weder erhoben noch aufrechterhalten werden; dies gilt nicht für Ansprüche aus der Pensionsversicherung, die nach Abschnitt II Kapitel 2 erhoben werden.

(2) Soweit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Leistung aus der Sozialversicherung oder Bezüge anderer Art oder eine Erwerbstätigkeit oder ein Sozialversicherungsverhältnis rechtliche Auswirkungen auf einen Leistungsanspruch oder auf die Gewährung einer Leistung oder auf die Versicherungspflicht in der Sozialversicherung oder auf die freiwillige Versicherung haben, kommt die gleiche Wirkung auch einem der angeführten Tatbestände zu, wenn dieser im anderen Vertragsstaat eintritt oder eingetreten ist.

Artikel 7

Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 8 und 9 gelten für Dienstnehmer und ihnen Gleichgestellte, die im Gebiet eines Vertragsstaates beschäftigt sind, dessen Rechtsvorschriften auch dann, wenn sie im Gebiete des anderen Vertragsstaates wohnen oder wenn sich ihr Dienstgeber oder der Sitz des Unternehmens, das sie beschäftigt, im Gebiete des anderen Vertragsstaates befindet.

Artikel 8

(1) Von dem in Artikel 7 aufgestellten Grundsatz gelten folgende Ausnahmen:

a) Werden Dienstnehmer oder ihnen Gleichgestellte aus dem Gebiet eines Vertragsstaates in das Gebiet des anderen Vertragsstaates von einem Dienstgeber entsendet, so gelten für sie während der ersten 24 Monate ihrer Beschäftigung im Gebiete des zweiten Vertragsstaates die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter, als wären sie noch in dessen Gebiet beschäftigt. Wird ihre Beschäftigung im Gebiete des anderen Vertragsstaates über diesen Zeitraum hinaus fortgesetzt, so finden die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates weiter Anwendung, sofern der Dienstgeber gemeinsam mit dem Dienstnehmer dies spätestens einen Monat vor Ablauf der 24 Monate beantragt hat und soweit die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaates unter Bedachtnahme auf die Art und die Umstände der Beschäftigung zustimmt. Vor der Entscheidung ist der zuständige Behörde des ersten Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

b) Werden Dienstnehmer oder ihnen Gleichgestellte, die im Dienst eines Unternehmens stehen, das für Rechnung Dritter oder auf eigene Rechnung die Beförderung von Personen oder Gütern durchführt und seinen Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates hat, im Gebiete des anderen Vertragsstaates beschäftigt, so gelten sie als im Gebiete des Vertragsstaates beschäftigt, in dem das Unternehmen seinen Sitz hat; unterhält das Unternehmen im Gebiete des anderen Vertragsstaates eine Zweigniederlassung, so gelten die von dieser beschäftigten Dienstnehmer als im Gebiete des Vertragsstaates beschäftigt, in dem sich der Sitz der Zweigniederlassung befindet.

(2) Absatz 1 gilt ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit des Dienstnehmers.

Artikel 9

Auf gemeinsamen Antrag der betroffenen Dienstnehmer und Dienstgeber kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 7 oder 8 Absatz 1 Buchstabe b anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die Dienstnehmer auf Grund der Beschäftigung einem System der Sozialen Sicherheit im anderen Vertragsstaat unterliegen oder wenn sie von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates einem System der Sozialen Sicherheit unterstellt werden. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Beschäftigung

Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

ABSCHNITT II BESONDERE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1

Krankenversicherung

Artikel 10

Galten für einen Versicherten nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiedererleben des Leistungsanspruches die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

Artikel 11

(1) Begibt sich ein Versicherter in das Gebiet des anderen Vertragsstaates, so hat er für sich und seine in diesem Gebiete befindlichen Familienangehörigen Anspruch auf die in den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorgesehenen Leistungen unter folgenden Voraussetzungen:

- a) Er muß bei seiner letzten Einreise in das Gebiet dieses Vertragsstaates arbeitsfähig gewesen sein;
- b) er muß nach seiner letzten Einreise in dieses Gebiet pflichtversichert gewesen sein;
- c) er muß unter Berücksichtigung der in Artikel 10 vorgesehenen Zusammenrechnung der Zeiten die in den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates bestimmten Voraussetzungen erfüllen.

(2) Erfüllt der Versicherte in den Fällen des Absatzes 1 nicht die Voraussetzungen der Buchstaben a, b oder c und tritt der Versicherungsfall innerhalb des in den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet er vor dem Wechsel seines Wohnortes zuletzt versichert war, vorgesehenen Zeitraumes ein, so hat er Anspruch auf Leistungen nach diesen Rechtsvorschriften. Die Bestimmungen des Artikels 12 Absätze 3 bis 6 finden entsprechend Anwendung.

Artikel 12

(1) Ist ein Versicherter bei einem Versicherungsträger eines Vertragsstaates versichert und wohnt er in dessen Gebiet, so erhält er bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Gebiete

des anderen Vertragsstaates Leistungen, wenn sein Zustand sofort ärztliche Betreuung einschließlich Krankenhauspflege erforderlich macht.

(2) Ist ein Versicherter zu Lasten eines Versicherungsträgers eines Vertragsstaates anspruchsberechtigt und wohnt er in dessen Gebiet, so behält er diesen Anspruch, wenn er seinen Wohnort in das Gebiet des anderen Vertragsstaates verlegt. Der Versicherte muß vor dem Wohnortwechsel die Zustimmung des zuständigen Versicherungsträgers einholen. Die Zustimmung kann aber nur wegen des Gesundheitszustandes des Berechtigten verweigert werden. Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen und die Zustimmung aus entschuldigen Gründen nicht vorher eingeholt werden konnte. Für die Leistungen bei Mutterschaft kann die Zustimmung vor Eintritt des Versicherungsfalles erteilt werden.

(3) Hat ein Versicherter nach den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 einen Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen von dem Versicherungsträger seines Aufenthaltsortes oder seines neuen Wohnortes gewährt, und zwar nach den für diesen Versicherungsträger geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere in bezug auf das Ausmaß sowie die Art und Weise der Leistungsgewährung; ihre Dauer richtet sich jedoch nach den für den zuständigen Versicherungsträger geltenden Rechtsvorschriften.

(4) In den Fällen der Absätze 1 und 2 hängt die Gewährung von Körperersatzstücken, größeren Hilfsmitteln und anderen Sachleistungen von erheblicher Bedeutung davon ab, daß der zuständige Versicherungsträger hiezu seine Zustimmung gibt; dies gilt nicht für Fälle unbedingter Dringlichkeit. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Gewährung der Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit des Betroffenen ernsthaft zu gefährden.

(5) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden die Geldleistungen nach den für den zuständigen Versicherungsträger geltenden Rechtsvorschriften gewährt. Diese Leistungen können von einem Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates für Rechnung des zuständigen Versicherungsträgers nach der Art und Weise gezahlt werden, die in einer Durchführungsvereinbarung festgelegt wird.

(6) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 finden auf Familienangehörige entsprechend Anwendung.

Artikel 13

(1) Die Familienangehörigen eines Versicherten, der bei einem Versicherungsträger eines Vertragsstaates versichert ist, erhalten, wenn sie im Gebiete des anderen Vertragsstaates wohnen, Sachleistungen, als ob der Versicherte bei dem Versicherungsträger ihres Wohnortes versichert wäre. Das Ausmaß sowie die Art und Weise der Leistungsgewährung richten sich nach den für diesen Versicherungsträger geltenden Rechtsvorschriften, ihre Dauer richtet sich jedoch nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Verlegen die Familienangehörigen ihren Wohnort in das Gebiet des Vertragsstaates, in dem der zuständige Versicherungsträger seinen Sitz hat, so erhalten sie Leistungen nach den für diesen geltenden Rechtsvorschriften. Dies gilt auch, wenn die Familienangehörigen für denselben Fall der Krankheit oder der Mutterschaft bereits Leistungen von einem Versicherungsträger des Vertragsstaates erhalten haben, in dessen Gebiet sie vor dem Wohnortwechsel gewohnt haben. Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Höchstdauer für die Leistungsgewährung vor, so wird die Zeit, in der für denselben Fall der Krankheit oder Mutterschaft Leistungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gewährt worden sind, von dem zuständigen Versicherungsträger auf die Höchstdauer angerechnet.

(3) Gilt eine Person nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten als Familienangehöriger, so werden die Leistungen nur einmal gewährt. Zur Erbringung der Leistungen ist der Versicherungsträger des Vertragsstaates verpflichtet, in dessen Gebiet der Familienangehörige wohnt.

Artikel 14

(1) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zum Bezug einer Pension oder Rente Berechtigter im Gebiet eines Vertragsstaates und hat er nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch auf Sachleistungen, so werden sie ihm und seinen Familienangehörigen von dem Versicherungsträger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension oder Rente lediglich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berechtigt wäre, in dem er wohnt. Diese Leistungen gehen zu Lasten des Versicherungsträgers des Vertragsstaates, in dem der Berechtigte wohnt. Artikel 12 Absätze 1 und 3 bis 6 und Artikel 13 gelten entsprechend.

(2) Wohnt ein nach den Rechtsvorschriften nur eines Vertragsstaates zum Bezug einer Pension oder Rente Berechtigter im Gebiete des anderen Vertragsstaates und hat er nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates Anspruch auf Sachleistungen, so werden ihm und seinen Familienangehörigen solche Leistungen von dem Versicherungsträger seines Wohnortes gewährt, als ob er zum Bezug einer Pension oder Rente nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berechtigt wäre, in dem er wohnt.

(3) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates von der dem Berechtigten zustehenden Pension oder Rente Beiträge zur Deckung der Sachleistungen abzuziehen, so ist der zur Zahlung der Pension oder Rente verpflichtete Versicherungsträger berechtigt, in den Fällen dieses Artikels die Abzüge vorzunehmen.

Artikel 15

In den Fällen des Artikels 11 Absatz 2, des Artikels 12 Absätze 1, 2 und 6, des Artikels 13 Absatz 1 und des Artikels 14 Absatz 2 werden die Sachleistungen gewährt

in Österreich

von der für den Aufenthaltsort der betreffenden Person zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte,

in der Türkei

von der Sozialversicherungsanstalt (Sosyal Sigortalar Kurumu).

Artikel 16

(1) Die Aufwendungen für Sachleistungen, die nach den Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 2, des Artikels 12 Absätze 1, 2 und 6, des Artikels 13 Absatz 1 und des Artikels 14 Absatz 2 gewährt werden, sind von den zuständigen Versicherungsträgern den Versicherungsträgern, die sie gewährt haben, zu erstatten. Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

(2) Die in Betracht kommenden Versicherungsträger können mit Zustimmung der zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen vereinbaren, daß an Stelle von Einzelabrechnungen der Aufwendungen Pauschalzahlungen treten.

Artikel 17

(1) Stirbt ein Versicherter, der den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates untersteht,

oder ein Pensions- oder Rentenberechtigter oder ein Familienangehöriger im Gebiete des anderen Vertragsstaates, so gilt der Tod als im Gebiete des ersten Vertragsstaates eingetreten.

(2) Das Sterbegeld geht zu Lasten des zuständigen Versicherungsträgers, auch wenn sich der Leistungsempfänger im Gebiete des anderen Vertragsstaates befindet.

Kapitel 2

Pensionsversicherung

Artikel 18

(1) Galten für einen Versicherten nacheinander oder abwechselnd die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten, so werden für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben des Leistungsanspruches die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates die Gewährung bestimmter Leistungen davon ab, daß die Versicherungszeiten in einem Beruf zurückgelegt worden sind, für den ein Sonderystem gilt, so werden für den Erwerb des Anspruches auf diese Leistungen nur die nach den entsprechenden Systemen des anderen Vertragsstaates beziehungsweise die nach dessen anderen Systemen in dem gleichen Beruf zurückgelegten Zeiten zusammengerechnet, soweit sie sich nicht überschneiden.

(3) Erreichen die Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zu berücksichtigen sind, insgesamt nicht sechs Monate, so wird nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung gewährt; in diesem Falle berücksichtigt der zuständige Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates die genannten Zeiten für den Erwerb, die Aufrechterhaltung und das Wiederaufleben des Leistungsanspruches, aber nicht für die Feststellung des geschuldeten Teilbetrages nach Artikel 19 Absatz 3. Diese Bestimmung gilt jedoch nicht, wenn der Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates allein auf Grund der Zeiten besteht, die nach diesen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind.

Artikel 19

(1) Beanspruchen ein im Artikel 18 bezeichneter Versicherter oder seine Hinterbliebenen Leistungen, so werden die Leistungen nach den Bestimmungen der Absätze 2 bis 5 festgestellt.

(2) Der zuständige Versicherungsträger jedes Vertragsstaates stellt nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften fest, ob die betreffende Person unter Berücksichtigung der im Artikel 18 vorgesehenen Zusammenrechnung der Zeiten die Voraussetzungen für den Anspruch auf die in diesen Rechtsvorschriften vorgesehenen Leistungen erfüllt.

(3) Besteht Anspruch auf Pension, so wird sie wie folgt berechnet:

a) Der zuständige Versicherungsträger jedes Vertragsstaates berechnet zunächst die Pension, die nach den von ihm anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften der betreffenden Person zustehen würde, wenn alle Versicherungszeiten, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates für die Berechnung der Pension zu berücksichtigen sind, auch für die Berechnung der Pension zu berücksichtigende Versicherungszeiten nach den von dem Versicherungsträger anzuwendenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften wären. Hierbei läßt der österreichische Versicherungsträger Beiträge zur Höherversicherung und den Leistungszuschlag außer Ansatz.

b) Sodann berechnet der zuständige Versicherungsträger jedes Vertragsstaates den Teil dieser Pension, der dem Verhältnis entspricht, in dem die Versicherungszeiten, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften berücksichtigt worden sind, zur Summe aller Versicherungszeiten stehen, die nach den Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten berücksichtigt worden sind. Dieser Betrag ist die Pension, die der Versicherungsträger der betreffenden Person schuldet.

c) Der österreichische Versicherungsträger erhöht die von ihm nach Buchstabe b geschuldete Pension um die Steigerungsbeträge für entrichtete Beiträge der Höherversicherung und um den Leistungszuschlag.

(4) Bei Anwendung des Absatzes 3 werden Beitragszeiten und gleichgestellte Zeiten wie folgt zusammengerechnet:

a) Trifft eine Pflichtversicherungszeit, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates zurückgelegt worden ist, mit einer Zeit freiwilliger Versicherung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zusammen, so wird nur die Pflichtversicherungszeit berücksichtigt.

- b) Trifft eine Beitragszeit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zusammen, so wird nur die Beitragszeit berücksichtigt.
- c) Trifft eine gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates mit einer gleichgestellten Zeit nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zusammen, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berücksichtigt, in dessen Gebiet die betreffende Person zuletzt vor dieser Zeit eine Versicherungszeit erworben hat. Hat die Person vor dieser Zeit im Gebiete keines der beiden Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben, so wird nur die gleichgestellte Zeit nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates berücksichtigt, in dessen Gebiet sie nach dieser Zeit zum ersten Male Versicherungszeiten erworben hat.
- d) Sind nach Buchstabe a Zeiten der freiwilligen Versicherung in der österreichischen Pensionsversicherung nicht zu berücksichtigen, so gelten die für diese Zeiten entrichteten Beiträge als Beiträge zur österreichischen Höherversicherung.

Artikel 20

(1) Erfüllt eine Person bei Zusammenrechnung der Zeiten nach Artikel 18 in einem bestimmten Zeitpunkt die Voraussetzungen der auf sie anwendbaren Rechtsvorschriften zwar nicht beider Vertragsstaaten, wohl aber eines von ihnen, so wird der Betrag der Leistung nach den Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 3 festgestellt.

(2) Erfüllt eine Person in einem bestimmten Zeitpunkt die Voraussetzungen der auf sie anwendbaren Rechtsvorschriften zwar nicht beider Vertragsstaaten, wohl aber eines von ihnen, ohne daß es erforderlich ist, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Zeiten zu berücksichtigen, so wird der Betrag der Leistung nur auf Grund der Rechtsvorschriften bestimmt, nach denen der Anspruch erworben worden ist, und zwar unter ausschließlicher Berücksichtigung der nach diesen zurückgelegten Zeiten.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden die bereits festgestellten Leistungen jeweils nach den Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 3 neu festgestellt, sobald die Voraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates bei Zusammenrechnung der Zeiten nach Artikel 18 erfüllt sind. Die Leistung des Versicherungsträgers

im Gebiete des einen Vertragsstaates ist mit Wirkung vom Tage des Beginnes der Leistung aus der Versicherung des anderen Vertragsstaates neu festzustellen. Die Rechtskraft der früheren Entscheidung steht der Neufeststellung nicht entgegen.

(4) Unbeschadet der Bestimmung des Absatzes 2 können Personen, auf welche die Bestimmungen dieses Kapitels anwendbar sind, die Gewährung einer Pension allein nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates nicht beanspruchen.

Artikel 21

(1) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auch ohne Berücksichtigung des Artikels 18 Absatz 1 Anspruch auf Pension und nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates nur unter Berücksichtigung der bezeichneten Bestimmung Anspruch auf Pension, und wäre die Pension nach den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates höher als die Summe der nach Artikel 19 Absatz 3 berechneten Teilpensionen, so hat der Versicherungsträger des ersten Vertragsstaates die von ihm nach Artikel 19 Absatz 3 zu gewährende Teilpension um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der Teilpensionen und der Pension zu erhöhen, die allein nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zustehen würde.

(2) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten ohne Berücksichtigung des Artikels 18 Absatz 1 Anspruch auf Pensionen und wären beide Pensionen höher als die Summe der nach Artikel 19 Absatz 3 berechneten Teilpensionen, so hat der zuständige Versicherungsträger des Vertragsstaates, nach dessen Rechtsvorschriften die höhere Pension geschuldet wird, seine Teilpension um den Unterschiedsbetrag zwischen der Summe der Teilpensionen und der Pension zu erhöhen, die allein nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zustehen würde. Der Versicherungsträger des zweiten Vertragsstaates erstattet dem Versicherungsträger, der zur Zahlung des Unterschiedsbetrages verpflichtet ist, diesen Betrag zu dem Teil, der dem in Artikel 19 Absatz 3 bezeichneten Verhältnis entspricht, jedoch höchstens bis zu dem Betrag, den der Versicherungsträger des zweiten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften ohne Berücksichtigung des Artikels 19 Absatz 3 zu gewähren hätte.

(3) Der Unterschiedsbetrag ist von Amtes wegen neu festzustellen, wenn sich die Höhe der Pensionen, die der Berechnung des Unter-

schiedsbetrages zugrunde liegen, ändert oder wenn sich der Umrechnungskurs um mehr als 10 vom Hundert ändert.

Kapitel 3

Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Artikel 22

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß bei der Bemessung des Grades der Erwerbsunfähigkeit infolge eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften früher eingetretene Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für früher eingetretene, unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates fallende Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gefallen wären.

(2) Der zur Entschädigung des später eingetretenen Versicherungsfalles zuständige Versicherungsträger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (die Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 23

(1) Hat ein Versicherter in beiden Vertragsstaaten eine Beschäftigung ausgeübt, die ihrer Art nach geeignet war, eine Krankheit zu verursachen, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten als Berufskrankheit gilt, so werden die Leistungen für diese Berufskrankheit von dem Versicherungsträger des Vertragsstaates gewährt, in dessen Gebiet zuletzt eine Beschäftigung ausgeübt worden ist, die ihrer Art nach geeignet war, eine solche Berufskrankheit zu verursachen. Diese Leistungszuständigkeit geht auf den Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates über, wenn zwischen diesen beiden Versicherungsträgern Einvernehmen besteht, daß nicht die zuletzt ausgeübte Beschäftigung, sondern die Beschäftigung im Gebiete des anderen Vertragsstaates die durch die Berufskrankheit eingetretene Minderung der Erwerbsfähigkeit ausschließlich verursacht hat.

(2) Macht eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates eine Entschädigung für eine Berufskrankheit erhalten hat

oder erhält, wegen Verschlimmerung derselben Krankheit Ansprüche nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates geltend, so bleibt der Versicherungsträger des ersten Vertragsstaates auch zur Gewährung der Leistungen unter Berücksichtigung der Verschlimmerung verpflichtet.

Artikel 24

(1) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates auf Grund eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit einen Anspruch auf Sachleistungen hat und sich in das Gebiet des anderen Vertragsstaates begibt, behält diesen Anspruch. Artikel 12 Absätze 1 bis 4 gilt entsprechend.

(2) Eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates versichert ist und im Gebiete des anderen Vertragsstaates einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit erleidet oder dort infolge eines früheren Arbeitsunfalles oder einer früheren Berufskrankheit Sachleistungen benötigt, erhält auf Antrag Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften des zweiten Vertragsstaates.

(3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden die Sachleistungen zu Lasten des zuständigen Versicherungsträgers

in Österreich

von der für den Aufenthaltsort des Berechtigten zuständigen Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte oder von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt,

in der Türkei

von der Sozialversicherungsanstalt

nach den für die in Betracht kommende Stelle geltenden Rechtsvorschriften gewährt. Artikel 12 Absatz 4 gilt entsprechend.

(4) Der zuständige Versicherungsträger erstattet der Stelle, welche die Leistungen gewährt hat, die entstandenen Kosten mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(5) In den Fällen der Absätze 1 und 2 werden die Geldleistungen nach den für den zuständigen Versicherungsträger geltenden Rechtsvorschriften gewährt. Diese Leistungen können von einem Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates für Rechnung des zuständigen Versicherungsträgers nach der Art und Weise gezahlt werden, die in einer Durchführungsvereinbarung festgelegt wird.

Kapitel 4 Leistungen für Kinder

Artikel 25

(1) Türkische Staatsangehörige, die als Dienstnehmer in Österreich auf Grund einer nach österreichischen Rechtsvorschriften erteilten Arbeitserlaubnis beschäftigt sind, ohne jedoch in Österreich einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu haben, haben nach Maßgabe der österreichischen Rechtsvorschriften Anspruch auf Kinderbeihilfe einschließlich des Ergänzungsbetrages zur Kinderbeihilfe und auf Mütterbeihilfe auch für ihre in der Türkei lebenden Kinder; kein Anspruch besteht, wenn die Beschäftigung nicht mindestens drei Monate ununterbrochen dauert.

(2) Artikel 5 gilt in bezug auf die Kinderbeihilfe nur insoweit, als die Voraussetzungen des vorstehenden Absatzes 1 vorliegen, sowie für Zeiträume, für die auf Grund einer Beschäftigung im Sinne des vorstehenden Absatzes 1 Geldleistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung von einem österreichischen Versicherungsträger bezogen werden.

(3) Absatz 1 gilt nicht, wenn sich der Dienstgeber oder der Sitz des Unternehmens, das Dienstnehmer im Sinne des Absatzes 1 beschäftigt, nicht in der Republik Österreich befindet, insoweit es sich nicht um Dienstnehmer einer in Österreich befindlichen Zweigniederlassung eines solchen Unternehmens handelt.

(4) Artikel 9 gilt nicht für die Kinderbeihilfe.

ABSCHNITT III VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

Artikel 26

(1) Die zuständigen Behörden werden miteinander das Nähere über die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Maßnahmen bestimmen. Sie können insbesondere die Errichtung von Verbindungsstellen, die der Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens hinsichtlich der Krankenversicherung, der Pensionsversicherung sowie der Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten dienen, vereinbaren.

(2) Die zuständigen Behörden unterrichten einander

- a) über alle zur Anwendung dieses Abkommens getroffenen Maßnahmen;
- b) über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften.

(3) Die Verwaltungsbehörden und Versicherungsträger der beiden Vertragsstaaten leisten einander bei der Anwendung dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als ob sie die eigenen Rechtsvorschriften anwenden würden. Die Hilfe ist kostenlos. Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten können jedoch die Erstattung bestimmter Kosten vereinbaren.

Artikel 27

(1) Ärztliche Untersuchungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates notwendig werden und Personen im Gebiete des anderen Vertragsstaates betreffen, werden auf Antrag des zuständigen Versicherungsträgers von einem Versicherungsträger im Gebiete des Vertragsstaates veranlaßt, in dem sich die zu untersuchenden Personen aufhalten. Die Kosten für diese Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstaufschlag, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden vom zuständigen Versicherungsträger erstattet. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Versicherungsträger beider Vertragsstaaten gelegen ist.

(2) Für die Beurteilung der Minderung der Erwerbsfähigkeit werden auch im anderen Vertragsstaat ausgestellte ärztliche Atteste als Grundlage anerkannt.

Artikel 28

Beiträge, die einem Versicherungsträger eines Vertragsstaates geschuldet werden, können im Gebiete des anderen Vertragsstaates nach dem Verwaltungsverfahren eingetrieben werden, das für die Eintreibung der den entsprechenden Versicherungsträgern dieses Vertragsstaates geschuldeten Beiträge gilt.

Artikel 29

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden erhält, der im Gebiete des anderen Vertragsstaates eingetreten ist, dort gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so gehen die Ansprüche, die der Leistungsempfänger gegen den Dritten hat, nach den für den verpflichteten Versicherungsträger geltenden Rechtsvorschriften auf diesen Versicherungsträger über.

(2) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Versicherungsträger im Gebiete des einen Vertragsstaates als auch einem Versiche-

nungsträger im Gebiete des anderen Vertragsstaates zu, so kann der Dritte die nach Absatz 1 auf die beiden Versicherungsträger übergegangenen Ansprüche mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder an den anderen Versicherungsträger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Versicherungsträger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 30

(1) Die in den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgesehenen Befreiungen oder Ermäßigungen von Steuern oder Gebühren einschließlich der Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Urkunden und Schriftstücke, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, werden auf die Urkunden und Schriftstücke erstreckt, die in Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates in Durchführung oder auf Grund der Vorschriften dieses Abkommens vorzulegen sind.

(2) Urkunden und sonstige Schriftstücke, die in Anwendung dieses Abkommens vorzulegen sind, bedürfen keiner Beglaubigung.

Artikel 31

Die Verwaltungsbehörden und Versicherungsträger eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

Artikel 32

(1) Ein bei einer zuständigen Stelle eines Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung, auf die unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, gilt auch als Antrag bei dem zuständigen Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates.

(2) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Verwaltungsbehörde oder einem Versicherungsträger dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden. Diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel sind entweder unmittelbar oder durch Vermittlung der zuständigen Behörde der Vertragsstaaten unverzüglich an die zuständige Stelle des ersten Vertragsstaates zu senden.

Artikel 33

(1) Haben Versicherungsträger eines Vertragsstaates an Berechtigte, die sich im Gebiete des anderen Vertragsstaates befinden, nach diesem Abkommen Zahlungen vorzunehmen, so leisten sie diese mit befreiender Wirkung in der Währung des ersten Vertragsstaates; haben sie Zahlungen an Versicherungsträger vorzunehmen, die sich im Gebiete des anderen Vertragsstaates befinden, so müssen diese in der Währung dieses Vertragsstaates geleistet werden.

(2) Die Überweisungen der zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Beträge sind nach den Zahlungsvereinbarungen der beiden Vertragsstaaten vorzunehmen, die im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

Artikel 34

(1) Jede Streitigkeit zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens ist zum Gegenstand unmittelbarer Verhandlungen zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten zu machen.

(2) Kann die Streitigkeit auf diese Art nicht innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Verhandlungen entschieden werden, so wird sie auf Verlangen eines oder beider Vertragsstaaten einer Schiedskommission unterbreitet, deren Zusammensetzung durch eine Vereinbarung zwischen den beiden Vertragsstaaten bestimmt wird. Das anzuwendende Verfahren wird in der gleichen Weise festgelegt.

(3) Die Schiedskommission hat den Streitfall nach den Grundsätzen und dem Geiste dieses Abkommens zu entscheiden. Ihre Entscheidungen sind verbindlich und endgültig.

Artikel 35

(1) Hat ein Versicherungsträger eines Vertragsstaates einen Vorschuß an einen Leistungsberechtigten gewährt, so kann dieser Versicherungsträger oder auf sein Ersuchen der zuständige Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates den Vorschuß von den auf den gleichen Zeitraum entfallenden Zahlungen in Abzug bringen, auf die der Berechtigte Anspruch hat.

(2) Hat ein Versicherungsträger eines Vertragsstaates einem Leistungsberechtigten im Falle der Neufeststellung nach Artikel 20 Absatz 3 beziehungsweise in Durchführung des Artikels 21

einen höheren als den Betrag gezahlt, auf den er Anspruch hat, so kann dieser Versicherungsträger die zahlende Stelle ersuchen, den zuviel gezahlten Betrag von der auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlung aus der Versicherung des anderen Vertragsstaates für ihn einzubehalten.

(3) Wurde in einem Vertragsstaat einem Leistungsberechtigten eine Fürsorgeunterstützung, eine vorläufige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung oder eine Ausgleichszulage während eines Zeitraumes gewährt, für den der Leistungsberechtigte Anspruch auf Geldleistungen hat, so behält der verpflichtete Versicherungsträger oder die zahlende Stelle auf Ersuchen und für Rechnung der in Betracht kommenden Stelle die auf den gleichen Zeitraum entfallenden Nachzahlungen bis zur Höhe der gezahlten Leistungen ein, als ob es sich um eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates handeln würde, in dessen Gebiet die ersuchende Stelle ihren Sitz hat.

ABSCHNITT IV ÜBERGANGS- UND SCHLUSS- BESTIMMUNGEN

Artikel 36

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen werden auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten des Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet der Bestimmung des Absatzes 1 gilt das Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind. In diesen Fällen werden nach den Bestimmungen des Abkommens

- a) Pensionen oder Renten, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten vom Inkrafttreten dieses Abkommens an feststellt,
- b) Pensionen oder Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt worden sind, auf Antrag des Berechtigten neu festgestellt; sie können auch von Amts wegen neu festgestellt werden, wobei der Tag, an dem der Versicherungsträger die von ihm an den Berechtigten zu erteilende Verständigung über die Einleitung

des Verfahrens abfertigt, als Tag der Antragstellung gilt,

- c) Pensionen oder Renten, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens wegen des Aufenthaltes des Berechtigten im anderen Vertragsstaat geruht haben, auf Antrag des Berechtigten ausgezahlt.

Wird der Antrag auf Feststellung, Neufeststellung oder Auszahlung der Pensionen oder Renten binnen zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Abkommens eingebracht oder die amtswegige Neufeststellung innerhalb dieser Frist eingeleitet, so sind sie vom Inkrafttreten des Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt ist.

(4) Sehen die Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten den Ausschluß oder die Verjährung von Ansprüchen vor, so werden hinsichtlich der Ansprüche aus der Anwendung des Absatzes 3 Buchstabe a die diesbezüglichen Rechtsvorschriften der beiden Vertragsstaaten auf die Berechtigten nicht angewendet, wenn der Antrag binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Abkommens gestellt wird; wird der Antrag nach Ablauf dieser Frist gestellt, so besteht der Anspruch auf Leistungen, soweit er nicht ausgeschlossen oder verjährt ist, vom Zeitpunkt der Antragstellung an, es sei denn, daß die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates günstigere Regelungen enthalten.

(5) In den Fällen des Absatzes 3 findet Artikel 35 Absatz 2 entsprechend Anwendung.

(6) Der bei einem Versicherungsträger eines Vertragsstaates eingebrachte Antrag auf Neufeststellung verpflichtet den in Betracht kommenden Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates zur Einleitung eines Feststellungs- beziehungsweise Neufeststellungsverfahrens von Amts wegen. Leitet ein Versicherungsträger ein Neufeststellungsverfahren von Amts wegen ein, so gilt diese Einleitung für den Versicherungsträger des anderen Vertragsstaates als Antrag auf erstmalige Feststellung beziehungsweise auf Neufeststellung der Leistung.

(7) Die Rechtskraft früherer Entscheidungen steht einer Neufeststellung nicht entgegen.

Artikel 37

Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald als möglich in Ankara ausgetauscht.

Artikel 38

Das Abkommen tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 39

Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten kündigen.

Artikel 40

(1) Im Falle des Außerkrafttretens dieses Abkommens bleiben alle in Anwendung seiner Bestimmungen erworbenen Leistungsansprüche aufrecht.

(2) Die Anwartschaften aus den Zeiten, die vor dem Außerkrafttreten zurückgelegt worden sind, werden durch das Außerkrafttreten nicht berührt; ihre Wahrung für den späteren Zeitraum wird durch Vereinbarung oder mangels einer solchen Vereinbarung durch die für den beteiligten Versicherungsträger geltenden Rechtsvorschriften bestimmt.

ZU URKUND DESSEN haben die oben genannten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 12. Oktober 1966 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. LUJO TONČIĆ-SORINJ

Für die Türkische Republik:

SEYFI TURAGAY

SCHLUSSPROTOKOLL ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TÜRKISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik abgeschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit geben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten die übereinstimmende Erklärung ab, daß über folgendes Einverständnis besteht:

1. Zu Artikel 1 des Abkommens:

Der in der Ziffer 12 angeführte Begriff „Pension“ umfaßt nicht die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

Der in Absatz 1 Ziffer 1 verwendete Begriff „Präservierdiener“ umfaßt auch die diesen nach den Vorschriften über die Heeresversorgung gleichgestellten Personen.

3. Zu Artikel 3 des Abkommens:

a) Als österreichische Staatsangehörige im Sinne des Abkommens gelten auch Personen, die sich am 11. Juli 1953, am 1. Jänner 1961 oder am 27. November 1961 im Gebiete der Republik Österreich nicht nur vorübergehend aufgehalten haben und an dem danach in Betracht kommenden Tag als Volksdeutsche (Personen deutscher Sprachzugehörigkeit, die staatenlos sind oder deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist) anzusehen sind.

b) Die Bestimmung des Absatzes 2 gilt für den österreichischen Handelsdelegierten und für die ihm von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zugeteilten fachlichen Mitarbeiter sowie für die Vertreter der genannten Kammer für Fragen der Arbeiteranwerbung entsprechend.

4. Zu Artikel 4 des Abkommens:

a) Die Gleichstellung der türkischen Staatsangehörigen mit den österreichischen Staatsangehörigen nach Absatz 1 bezieht sich nicht auf die Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften, soweit es sich handelt:

aa) in der Pensions(Renten)versicherung um die Berücksichtigung von Beitragszeiten, die nach dem 12. März 1938 und vor dem 10. April 1945 in einer Rentenversicherung des ehemaligen Deutschen Reiches auf Grund

der Versicherungspflicht beziehungsweise der Versicherungsberechtigung mit dem Beschäftigungsort beziehungsweise Wohnort außerhalb des Gebietes Österreichs zurückgelegt worden sind,

bb) in der Unfallversicherung um die Übernahme der Entschädigungspflicht aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die in dem in Buchstabe aa bezeichneten Zeitraum in der Unfallversicherung des ehemaligen Deutschen Reiches außerhalb des Gebietes Österreichs eingetreten sind.

b) In der österreichischen Pensions(Renten)versicherung gelten für türkische Staatsangehörige im Sinne des Abkommens die nachstehenden Zeiten unbeschadet der sonstigen Voraussetzungen als gleichgestellte Zeiten:

aa) hinsichtlich des ersten Weltkrieges Kriegsdienstzeiten in der österreichisch-ungarischen Armee oder in der Armee eines verbündeten Staates sowie diesen gleichgehaltene Zeiten der Kriegsgefangenschaft (Zivilinternierung) und der Heimkehr aus ihr;

bb) hinsichtlich des zweiten Weltkrieges Kriegsdienstzeiten in den Streitkräften des ehemaligen Deutschen Reiches und der verbündeten Staaten, Zeiten der Wehr- oder Arbeitsdienstpflicht sowie diesen gleichgehaltene Zeiten des Not- oder Luftschutzdienstes, der Kriegsgefangenschaft (Zivilinternierung) und der Heimkehr aus ihr.

Hiedurch werden die österreichischen Rechtsvorschriften über Begünstigungen für Geschädigte aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung nicht berührt.

c) Hängt die Anrechnung von Schulzeiten von einer nachfolgenden Kriegsdienstzeit oder gleichgehaltenen Zeit ab, so sind nur die in Buchstabe b angeführten Zeiten heranzuziehen.

d) Die Vorschriften des österreichischen Bundesgesetzes vom 22. November 1961 über Leistungsansprüche und Anwartschaften in der Pensions(Renten)versiche-

rung und Unfallversicherung auf Grund von Beschäftigungen im Ausland finden auf türkische Staatsangehörige keine Anwendung.

5. Zu Artikel 5 des Abkommens:

Die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften wird beim Aufenthalt des Pensionberechtigten im Gebiete des anderen Vertragsstaates nicht gewährt.

6. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Dienstnehmer eines türkischen Betriebes gelten auch dann als in Österreich beschäftigt, wenn sie die nach den österreichischen Rechtsvorschriften erforderliche Wohnsitzvoraussetzung nicht erfüllen.

7. Zu Artikel 10 des Abkommens:

Für die Erfüllung einer Wartezeit gelten als Versicherungszeiten auch sonstige nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigende Zeiten.

8. Zu Artikel 12 des Abkommens:

a) Die Bestimmung des Absatzes 1 findet Anwendung auf

aa) Personen, die sich in Ausübung ihrer Beschäftigung im Gebiete des anderen Vertragsstaates aufhalten, sowie auf die sie begleitenden Familienangehörigen;

bb) Personen, die sich im Gebiete des anderen Vertragsstaates zum Besuch ihrer dort wohnenden Familie aufhalten;

cc) die im Gebiete des einen Vertragsstaates wohnenden Familienangehörigen von Personen, die bei einem Träger des anderen Vertragsstaates versichert sind;

dd) Personen, die sich aus anderen Gründen im Gebiete des anderen Vertragsstaates aufhalten, wenn ihnen eine ambulante Behandlung für Rechnung des für den Aufenthaltsort zuständigen Versicherungsträgers gewährt wurde.

b) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 3 bis 6 gelten, soweit es sich um Dienstnehmer nach Artikel 8 Absatz 1 handelt, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit.

9. Zu Artikel 14 des Abkommens:

a) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Pensionswerber.

b) Bei Anwendung des Absatzes 2 gilt hinsichtlich der Krankenversicherung der Pensionisten der Aufenthalt im Gebiete der Türkei als ständiger Aufenthaltsort im Gebiete Österreichs.

10. Zu Artikel 16 des Abkommens:

Der Ersatz der Aufwendungen für Anspruchsberechtigte aus der österreichischen Pensions- oder Unfallversicherung nach Artikel 14 Absatz 2 wird aus den beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger einlangenden Beiträgen zur Krankenversicherung der Pensionisten geleistet.

11. Zu Artikel 18 des Abkommens:

a) In welchem Ausmaß und in welcher Weise Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Versicherung diese Zeiten zurückgelegt worden sind, und zwar mit der Maßgabe, daß ein Versicherungsmonat der österreichischen Pensionsversicherung in der türkischen Rentenversicherung als 30 Beitragstage gilt und

daß türkische Versicherungszeiten, sofern sie nur für einen Zeitraum von drei Monaten feststellbar sind, in der österreichischen Pensionsversicherung zu je einem Drittel in dem einzelnen Kalendermonat als zurückgelegt gelten.

b) Sonderversicherung im Sinne des Absatzes 2 ist in Österreich die knappschaftliche Pensionsversicherung. Für die Berücksichtigung türkischer Versicherungszeiten im Sinne des Absatzes 2 in der österreichischen knappschaftlichen Pensionsversicherung ist Voraussetzung, daß diesen Zeiten eine Beschäftigung zugrunde liegt, die in bestimmten türkischen Betriebsgruppen beziehungsweise als Angehöriger bestimmter Gruppen von Dienstnehmern ausgeübt wurde. Eine diesbezügliche Liste ist von den zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten unter Bedachtnahme auf § 15 des österreichischen Bundesgesetzes vom 9. September 1955 über die Allgemeine Sozialversicherung aufzustellen.

12. Zu Artikel 19 des Abkommens:

Die Versicherungsträger der beiden Vertragsstaaten wenden den bezeichneten Artikel nach folgenden Regeln an:

- a) Für die Durchführung des Absatzes 3 gelten 30 nach den türkischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Beitragstage als ein nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigender Versicherungsmonat und umgekehrt.
- b) Für die Feststellung der Bemessungsgrundlage sind ausschließlich die in der Pensions-(Renten)versicherung des jeweiligen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen.
- c) Kommt bei der Bemessung des österreichischen Steigerungsbetrages das Höchstausmaß von Versicherungsmonaten in Betracht, so ist das Teilungsverhältnis nach Absatz 3 Buchstabe b auf Grund sämtlicher von den Versicherungsträgern der beiden Vertragsstaaten berücksichtigten Versicherungszeiten ohne Bedachtnahme auf dieses Höchstausmaß zu bestimmen.
- d) Von den österreichischen Versicherungsträgern sind bei der Ermittlung der Gesamtleistung nach Absatz 3 Buchstabe a die in der türkischen Leistung zu berücksichtigenden türkischen Versicherungszeiten ohne Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften über die Anrechenbarkeit von Versicherungszeiten heranzuziehen.
- e) Von den österreichischen Versicherungsträgern sind die Rechtsvorschriften über die Kürzung oder das Ruhen auf die nach Absatz 3 Buchstabe a berechneten Pensionen anzuwenden.
- f) Bei Durchführung des Absatzes 3 Buchstabe a sind Beiträge, die zum Erwerb von gleichgestellten Zeiten in der österreichischen Pensionsversicherung nachentrichtet wurden, nicht als Beiträge der Höherversicherung zu behandeln.
- g) Sind von den österreichischen Versicherungsträgern Beitragsgrundlagen für die Bildung einer Bemessungsgrundlage in Fällen, in denen der Stichtag vor dem 1. Jänner 1962 liegt, nicht feststellbar, so wird als Beitragsgrundlage das jeweils nach den österreichischen Rechtsvorschriften geltende Vielfache des am 31. Dezember 1946 gebührenden täglichen Arbeitsverdienstes Beschäftigter gleicher Art bis zur jeweils in Geltung gestandenen Höchstbeitragsgrundlage herangezogen.
- h) Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit und Leistungszuständigkeit in der österreichischen Pensionsversicherung werden türkische Versicherungszeiten nach der Art der diesen Zeiten zugrunde liegenden Beschäftigung berücksichtigt. Zeiten, während derer ein Anspruch aus der türkischen Pensionsversicherung aus dem Versicherungsfall des Alters oder der Invalidität besteht oder bestanden hat, werden nach der Art der vor Eintritt des Versicherungsfalles zuletzt ausgeübten Beschäftigung berücksichtigt. Läßt sich die Art der Beschäftigung für einen bestimmten Zeitraum nicht mehr feststellen, so werden die auf dieser Beschäftigung beruhenden Versicherungszeiten so berücksichtigt, als ob sie auf einem Versicherungsverhältnis beruht hätten, für das die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter zuständig gewesen wäre. Für die Feststellung der Leistungszugehörigkeit zur österreichischen knappschaftlichen Pensionsversicherung werden von den türkischen Versicherungszeiten nur die nach Ziffer 11 Buchstabe b in Betracht kommenden Versicherungszeiten herangezogen.
- i) Für den Anspruch auf Knappschaftslohn und den Anspruch auf Knappschaftspension für Angestellte werden von den nach Ziffer 11 Buchstabe b in Betracht kommenden türkischen Versicherungszeiten nur jene berücksichtigt, denen Arbeiten zugrunde liegen, die den in der Anlage 9 zu dem in Ziffer 11 Buchstabe b bezeichneten österreichischen Bundesgesetz angeführten Arbeiten unter den dort vorgesehenen Voraussetzungen entsprechen. Für die Bemessung des Teiles des Knappschaftslohnes, den die österreichische knappschaftliche Pensionsversicherung zu erbringen hat, werden die Bestimmungen des Absatzes 3 mit der Maßgabe angewendet, daß nur die nach dem ersten Satz berücksichtigten Zeiten heranzuziehen sind.
- j) Für die Anspruchsvoraussetzungen und für die Leistung des Bergmannstreuegeldes aus der österreichischen knappschaftlichen Pensionsversicherung werden türkische Versicherungszeiten nicht herangezogen.
- k) Der Hilflosenzuschuß ist von der österreichischen Teilpension innerhalb der nach Absatz 3 Buchstabe b anteilmäßig gekürzten Grenzbeträge nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berechnen.
- l) Bei Durchführung des Absatzes 3 Buchstabe a des Abkommens in Versicherungs-

füllen, auf die der Vierte Teil des in der Ziffer 11 Buchstabe b bezeichneten österreichischen Bundesgesetzes nicht anzuwenden ist, hat der österreichische Versicherungsträger Steigerungsbeträge für türkische Versicherungszeiten mit der Maßgabe festzusetzen, daß als jährlicher Steigerungsbetrag nach dem Stand der Rechtsvorschriften vom 31. Dezember 1946 gilt

- aa) für die Invalidenrente bei Männern 40 g, bei Frauen 25 g für jede anrechenbare Woche,
- bb) für das Ruhegeld bei Männern 2,70 S, bei Frauen 1,90 S für jeden anrechenbaren Monat,
- cc) für die Knappschaftsvollrente bei Männern 4,60 S bei Frauen 3,— S für jeden anrechenbaren Monat,
- dd) für die Knappschaftsrente bei Männern 2,90 S, bei Frauen 1,90 S für jeden anrechenbaren Monat.

Wird aus der österreichischen Pensionsversicherung ein Abgeltungsbetrag für Zeiten einer Beschäftigung als Arbeiter vor dem 1. Jänner 1939 gewährt, so sind Steigerungsbeträge nur für die nach dem 31. Dezember 1938 gelegenen türkischen Versicherungszeiten anzusetzen.

- m) Die Pensionssonderzahlungen aus der österreichischen Pensionsversicherung ge-

bühren im Ausmaß der österreichischen Teilleistung; Artikel 21 ist entsprechend anzuwenden.

13. Zu Artikel 22 des Abkommens:

Die österreichischen Rechtsvorschriften über die Feststellung einer Gesamrente wegen eines neuerlichen Arbeitsunfalles oder einer neuerlichen Berufskrankheit finden keine Anwendung.

14. Zu Artikel 24 des Abkommens:

Die Bestimmungen gelten, soweit es sich um Dienstnehmer nach Artikel 8 Absatz 1 handelt, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Türkischen Republik über Soziale Sicherheit. Es tritt an demselben Tag in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien, am 12. Oktober 1966, in vier Urschriften, je zwei in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Dr. LUJO TONČIĆ-SORINJ

Für die Türkische Republik:

SEYFI TURAGAY

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ZUSATZABKOMMEN ZUM ABKOMMEN VOM 12. OKTOBER 1966 ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TÜRKISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Der Bundespräsident der Republik Österreich
und

der Präsident der Türkischen Republik

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, das am
12. Oktober 1966 geschlossene Abkommen über
Soziale Sicherheit — im folgenden Abkommen
genannt — zu ändern und zu ergänzen, und
haben hiefür zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich
Herrn Dr. Franz Herbatzschek, 20. und
bev. Botschafter der Republik Österreich in
der Türkischen Republik,

der Präsident der Türkischen Republik

Herrn Dr. Cenap Keskin, 20. Gesandter
und bev. Minister im Ministerium für Aus-
wärtige Angelegenheiten der Republik Türkei,
Leiter der Abteilung für soziale Sicherheit.

Die Bevollmächtigten haben nach Austausch
ihrer in guter und gehöriger Form befundenen
Vollmachten nachstehende Bestimmungen verein-
bart:

Artikel I

1. a) Artikel 1 Ziffer 4 des Abkommens erhält
folgende Fassung:

„4. ‚ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE‘

in bezug auf Österreich den Bundesminister für
soziale Verwaltung, hinsichtlich der Familienbei-
hilfe den Bundesminister für Finanzen,

in bezug auf die Türkei das Arbeitsministe-
rium;“

b) Artikel 1 Ziffer 13 des Abkommens erhält
folgende Fassung:

„13. ‚FAMILIENBEIHILFE‘

die Familienbeihilfe nach den österreichischen
Rechtsvorschriften.“

2. Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens erhält
folgende Fassung:

„(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über

a) die Krankenversicherung mit Ausnahme
der folgenden Sondernversicherungen:

aa) Sondernversicherung für Kriegshin-
terbliebene und Hinterbliebene von
Präsenzdienern,

bb) Sondernversicherung für Kriegsbe-
schädigte und beschädigte Präsenz-
diener in beruflicher Ausbildung;

b) die Pensionsversicherung der Arbeiter,
die Pensionsversicherung der Angestell-
ten und die knappschaftliche Pensions-
versicherung;

c) die Pensionsversicherung der in der ge-
werblichen Wirtschaft selbständig Er-
werbstätigen;

d) die Pensionsversicherung der in der
Land- und Forstwirtschaft selbständig
Erwerbstätigen;

e) die Unfallversicherung mit Ausnahme
der Unfallversicherung der Kriegsbe-
schädigten und der beschädigten Präsenz-
diener in beruflicher Ausbildung;

f) die Familienbeihilfe;

2. in der Türkei auf die Rechtsvorschriften
über

a) die Krankenversicherung, Mutterschafts-
versicherung, Versicherung gegen Ar-
beitsunfälle und Berufskrankheiten und
die Invaliditäts-, Alters- und Hinter-
bliebenenversicherung für Dienstnehmer;

b) die Invaliditäts-, Alters- und Hinter-
bliebenenversicherung für selbständige
Erwerbstätige;

c) die Pensionskasse für Beamte und Ange-
stellte des Staates;

d) die Sozialversicherungskassen, soweit sie
die unter Buchstabe a bezeichneten Ver-
sicherungen für Dienstnehmer durch-
führen, deren Kategorien im türkischen
Gesetz über Sozialversicherung genannt
sind.“

3. Artikel 3 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Dieses Abkommen gilt, soweit es nichts anderes bestimmt, für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten sowie für ihre Familienangehörigen und Hinterbliebenen.“

4. Dem Artikel 6 des Abkommens wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut angefügt:

„(3) Für das Entstehen eines Pensionsanspruches aus der österreichischen Pensionsversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen steht dem Erlöschen der Gewerbeberechtigung beziehungsweise des Gesellschaftsverhältnisses in Österreich die Einstellung der entsprechenden selbständigen Erwerbstätigkeit in der Türkei gleich.“

5. Artikel 7 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(1) Unbeschadet der Artikel 8, 8 a und 9 richtet sich die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Dies gilt bei Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit auch dann, wenn sich der Dienstgeber oder der Sitz des Unternehmens im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

(2) Würde die Anwendung des Absatzes 1 bewirken, daß nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten gleichzeitig Versicherungspflicht bestünde, dann gilt folgendes:

a) Bei gleichzeitiger Ausübung einer unselbständigen und einer selbständigen Erwerbstätigkeit richtet sich die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die unselbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt wird.

b) Bei gleichzeitiger Ausübung von selbständigen Erwerbstätigkeiten richtet sich die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dem sich der Erwerbstätige gewöhnlich aufhält.“

6. Nach Artikel 8 des Abkommens wird ein Artikel 8 a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im Dienste dieses Vertragsstaates oder eines anderen öffentlichen Dienstgebers dieses Vertragsstaates im anderen Vertragsstaat beschäftigt, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates.

(2) Hält sich ein österreichischer Staatsangehöriger gewöhnlich in der Türkei auf und wird er dort bei der diplomatischen oder einer berufs-

konsularischen Vertretung Österreichs beschäftigt, so gelten die türkischen Rechtsvorschriften. Hält sich ein türkischer Staatsangehöriger gewöhnlich in Österreich auf und wird er dort bei der diplomatischen oder einer berufs-konsularischen Vertretung der Türkei beschäftigt, so gelten die österreichischen Rechtsvorschriften. Der Dienstnehmer kann binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften des Vertragsstaates wählen, dessen Staatsangehöriger er ist. Er gilt dann als an dem Ort beschäftigt, an dem die Regierung dieses Vertragsstaates ihren Sitz hat. Die Wahl ist gegenüber dem Dienstgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten unwiderruflich vom Tag der Erklärung an.

(3) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates im anderen Vertragsstaat von einem Mitglied der diplomatischen oder einer berufs-konsularischen Vertretung des ersten Vertragsstaates in persönlichen Diensten beschäftigt, so gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Für die Dienstnehmer eines Wahlkonsuls (Honorarkonsuls) gelten die Absätze 1 bis 3 nicht.“

7. Artikel 9 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Auf gemeinsamen Antrag der betroffenen Dienstnehmer und Dienstgeber oder auf Antrag des betroffenen selbständig Erwerbstätigen kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 7 bis 8 a anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommenden Personen den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unterstellt werden. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Dienstnehmer nicht in dessen Gebiet beschäftigt, so gilt er als dort beschäftigt.“

8. Artikel 16 Absatz 2 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Versicherungsträger zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung vereinbaren, daß für alle Fälle oder für bestimmte Gruppen von Fällen anstelle von Einzelabrechnungen Pauschalzahlungen treten.“

9. a) Im Artikel 18 Absatz 3 erster Halbsatz des Abkommens sind nach dem Wort „Monate“ die Worte „für die Berechnung der Pension“ einzufügen.

b) Im Artikel 18 Absatz 3 zweiter Halbsatz des Abkommens hat die Zitierung „Artikel 19 Absatz 3 Buchstabe b“ zu lauten.

10. Im Artikel 19 Absatz 1 des Abkommens ist der Ausdruck „der Absätze 2 bis 5“ durch den Ausdruck „der folgenden Absätze“ zu ersetzen.

11. Abschnitt II Kapitel 4 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„Kapitel 4
FAMILIENBEIHILFE
Artikel 25

(1) Türkische Staatsangehörige, die als Dienstnehmer in Österreich auf Grund einer nach österreichischen Rechtsvorschriften erteilten Arbeiterlaubnis beschäftigt sind, ohne jedoch in Österreich einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt zu haben, haben nach Maßgabe der österreichischen Rechtsvorschriften Anspruch auf Familienbeihilfe auch für ihre in der Türkei lebenden Kinder. Ein Anspruch auf Familienbeihilfe besteht nur, wenn die Beschäftigung in Österreich mindestens einen vollen Kalendermonat dauert.

(2) Absatz 1 gilt auch für jene türkischen Staatsangehörigen, die sowohl in Österreich als auch in der Türkei einen Wohnsitz, jedoch den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen in der Türkei haben.

(3) Artikel 5 gilt in bezug auf die Familienbeihilfe nur insoweit, als die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen, sowie für Zeiträume, durch die auf Grund einer Beschäftigung im Sinne des Absatzes 1 Geldleistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung von einem österreichischen Versicherungsträger bezogen werden.

(4) Absatz 1 gilt nicht, wenn sich der Dienstgeber oder der Sitz des Unternehmens, das Dienstnehmer im Sinne des Absatzes 1 beschäftigt, nicht in Österreich befindet, soweit es sich nicht um Dienstnehmer einer in Österreich befindlichen Zweigniederlassung eines solchen Unternehmens handelt.

(5) Artikel 9 gilt nicht für die Familienbeihilfe.“

12. Artikel 26 Absatz 1 des Abkommens erhält folgende Fassung:

„(1) Die zuständigen Behörden können die für die Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung regeln. Sie können insbesondere Verbindungsstellen, die der Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens dienen, einrichten.“

13. a) Die bisherige Fassung des Artikels 28 des Abkommens wird mit Absatz 1 bezeichnet.

b) Dem Artikel 28 des Abkommens wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut angefügt:

„(2) Vollstreckbare Rückstandsausweise über zu Unrecht bezogene Familienbeihilfe, die gemäß den nach Artikel 2 anzuwendenden Rechtsvorschriften zur Rückzahlung vorgeschrieben wurde, werden in der Türkei anerkannt und die auf dem Rückstandsausweis ausgewiesenen Beträge nach jenem Verwaltungsverfahren eingetrieben, das für die Eintreibung der dem türkischen Versicherungsträger geschuldeten Beiträge gilt.“

14. Im Artikel 32 Absatz 1 des Abkommens ist der Punkt durch einen Strichpunkt zu ersetzen und folgender Halbsatz anzufügen:

„dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.“

15. Nach Artikel 36 des Abkommens ist ein Artikel 36 a mit folgendem Wortlaut einzufügen:

„Die einer Person, die aus politischen oder religiösen Gründen oder aus Gründen der Abstammung in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Schaden erlitten hat, nach den österreichischen Rechtsvorschriften zustehenden Rechte werden durch die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 2 und des Artikels 18 Absatz 1 des Abkommens nicht berührt.“

16. In Ziffer 3 des Schlußprotokolls haben die Bezeichnung Buchstabe a und die Bestimmung des Buchstaben b zu entfallen.

17. Der Ziffer 4 des Schlußprotokolls ist der Buchstabe e mit folgendem Wortlaut anzufügen:

„e) Die österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung der im Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie außerhalb des Gebietes der Republik Österreich zurückgelegten Zeiten einer selbständigen Erwerbstätigkeit finden auf türkische Staatsangehörige keine Anwendung.“

18. a) Ziffer 12 Buchstabe c des Schlußprotokolls erhält folgende Fassung:

„Übersteigt die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten das nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Steigerungsbetrages festgelegte Höchstausmaß, so ist die geschuldete Teilpension nach dem Verhältnis zu berechnen, das zwischen der Dauer der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und dem erwähnten Höchstausmaß von Versicherungsmonaten besteht.“

b) Der Ziffer 12 Buchstabe k des Schlußprotokolls ist folgender Satz anzufügen:

„Bestünde hingegen allein auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten Anspruch auf Pension, so gebührt der Hilflosenzuschuß in dem dieser Pension entsprechendem Ausmaß, es sei denn, daß nach den türkischen Rechtsvorschriften eine Erhöhung der Pension wegen Hilflosigkeit gewährt wird.“

c) Der Ziffer 12 des Schlußprotokolls sind die Buchstaben n und o mit folgendem Wortlaut anzufügen:

„n) Bei Durchführung des Absatzes 3 Buchstaben a und b haben die Versicherungsträger unbeschadet des Absatzes 4 sich deckende Versicherungszeiten mit ihrem tatsächlichen Ausmaß zu berücksichtigen.

o) Bei Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften über die Hinzurechnung von Versicherungszeiten im Falle eines Witwenfortbetriebes sind türkische Versicherungszeiten nicht zu berücksichtigen.“

19. Dem Schlußprotokoll ist eine Ziffer 15 mit folgendem Wortlaut anzufügen:

„15. Abschnitt II Kapitel 2 gilt nicht für Fälle, in denen nach den österreichischen Rechtsvorschriften über die Pensionsversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft selbständig

Erwerbstätigen die Rechtsvorschriften über die landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung weiterhin Anwendung finden.“

Artikel II

Die im Artikel 8 a Absatz 2 des Abkommens in der Fassung des Artikels I Ziffer 6 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens dieses Zusatzabkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag.

Artikel III

(1) Bei Anwendung des Abkommens in bezug auf die im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 Buchstaben c und d sowie Ziffer 2 Buchstaben b bis d des Abkommens in der Fassung dieses Zusatzabkommens bezeichneten Rechtsvorschriften gilt Artikel 36 des Abkommens entsprechend.

(2) Bei Anwendung des Artikels 36 a des Abkommens in der Fassung dieses Zusatzabkommens gilt Artikel 36 Absatz 3 Buchstabe b und Absatz 7 des Abkommens entsprechend.

Artikel IV

(1) Dieses Zusatzabkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind sobald wie möglich in Wien auszutauschen.

(2) Dieses Zusatzabkommen tritt, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird, am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Die Bestimmungen des Artikels I Ziffer 15 treten rückwirkend mit dem Inkrafttreten des Abkommens in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Zusatzabkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Ankara, am 6. August 1974, in zwei Urschriften, in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

FRANZ HERBATSCHKEK

Für die Türkische Republik:

CENAP KESKIN

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ZWEITES ZUSATZABKOMMEN ZUM ABKOMMEN VOM 12. OKTOBER 1966 ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TÜRKISCHEN REPUBLIK ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

Die Republik Österreich und die Republik Türkei sind übereingekommen, das am 12. Oktober 1966 geschlossene Abkommen über Soziale Sicherheit — im folgenden Abkommen genannt — wie folgt zu ändern und zu ergänzen:

Artikel I

1. Im Artikel 1 hat die Ziffer 4 zu lauten:

„4. „Zuständige Behörde“
in bezug auf Österreich den Bundesminister für soziale Verwaltung, hinsichtlich der Familienbeihilfen den Bundesminister für Finanzen, in bezug auf die Türkei das Ministerium für Soziale Sicherheit;“

2. Abschnitt II Kapitel 4 hat zu lauten:

„KAPITEL 4
Familienbeihilfe

Artikel 25

(1) Eine Person, die in einem Vertragsstaat als Dienstnehmer erwerbstätig ist, hat nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates Anspruch auf Familienbeihilfe auch für die Kinder, die sich ständig in dem anderen Vertragsstaat aufhalten.

(2) Für den Anspruch auf Familienbeihilfen werden die Dienstnehmer so behandelt, als hätten sie ihren Wohnsitz ausschließlich in dem Vertragsstaat, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird.

Artikel 25 a

Die Familienbeihilfe, die nach österreichischen Rechtsvorschriften für Kinder gewährt wird, die sich ständig in der Türkei aufhalten, beträgt monatlich S 600 für jedes Kind. Dieser Betrag erhöht oder vermindert sich um denselben Prozentsatz, um den sich in Österreich die Familienbeihilfe für ein Kind jeweils nach dem 1. Jänner 1978 erhöht oder vermindert.

Artikel 25 b

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Erlangung des Anspruches auf Familienbeihilfe bestimmte Wartezeiten vor, so werden die in dem anderen Vertragsstaat zurückgelegten gleichartigen Zeiten angerechnet.

(2) Dienstnehmer, die Geldleistungen nach den Rechtsvorschriften über die Kranken- oder Arbeitslosenversicherung eines Vertragsstaates beziehen, sind in bezug auf den Anspruch auf Familienbeihilfe so zu behandeln, als ob sie in dem Vertragsstaat, nach dessen Rechtsvorschriften sie diese Geldleistungen erhalten, beschäftigt wären.

Artikel 25 c

Hat eine Person während eines Kalendermonats unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind nacheinander die Anspruchsvoraussetzungen nach den Rechtsvorschriften des einen und des anderen Vertragsstaates erfüllt, so werden Familienbeihilfen für diesen Monat nur von dem Vertragsstaat gewährt, nach dessen Rechtsvorschriften sie zu Beginn des Monats zu gewähren waren.

Artikel 25 d

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten unter Berücksichtigung dieses Abkommens für ein Kind die Voraussetzungen für die Gewährung von Familienbeihilfen in beiden Vertragsstaaten gegeben, so sind die Familienbeihilfen für dieses Kind ausschließlich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dem sich das Kind ständig aufhält.

Artikel 25 e

Kinder im Sinne dieses Kapitels sind Personen, für die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften Familienbeihilfen vorgesehen sind.“

3. Dem Schlußprotokoll zum Abkommen sind die Ziffern 16 und 17 mit folgendem Wortlaut anzufügen:

„16. Zu Abschnitt II Kapitel 4 des Abkommens:

In bezug auf die Familienbeihilfe findet Artikel 4 nur nach Maßgabe der Artikeln 25 bis 25 e Anwendung.

17. Zu den Artikeln 25 und 25 a des Abkommens:

- a) Anspruch auf Familienbeihilfe besteht nur, wenn die Beschäftigung nicht gegen die bestehenden Vorschriften über die Beschäftigung ausländischer Dienstnehmer verstößt.
- b) Anspruch auf die Familienbeihilfe nach den österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur, wenn die Beschäftigung in Österreich mindestens einen Kalendermonat dauert; auf diese Wartezeit findet eine Anrechnung nach Artikel 25 b nicht statt.
- c) Anspruch auf die erhöhte Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder nach den

österreichischen Rechtsvorschriften besteht nur für die Kinder, die sich ständig in Österreich aufhalten.“

Artikel II

(1) Dieses Zusatzabkommen ist zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden sind sobald wie möglich in Ankara auszutauschen.

(2) Dieses Zusatzabkommen tritt zwei Jahre rückwirkend, gerechnet vom Tag, an dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden, in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Zusatzabkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 30. November 1979 in zwei Urschriften, in deutscher und türkischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

WILLIBALD P. PAHR

Für die Türkische Republik:

ASAF INHAN

[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

AVUSTURYA CUMHURİYETİ İLE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDA SOSYAL GÜVENLİK HAKKINDA ANLAŞMA

AVUSTURYA CUMHUR BAŞKANI

ve

TÜRKİYE CUMHUR BAŞKANI

Sosyal Güvenlik sahasında iki Devlet arasındaki münasebetleri düzenlemek arzusu ile ve

Sosyal Güvenlik konusunda uyguladıkları mevzuat bakımından her iki Devlet vatandaşlarının eşit muameleye tabi tutulmaları prensibinin teyidi maksadiyle,

bir anlaşma akdi için mutabakata varmışlar ve bu gaye ile, anlaşmayı akdetmek üzere temsilci olarak,

AVUSTURYA CUMHUR BAŞKANI

Federal Dışişleri Bakanı Dr. Lujo Tončić-Sorinj'i

TÜRKİYE CUMHUR BAŞKANI

Büyükelçi Seyfi Turagay'ı memur etmişlerdir.

Temsilciler, usulüne uygun olarak tanzim edilen salâhiyet belgelerini karşılıklı olarak teati ettikten sonra, aşağıdaki hususlarda mutabakata varmışlardır.

BÖLÜM I

GENEL HÜKÜMLER

Madde 1

Bu Anlaşmanın uygulanmasında:

1 — "AVUSTURYA"

Avusturya Cumhuriyetini,

"TÜRKİYE"

Türkiye Cumhuriyetini;

2 — "VATANDAŞ"

Avusturya bakımından, Avusturya vatandaşı sayılan kimseyi Türkiye bakımından, Türk vatandaşlığına haiz kimseyi;

3 — "MEVZUAT"

2 nci maddede sayılan sosyal güvenlik kollarıyla ilgili olarak bir âkit taraf ülkesinde veya bu ülkenin bir kısmında yürürlükte olan kanun, tüzük ve yönetmelikler ile hukukî kıymeti haiz diğer genel emir ve talimatı;

4 — "YETKİLİ MAKAM"

Avusturya bakımından, Federal Sosyal İşler Bakanlığını, çocuk yardımları hususunda ise Federal Maliye Bakanlığını Türkiye bakımından, Çalışma Bakanlığını;

5 — "SOSYAL SİGORTA MERCİİ"

2 nci maddede belirtilen mevzuatı veya bu mevzuatın bir kısmını uygulamakla görevli teşkilât veya makam;

6 — "YETKİLİ SOSYAL SİGORTA MERCİİ"

Sigortalının yardım isteğinde bulunduğu sırada bağlı olduğu Sosyal Sigorta Mercii veya en son sigortalı olduğu âkit taraf ülkesinde bulunsaydı hangi Sosyal Sigorta Merciiine bağlı olacak idiyse o Sosyal Sigorta Merciiini;

7 — "SİGORTALININ GEÇİNDİRMEKLE YÜKÜMLÜ OLDUĞU KİMSELERİ"

Sigortalının uygulanacak mevzuatta tarif edilen, geçindirmekle yükümlü olduğu kimseleri;

8 — "ÇALIŞMA"

Uygulanacak mevzuatta belirtilen mahiyette bir çalışmayı veya faaliyeti;

9 — "SİGORTALILIK SÜRESİ"

Prim ödeme süreleri ile muadil süreleri;

10 — “PRİM ÖDEME SÜRELERİ”

Äkit taraflar mevzuatına göre prim ödeme süresi olarak kabul edilen süreleri;

11 — “MUADİL SÜRE”

Avusturya bakımından prim ödenmiş itibar edilen süreleri, Türkiye bakımından, Sosyal Sigortalar Kanununun geçici maddelerine göre nazara alınması gereken eski hizmet sürelerini;

12 — “PARA YARDIMI”, “AYLIK” veya “GELİR”

Her türlü zam ve ek yardımlar ile artışlar dahil olmak üzere, bir para yardımını, bir aylığı veya bir geliri:

13 — “ÇOCUK YARDIMI”

Avusturya bakımından, ek yardım ve anaklık yardımı dahil, işçilere çocukları için yapılan yardımları; ifade eder.

Madde 2

(1) Bu Anlaşma hükümleri aşağıda yazılı mevzuat hakkında uygulanır.

1 — Avusturya bakımından:

- a) Aşağıda yazılı özel sigortalar hariç, Hastalık Sigortası;
 - aa) Serbest Meslek Erbabı için Özel Sigorta,
 - bb) Harpte ölenlerle askerlik hizmetini yaparken ölenlerin dul ve yetimleri için özel sigorta,
 - cc) Mesleki eğitim gören harp malûlleri ile askerlik hizmetini yaparken malûl kalanlar için özel sigorta,
 - dd) Federal hizmetliler için özel sigorta;
- b) İşçilerin Emeklilik Sigortası, Hizmetlilerin Emeklilik Sigortası, Maden İşçilerinin Emeklilik Sigortası;
- c) Serbest Meslek Erbabının Kaza Sigortası ile harp malûllerinin ve askerlik hizmetini yaparken malûl kalıp mesleki eğitim görmekte olan kimselerin Kaza Sigortası hariç, Kaza Sigortası;
- d) Çocuk Yardımı;

2 — Türkiye bakımından:

- a) Hastalık Sigortası;
- b) Anaklık Sigortası;
- c) İş Kazalarıyla Meslek Hastalıkları Sigortası;
- d) Malûllük, Yaşlılık ve Ölüm Sigortaları;

e) Devlet Demiryolları ve Limanları İşletme Genel Müdürlüğü İşçileri Emekli Sandığı;

f) Askeri Fabrikalar Tekâtüt ve Muavenet Sandığı.

(2) Her iki äkit taraf, sosyal güvenlik sahasında kabul edilen mülleterarası sözleşmelerden doğan mevzuat bu Anlaşmanın uygulanmasında nazara almazlar.

(3) Bu Anlaşma, sosyal güvenliğin yeni bir sistemi veya yeni bir kolu hakkındaki mevzuatla yeni çalışanlar gurubunun hukukunu kapsayacak mevzuat hakkında uygulanmaz.

Madde 3

(1) Bu Anlaşma hükümleri, Anlaşmada aksine hüküm bulunmayan hallerde, äkit taraflardan birinin vatandaşı olup haklarında äkit taraflardan birinin mevzuat uygulanan veya uygulanmış bulunan kimselerle bunların geçindirmekle yükümlü olduğu ve ölümlerinde hak sahibi kimseleri hakkında uygulanır.

(2) Bu Anlaşma hükümleri, teknik ve idari personel dahil, äkit tarafların elçilik, daimi delegelik ve konsolosluk mensupları ile resmî hizmet personeli ve bunların şahsî hizmetlerinde çalışanlar hakkında uygulanmaz.

Madde 4

(1) Haklarında bu Anlaşma hükümleri uygulanan äkit taraflardan birinin vatandaşları, bu Anlaşmada aksine bir hüküm bulunmadıkça, 2 nci maddede belirtilen mevzuatın uygulanmasında, diğer äkit taraf vatandaşlarıyla aynı hak ve vecibelere sahip olurlar.

(2) Sigortalılar ile iş verenlerin sosyal sigorta kurumlarının ve birliklerinin muhtar idare organlarına seçilmeleri ile hakem heyetlerine üye tayin olunmalarına müteallik äkit taraflar mevzuatı (1) inci fıkra hükmü dışında bırakılmıştır.

Madde 5

(1) Bu Anlaşmada aksine hüküm bulunmayan hallerde, äkit taraflardan birinin mevzuatına göre hakedilen para yardımları, aylık ve gelir, aylık sahibi kimsenin diğer äkit taraf ülkesinde ikamet etmesi sebebiyle durdurulamaz.

(2) Äkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Mercii, diğer äkit tarafın üçüncü bir devlet ülkesinde ikamet eden vatandaşı hakkında, para yardımlarıyla aylık ve gelirleri ödenmesinde, bu

kimse, sanki bu tarafın üçüncü bir devlet ülkesinde ikamet eden kendi vatandaşymış gibi, işlem yapar.

Madde 6

(1) Bu Anlaşma hükümlerine göre, aynı sigortalılık süresi veya sigorta vakası sebebiyle veya aynı mahiyette olmak üzere, her iki âkit taraf mevzuatına dayanılarak mükerrer yardım talebinde bulunulamıyacağı gibi, yapılmakta olan mükerrer yardımlar da devam ettirilemez. Su kadar ki, bu Anlaşmanın II nci bölümünün 2 nci kısmı gereğince Malûllük, Yaşlılık ve Ölüm Sigortasından doğan haklar bu hükmün dışındadır.

(2) Bir sosyal sigorta yardımından faydalanılması veya başka mahiyette diğer bir istihkakın bulunması veyahut sosyal sigortaya mecbut veya ihtiyari olarak tabi tutulma bakımlarından nasıl bir hukuki netice doğuyorsa, yukarıda belirtilen hallerin diğer âkit taraf ülkesinde vuku bulması da aynı hukuki neticeleri doğurur.

Madde 7

8 inci ve 9 uncu maddeler hükümleri saklı kalmak kaydıyla, âkit taraflardan birinin ülkesinde çalıştırılan kimseler hakkında, bunların diğer âkit taraf ülkesinde ikamet etmeleri veya işverenim ikametgâhının veyahut işyeri merkezinin diğer âkit taraf ülkesinde bulunması halinde dahi, çalıştırılan ülkede yürürlükte olan mevzuat uygulanır.

Madde 8

(1) Aşağıda belirtilen hususlar 7 inci madde hükmü dışında bırakılmıştır.

- a) Çalışmakta olan bir kimsenin âkit taraflardan birinin ülkesinden diğer âkit taraf ülkesine işvereni tarafından gönderilmiş olması halinde, bu ülkedeki çalışmasının ilk 24 ayı için, kendisini gönderen işverenin ülkesinde çalışıyormuş gibi, hakkında bu ülkede cari mevzuatın uygulanmasına devam olunur. Çalışma süresi bu müddeti aştığı takdirde, çalıştırılan ile işveren 24 aylık müddetin hitamından en geç bir ay evvel mutabakata varırlar ve diğer âkit tarafın yetkili makamı buna muvafakat ederse, bu kimse hakkında işyeri merkezinin bulunduğu âkit taraf mevzuatının uygulanmasına devam edilir. Bu hususta karar verilmeden önce mevzuatı uygulanacak olan âkit taraf

ülkesindeki yetkili makama, bu husustaki mütalâasını bildirmek için, imkân verilir.

- b) Merkezi âkit taraflardan birinin ülkesinde bulunan, başka bir kimsenin hesabına veya kendi hesabına insan veya yük taşıyan bir işverenin hizmetinde çalışan bir kimse, bir işin icrası için diğer âkit taraf ülkesine gönderildiği takdirde, o kimse hakkında, işyeri merkezinin bulunduğu ülkede çalışıyormuş gibi, bu taraf mevzuatı uygulanır. Merkezi âkit taraflardan birinin ülkesinde bulunan bir işverenin diğer âkit taraf ülkesindeki bir şubesinde çalışan bir kimse hakkında, şubenin bulunduğu âkit taraf mevzuatı uygulanır.

(2) (1) inci fıkrada belirtilen hükümler, çalışmaya vatandaşlık durumuna bakılmaksızın, uygulanır.

Madde 9

Çalıştırılan kimselerin çalışmalarından dolayı diğer âkit taraf ülkesindeki bir sosyal sigorta sistemine tabi olmalarının gerekmesi veya diğer âkit taraf ülkesindeki yetkili makam tarafından sosyal güvenlik sahasındaki bir rejime tabi tutulmaları halinde, ilgili kimse ile işverenin müşterek talebi üzerine, 7 nci madde ile 8 inci maddenin (1) inci fıkrasının (b) bendi gereğince, mevzuatı uygulanacak olan âkit tarafın yetkili makamı bu mevzuatın uygulanmasından istisna edilmelerini kabul edebilir. Karar alınmasında için şekil ve mahiyeti nazara alınır. Karar alınmasından önce diğer âkit taraf yetkili makamına mütalâa serdetmek imkânı verilir.

BÖLÜM II

ÖZEL HÜKÜMLER

Kısım 1

Hastalık sigortası

Madde 10

Birbirini takip eden süreler içinde veya münavebe ile her iki âkit taraf mevzuatına tabi bulunan bir sigortalının yardım hakkının doğması, idamesi ve ihyasında, her iki âkit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık süreleri, aynı zamana rastlamamak şartı ile birleştirilir.

Madde 11

(1) Diğer âkit taraf ülkesine giden bir sigortalı, kendisi ve gittiği ülkede bulunan geçindirmekle yükümlü olduğu kimseleri bu taraf mevzuatında

derpiş edilen yardımlardan aşağıda yazılı şartlarla faydalanırlar:

- a) Gittiği âkit taraf ülkesine son girişinde çalışabilir durumda olmak,
- b) Bu ülkeye son girişini müteakip mecburi sigortaya tabi tutulmuş olmak,
- c) Sürelerin birleştirilmesi hakkındaki 10 uncu madde hükümlerine göre, gittiği âkit taraf ülkesinde cari mevzuatta derpiş edilen şartları yerine getirmiş olmak,

(2) Durumu (1) inci fıkra hükmüne uygun bir sigortalının (a), (b) ve (c) bentlerinde yazılı şartları yerine getirmemiş olması ve sigorta vakasının sigortalının ikametyerini değiştirmeden evvel sigortalı bulunduğu ülkede cari mevzuatta derpiş edilen süre içinde vuku bulması halinde, yardım o taraf mevzuatına göre sağlanır. Bu halde, 12 inci maddenin (3) ilâ (6) ncı fıkraları hükümleri uygulanır.

Madde 12

(1) Âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Merciiine bağlı olarak sigortalı bulunan ve bu taraf ülkesinde ikamet eden bir sigortalıya, geçici olarak diğer âkit taraf ülkesinde bulunduğu sırada durumu derhal sağlık yardımı yapılmasını gerektirdiği takdirde, hastahane tedavileri dahil, yardım yapılır.

(2) Âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Merciiinden yardım talep etme hakkı bulunan ve bu taraf ülkesinde ikamet eden bir sigortalı, ikametgâhını diğer âkit taraf ülkesine nakletmesi halinde de, bu hakkını muhafaza eder. Sigortalı ikametgâhını değiştirmeden önce yetkili Sosyal Sigorta Merciiinin muvafakatini almakla zorunludur. Muvafakat talebi, yalnız sigortalının sağlık durumu sebebiyle reddolunabilir. Muvafakat, şartların mevcut bulunması, ancak elde olmayan sebeplerle önceden alınmamış bulunması halinde, sonradan da alınabilir. Analık yardımları için bu muvafakat sigorta vakasının oluşundan önce verilebilir.

(3) Bir sigortalının (1) ve (2) nci fıkralar gereğince yardıma hak kazanmış olması halinde, sağlık yardımları, sigortalının bulunduğu veya yeni oturmakta olduğu mahaldeki Sosyal Sigorta Mercii tarafından ve, hususiyle yardımın şekli, tarz ve şümul bakımından, bu Sosyal Sigorta Merciiinin uyguladığı mevzuata göre sağlanır. Şu kadar ki, yardım süresi, yetkili Sosyal Sigorta Merciiinin uyguladığı mevzuata göre tesbit edilir.

(4) (1) ve (2) nci fıkralar gereğince yapılacak protez yardımları ile mühim yekûn tutan diğer sağlık yardımları yetkili Sosyal Sigorta Merciiinin

muvafakatine bağlıdır. Ancak, bu hüküm mutlak âcil vakalar için uygulanmaz. Mutlak âcil vakalar, yardımın gecikmesi halinde sigortalının hayatının veya sağlığının tehlikeye düşmesi bahis konusu olan vakalardır.

(5) (1) ve (2) nci fıkralar gereğince yapılacak para yardımları yetkili Sosyal Sigorta Merciiinin uyguladığı mevzuata göre sağlanır. Bu yardımlar, âkit taraflardan birinin yetkili Sosyal Sigorta Mercii hesabına, diğer âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercii tarafından tatbikat anlaşmasında tesbit edilecek usul ve esaslar dahilinde ödenebilir.

(6) (1)—(5) inci fıkralar hükümleri, sigortalının geçindirmekle yükümlü olduğu kimseleri hakkın da da uygulanır.

Madde 13

(1) Âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Merciiine bağlı bir sigortalının diğer âkit taraf ülkesinde ikamet etmekte bulunan geçindirmekle yükümlü olduğu kimseleri, sigortalı diğer taraftaki Sosyal Sigorta Merciiine bağlı imiş gibi, sağlık yardımlarından faydalanırlar. Yardım, şekil ve şümul bakımından, bu taraf Sosyal Sigorta Merciiinin uyguladığı mevzuata göre sağlanır. Şu kadar ki, yardım süresi, sigortalının çalışmakta olduğu âkit taraf mevzuatına göre tesbit edilir.

(2) Sigortalının geçindirmekle yükümlü olduğu kimseleri, ikametgâhlarını yetkili Sosyal Sigorta Merciiinin bulunduğu âkit taraf ülkesine naklettikleri takdirde, yardımlar bu taraf mevzuatına göre sağlanır. Bu hükümü, sigortalının geçindirmekle yükümlü olduğu kimselerin, aynı hastalık veya analık vakası sebebiyle, ikametgâhlarının değişmesinden önce oturmakta oldukları âkit taraf ülkesindeki Sosyal Sigorta Merciiinden yardım almış olmaları halinde de uygulanır. Âkit taraflardan birinin mevzuatında yardımlar için azamî bir sürenin derpiş edilmiş olması halinde, aynı hastalık veya analık vakası için diğer âkit taraf mevzuatına göre yardım yapılmış olan süreler yetkili Sosyal Sigorta Mercii tarafından nazara alınır.

(3) İki âkit taraf mevzuatına göre sigortalı olan kimselerin aynı zamanda geçindirmekle yükümlü oldukları bir kimse, yalnız, ikamet ettiği ülkedeki yetkili Sosyal Sigorta Merciiinin uyguladığı mevzuata göre sağlanan yardımlardan faydalanır.

Madde 14

(1) Âkit taraflar mevzuatına göre aylık veya gelir almaya hak kazanmış olan bir kimse, âkit taraflardan birinin ülkesinde ikamet etmekte olduğu ve bu taraf mevzuatına göre sağlık

yardımına hak kazandığı takdirde, kendisine ve geçirdirmekte yükümlü olduğu kimselerine, münhasıran ikamet ettiği âkit taraf ülkesindeki mevzuata göre aylık veya gelir almaya hakkı varmış gibi, ikamet mahallindeki Sosyal Sigorta Mercii tarafından sağlık yardımı yapılır. Bu yardımlar aylık veya gelir sahibinin ikamet etmekte olduğu ülkedeki Sosyal Sigorta Mercii borçlandırılmak sureti ile yapılır. 12.ci maddenin (1) ve (3)—(6) ncı fıkraları hükümleri ile 13.cü madde hükümleri bu halde de uygulanır.

(2) Yalnız bir âkit taraf mevzuatına göre aylık veya gelir almakta olan ve diğer âkit taraf ülkesinde ikamet eden kimse aylık ve gelir aldığı âkit taraf mevzuatına göre sağlık yardımlarına da müstehak bulunduğu takdirde, kendisine veya geçirdirmekte yükümlü olduğu kimselerine gerekli sağlık yardımları, ikamet etmekte olduğu tarafın Sosyal Sigorta Mercii tarafından ve sanki bu taraf mevzuatına göre aylık veya gelir almakta imiş gibi, sağlanır.

(3) Bir âkit taraf mevzuatına göre, sağlık yardımlarını karşılamak üzere aylık veya gelirden kesintiler yapılması derpiş edilmiş ise, aylık veya geliri ödeyen Sigorta Mercii bu kesintileri yapmaya yetkilidir.

Madde 15

11 inci maddenin (2) nci, 12 nci maddenin (1), (2) ve (6) ncı, 13 üncü maddenin (1) inci ve 14 üncü maddenin (2) nci fıkraları gereğince yapılacak sağlık yardımları,

Avusturya'da:

İlgilinin ikamet ettiği mahaldaki yetkili Sosyal Sigorta Kurumu (Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte),

Türkiye'de:

Sosyal Sigortalar Kurumu, tarafından sağlanır.

Madde 16

(1) 11.ci maddenin (2) nci, 12.ci maddenin (1), (2) ve (6) ncı, 13.cü maddenin (1) inci ve 14.cü maddenin (2) nci fıkraları gereğince yapılan sağlık yardımlarına ait masraflar, idare masrafları hariç, yetkili Sosyal Sigorta Mercilerince, bu yardımları sağlanmış olan Sosyal Sigorta Mercilerine ödenir.

(2) İlgili Sosyal Sigorta Mercileri, işlerin idari bakımdan basitleştirilmesini maksadı ile, her iki âkit tarafın yetkili makamlarının tasvibi ile, bütün vakalar veya belirli vaka grupları için, münferit hesaplaşmalar yerine, maktu ödeme yapılması hususunda mutabakata varabilirler.

Madde 17

(1) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre sigortalı olan veya aylık veyahut gelir almaya hak kazanmış bulunan bir kimsenin veyahut bunun geçirdirmekte yükümlü olduğu kimsesinin diğer âkit taraf ülkesinde ölümü halinde, ölüm, mevzuatı uygulanan taraf ülkesinde vuku bulmuş sayılır.

(2) Cenaze yardımı, bu yardımı alacak olan kimsenin diğer âkit taraf ülkesinde bulunması halinde de yetkili Sosyal Sigorta Merciiince ödenir.

Kısım 2

Malûllük, Yaşlılık ve ölüm sigortaları

Madde 18

(1) Birbirini takip eden süreler içinde veya münavebe ile her iki âkit taraf mevzuatına tabi bulunan bir sigortalının yardım hakkının doğması, idamesi veya ihyasında, her iki âkit taraf mevzuatına göre geçen sigortalılık süreleri aynı zamana rastlamamak şartıyla, birleştirilir.

(2) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre, belirli yardımları yapılması sigortalılık sürelerinin özel bir rejime tabi bir iş kolunda geçmiş olmasına bağlı bulunduğu takdirde, bu yardımlara hak kazanılıp kazanılmadığının tesbiti için, diğer âkit taraf ülkesinde cari benzer veya değişik rejimlere uygun olarak aynı iş kolunda geçen sigortalılık süreleri, bu süreler aynı zamana rastlamamak şartıyla, birleştirilir.

(3) Bir âkit taraf mevzuatına tabi olarak geçen sigortalılık süresinin ala aydan az olması halinde bu taraf mevzuatına göre hiç bir yardım yapılmaz. Bu takdirde, bu süreler, diğer âkit tarafın yetkili Sosyal Sigorta Mercii tarafından yardım hakkının doğması, idamesi, ve ihyasında nazara alınır, 19 uncu maddenin (3) üncü fıkrası gereğince ödenecek olan kısmî aylığın tesbitinde nazara alınmaz. Şu kadar ki, ilk âkit tarafın mevzuatına göre geçen ve bu mevzuata göre nazara alınması gereken sigortalılık süreleri müstakillen yardım hakkının kazanılmasına yetiyorsa bu hüküm uygulanmaz.

Madde 19

(1) 18 inci maddede söz konusu olan bir sigortalının veya ölümü halinde hak sahibi kimselerinin talepleri üzerine yapılacak yardımlar aşağıda yazılı (2)—(5) inci fıkralar hükümlerine göre tesbit edilir.

(2) Äkit tarafların yetkili Sosyal Sigorta Mercilerinden her biri, sigortalılık sürelerinin birleştirilmesi hakkındaki 18 inci madde hükmünü göz önünde bulundurarak, ilgilinin, uygulanacak mevzuata göre aylık bağlanmasına hak kazanıp kazanmadığını kendi mevzuatına göre tayin eder.

(3) Aylığa hak kazanılmış olması halinde, bu aylık, aşağıda belirtildiği şekilde hesaplanır:

a) Her iki äkit tarafın yetkili Sosyal Sigorta Mercileri önce, diğer äkit taraf mevzuatına tabi olarak geçen ve o taraf mevzuatına göre aylığın hesaplanmasında nazara alınması gereken bütün sigortalılık sürelerini kendi mevzuatına göre de aylığın hesabında nazara alınması gereken sigortalılık süreleriyleymiş gibi kabul ederek sigortaya yine kendi mevzuatına göre bağlanması gereken aylık miktarını hesaplarlar. Bu tutarın hesaplanmasında Avusturya Sosyal Sigorta Mercii, munzam sigorta primlerini ve munzam yardımları nazara almaz.

b) Bundan sonra, her iki äkit tarafın yetkili Sosyal Sigorta Mercileri, kendi mevzuatına göre nazara alınan sigortalılık süresine isabet eden aylık tutarının her iki taraf mevzuatına göre nazara alınan sigortalılık sürelerinin toplamına göre hulan aylık tutarına olan nispetini tesbit eder. Bu suretle tesbit edilen miktar, Sosyal Sigorta Mercinin ilgiliye ödeyeceği aylığı teşkil eder.

c) Avusturya Sosyal Sigorta Mercii, (b) bendine göre hesaplanan kısmi aylık tutarını, munzam sigorta primleri ve munzam yardımlara göre artırır.

(4) (3) üncü fıkranın uygulanmasında, prim ödeme süreleri ve muadil süreler aşağıdaki esaslar dahilinde birleştirilir:

a) Äkit taraflardan birinin mevzuatına göre mecburî sigortaya tabi olarak geçen bir sigortalılık süresi diğer äkit taraf mevzuatına göre isteğe bağlı bir sigortalılık süresi ile aynı zamana rastladığı takdirde, yalnız mecburî sigortaya tabi olarak geçen süre nazara alınır.

b) Äkit taraflardan birinin mevzuatına göre bir prim ödeme süresi diğer äkit taraf mevzuatına göre bir muadil süre ile aynı zamana rastladığı takdirde, yalnız prim ödeme süresi nazara alınır.

c) Äkit taraflardan birinin mevzuatına göre geçen bir muadil süre diğer äkit taraf mevzuatına göre geçen bir muadil süre ile aynı zamana rastladığı takdirde, yalnız, ilgilinin en son sigortalı bulunduğu äkit taraf mevzuatına göre geçen muadil süre

nazara alınır. İlgilinin bu süreden önce hiç bir äkit taraf ülkesinde geçen sigortalılık süresi yoksa, yalnız, bu süreden sonra ilk defa olarak sigortalı bulunduğu äkit taraf mevzuatına göre geçen muadil süre nazara alınır.

d) (a) bendigereğince, Avusturya Einzellilik Sigortasında isteğe bağlı olarak geçen sürenin nazara alınmaması halinde, bu süreler için ödenmiş olan primler Avusturya'da ödenmiş munzam primler olarak kabul edilir.

Madde 20

(1) Sigortalı, sigortalılık sürelerinin 18 inci madde hükümleri gereğince belirli bir zamanda birleştirilmesi halinde, kendisi hakkında uygulanacak äkit taraflar mevzuatında derpiş edilen şartlardan yalnız bir äkit taraf mevzuatındakileri yerine getirmişse aylık tutarı 19 nncü maddenin (3) üncü fıkrasına göre hesaplanır.

(2) Sigortalı, belirli bir zamanda her iki äkit taraf mevzuatına göre değil de bunlardan yalnız birinin mevzuatına göre ve diğer äkit taraf mevzuatına tabi olarak geçen sigortalılık sürelerinin nazara alınmasına lüzum kalmaksızın aylığa hak kazanma şartlarını yerine getirdiği takdirde, aylık tutarı, yalnız o taraf mevzuatına göre ve münhasıran o tarafta geçen sigortalılık süreleri nazara alınmak suretiyle tesbit olunur.

(3) Yukarıdaki (1) ve (2) nci fıkralara göre tesbit edilmiş olan aylıklar, 18 inci madde gereğince birleştirilen sigortalılık sürelerine göre diğer äkit taraf mevzuatına uygun olarak da aylık bağlanmasına hak kazanılınca 19 uncu maddenin (3) üncü fıkrası gereğince, yeniden tesbit olunur. Äkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Merciiince ödenen aylık, diğer äkit taraf Merciiince aylık ödenmesine başlandığı gün itibarıyla yeniden tesbit edilir. Evvelce verilmiş bulunan bir karar aylığın yeniden tesbitine mani teşkil etmez.

(4) (2) nci fıkra hükümleri saklı kalmak kaydıyla, haklarında bu kısım hükümleri uygulanan kimseler, aylığın yalnız bir äkit taraf mevzuatına göre bağlanmasını istemezler.

Madde 21

(1) Bir kimse, äkit taraflardan birinin mevzuatına göre, 18inci maddenin (1) inci fıkrası hükümlerinin uygulanmasına lüzum kalmaksızın aylık bağlanmasına müstahak bulunduğu, diğer äkit taraf mevzuatına göre ise, amlan hükümler uygulanmak suretiyle, aylığa hak kazanabildiği ve yukarıda yazılı ilk äkit taraf mevzuatına göre

bağlanabilecek aylık, 19 uncu maddenin (3) fıkrası gereğince tesbit edilen kısmı aylıkların toplamından daha fazla olduğu takdirde, bu tarafın yetkili Sosyal Sigorta Mercii, 19 uncu maddenin (3) üncü fıkrası gereğince hesaplanan kısmı aylığı, kısmi aylıklar toplamı ile kendi mevzuatına göre bağlanabilecek aylık tutarları arasındaki fark kadar artırır.

(2) Sigortalı bir kimse 18 inci maddenin (1) inci fıkrası uygulanmaksızın her iki âkit taraf mevzuatına göre aylık bağlanmasına müstehak ise ve her iki aylık da 19 uncu maddenin (3) üncü fıkrasına göre tesbit edilen kısmı aylıkların toplamından yüksek ise, kendi mevzuatına göre daha yüksek aylık bağlanabilecek olan âkit tarafından yetkili Sosyal Sigorta Mercii, 19 uncu maddenin (3) üncü fıkrasına göre bağlayacağı aylığı, kısmi aylıkların toplamı ile yalnız kendi mevzuatına göre bağlayabileceği aylık tutarı arasındaki fark kadar artırır. Diğer âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercii, yukarıdaki farkı ödemekle mükellef olan Sosyal Sigorta Mercii'ne, bu farkın 19 uncu maddenin (3) üncü fıkrasında belirtilen nispete teklâbül eden kısmını, kendi mevzuatına göre ve 19 uncu maddenin (3) üncü fıkrası nazara alınmaksızın ödemesi gereken miktarı aşmamak şartıyla öder.

(3) Farkın tesbitine esas teşkil eden aylık miktarlarının değişmesi veya tahvil kurunun % 10 un üstünde bir değişiklik göstermesi halinde, aradaki fark resen yeniden tesbit olunur.

Kısım 3

İş kazalarıyla meslek hastalıkları sigortası

Madde 22

(1) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre, bir iş kazası veya meslek hastalığı sonucu işgöremezlik derecesinin tayininde, daha önce vuku bulmuş iş kazalarının veya meslek hastalıklarının da nazara alınması gerekiyorsa, daha önce vuku bulmuş veya geçicilmiş olan ve diğer âkit taraf mevzuatı şümulüne giren iş kazaları ile meslek hastalıkları bu taraf mevzuatına göre vuku bulmuş veya geçicilmiş kabul edilir.

(2) Sonradan vuku bulan sigorta vakası dolayısıyla yardımda bulunması gereken Sosyal Sigorta Mercii, yapacağı yardımı kendi mevzuatına göre nazara alınması gereken iş kazası (meslek hastalığı) nın sebep olduğu işgöremezlik derecesine göre tayin eder.

Madde 23

(1) Her iki âkit taraf mevzuatına göre meslek hastalığı olarak kabul edilen bir hastalığa sebep olabilecek mahiyette bir işte çalışmış olan bir sigortalıya bu meslek hastalığı dolayısıyla yapılması gereken yardımlar, sigortalı son olarak hangi âkit taraf ülkesinde mahiyet itibarıyla böyle bir meslek hastalığına sebep olabilecek bir işte çalışmışsa, o taraf Sosyal Sigorta Mercii'ne sağlanır. İki âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercii'leri son olarak yapılan işin değil de münhasıran diğer âkit taraf ülkesinde yapılan işin sigortalının çalışma gücünün azalmasına sebep olduğu hususunda mutabakata varırlarsa, yardım mükellefiyeti, bu işin yapıldığı âkit taraf ülkesindeki Sosyal Sigorta Mercii'ne ait olur.

(2) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre meslek hastalığı sebebiyle yardım almış veya almakta bulunan bir kimse, aynı hastalığın artması sebebiyle diğer âkit tarafın mevzuatına göre yardım talep ettiği takdirde, yardım yapmış veya yapmakta olan âkit taraf Sosyal Sigorta Mercii, hastalığın artmasını nazara alarak, bu yardımı yapmakla da zorunludur.

Madde 24

(1) Uğradığı bir iş kazası veya tutulduğu meslek hastalığı sebebiyle, âkit taraflardan birinin mevzuatına göre sağlık yardımı yapılmasına hak kazanmış bulunan bir kimse diğer âkit taraf ülkesine gittiği takdirde de bu hakkını muhafaza eder. Bu halde 12 inci maddenin (1)—(4) üncü fıkraları uygulanır.

(2) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre sigortalı bulunan ve diğer âkit taraf ülkesinde bir iş kazasına uğrayan veya meslek hastalığına tutulan veya bu taraf ülkesinde evvelce uğradığı iş kazası veya tutulduğu meslek hastalığı sebebiyle durumu sağlık yardımı yapılmasını gerektiren bir kimse, isteği üzerine bu taraf mevzuatına göre sağlık yardımından faydalanır.

(3) (1) ve (2) nci fıkraların uygulanmasında, sağlık yardımları yetkili Sosyal Sigorta Mercii hesabına Avusturya'da:

ilgilinin ikamet mahallindeki yetkili İşçilerin ve Hizmetlilerin Hastalık Sigortası (Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte) veya Genel Kazası Sigortası Kurumu (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt),

Türkiye'de:

Sosyal Sigortalar Kurumu, tarafından ve bu mercilerin uyguladığı mevzuata göre sağlanır. Bu halde 12 nci maddenin (4) üncü fıkrası bükümü uygulanır.

(4) Yetkili Sosyal Sigorta Mercii, yardımları yapan Sosyal Sigorta Mercii'ne, yardımla ilgili masrafları, idare masrafları hariç, öder.

(5) (1) ve (2) nci fıkraların uygulanmasında, para yardımları, yetkili Sosyal Sigorta Mercii'nin uyguladığı mevzuata göre sağlanır. Bu yardımlar, âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Mercii tarafından, tatbikat anlaşmasında tesbit edilecek şekil ve surette olmak üzere, yetkili Sosyal Sigorta Mercii hesabına yapılabilir.

Kısım 4

Çocuk yardımları

Madde 25

(1) Avusturya mevzuatına göre verilmiş çalışma müsaadesiyle Avusturya'da işçi olarak çalışan Türk vatandaşları, ikametgâhları Avusturya'da bulunmasa ve normal olarak Avusturya'da oturmaları dahi, Avusturya mevzuatına göre ödenen çocuk yardımı, münzam çocuk yardımı ve analık yardımlarından Türkiye'de yaşayan çocukları için faydalanırlar. Aralıksız olarak en az üç ay çalışmamış olması halinde bu yardımlar yapılmaz.

(2) Çocuk yardımı bakımından 5 inci madde bükümü yukarıda (1)inci fıkraya hükmünün yerine getirilmiş olması ve bu fıkraya uygun olarak çalışılması dolayısıyla mevcut kanuni hastalık sigortasına müsteniden her hangi bir Avusturya sigorta teşkilâtından para yardımı alınması hallerinde uygulanır.

(3) (1) inci fıkraya hükmüne uygun olarak işçi çalıştıran işverenin ikametgâhının veya işyeri merkezinin Avusturya Cumhuriyeti dahilinde bulunmaması halinde sözü geçen fıkraya hükmü uygulanmaz, ancak böyle bir işverenin Avusturya'da bulunan şubesinin işçileri hakkında uygulanır.

(4) 9 uncu madde hükmü çocuk yardımları hakkında uygulanmaz.

BÖLÜM III

ÇEŞİTLİ HÜKÜMLER

Madde 26

(1) Yetkili makamlar, bu Anlaşmanın uygulanmasında alınması gerekli bütün tedbirleri birlikte

taayin ederler. Yetkili makamlar, özellikle hasta-lık, malûllük, yaşlılık ve ölüm sigortaları ile iş kazalarıyla meslek hastalıkları sigortasının kolay-lıkla uygulanabilmesini sağlamak üzere iribat büroları kurulması hususunda mutabakata varırlar.

(2) Yetkili Makamlar:

a) Bu Anlaşmanın uygulanması ile ilgili olarak alınan bütün tedbirler,

b) Bu Anlaşmanın uygulanması ile ilgili mevzuatta yapılan bütün değişiklikler, hakkında, karşılıklı olarak, birbirlerine bilgi verirler.

(3) Her iki âkit tarafın idare makamları ile Sosyal Sigorta Mercileri, bu Anlaşmanın uygulanmasında, sanki kendi mevzuatını uyguluyormuş gibi, birbirlerine yardım ederler. Bu yardımlar parasızdır. Bununla beraber, âkit tarafların Yetkili Makamları, bazı masrafların karşılanması hususunda mutabakata varabilirler.

Madde 27

(1) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre, diğer âkit taraf ülkesinde bulunan kimselerin sağlık muayenelerinin yapılması gerektiği takdirde, ilgililerin bulunduğu âkit taraf ülkesindeki Sosyal Sigorta Mercii, yetkili Sosyal Sigorta Mercii'nin talebi üzerine, bu muayeneleri yaptırır. Sağlık muayenesi masrafları seyahat masrafları, kesilen ücretler, bir sağlık tesisine yatırılarak yapılan müşahede masrafları vesair para harcamaları, posta masrafları hariç, yetkili Sosyal Sigorta Mercii tarafından karşılanır. Her iki âkit taraf Sosyal Sigorta Mercii'nin menfaati sağlık yardımlarının yapılmasını gerektiriyorsa, masraflar iade edilmez.

(2) Malûllüğün ve işgöremezliğin tesbitinde diğer âkit taraf ülkesinde tanzim edilmiş bulunan sağlık raporları da esas olarak kabul edilir.

Madde 28

Âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Mercii'ne borçlanılmış olan primler, diğer âkit taraf ülkesinde, bu ülkedeki Sosyal Sigorta Mercii'ne ait primlerin tahsili hususunda cari usullere göre tahsil edilir.

Madde 29

(1) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre, diğer âkit taraf ülkesinde uğradığı bir zarar dolayısıyla yardım gören bir kimse, o ülkedeki üçüncü bir şahıstan zararın tazminini talep hakkına sahip ise, bu hak, ilgili mevzuat dairesinde, yardımı

yapacak olan âkit tarafın Sosyal Sigorta Merciiine intikal eder.

(2) Zarara sebep olan vaka dolayısıyla, her iki âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercileri de tazminat talep etmek hakkına sahip iseler, üçüncü şahıs (1) inci fıkra gereğince her iki Sosyal Sigorta Merciiine ödenmesi gereken tazminat bunlardan birine veya diğerine ödiyerek mükellefiyetini yerine getirmiş sayılabilir. Bu durumda her iki âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercileri müteselsil alacaklı sayılırlar ve alınacak tazminatı, yapacakları yardımlarla orantılı olarak paylaşırlar.

Madde 30

(1) Âkit taraflardan birinin mevzuat gereğince kullanılacak belgeler vesair evrak vergi, resim ve harçlardan (konsolosluk harçları dahil) mevzuat icabı kısmen veya tamamen muaf ise, bu muafiyet, işbu Anlaşmanın uygulanmasında, diğer âkit tarafın mevzuatına göre tanzimi gereken belgeler vesair evraka da teşmil olunur.

(2) Bu Anlaşmanın uygulanmasında ibraz edilecek belgelerin vesair evrakın tasdikine lüzum yoktur.

Madde 31

Âkit taraflardan birinin İdare Makamları ile Sosyal Sigorta Mercileri kendilerine verilen dilekçeleri veya sair belgeleri, diğer âkit tarafın resmî dilinde yazılmış olmaları yüzünden, reddedemezler.

Madde 32

(1) Bu Anlaşma hükümlerine göre doğacak bir hak dolayısıyla âkit taraflardan birinin yetkili merciiine yapılmış olan bir yardım talebi diğer âkit tarafın yetkili merciiine de yapılmış sayılır.

(2) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre, o tarafın İdare Makamına veya Sosyal Sigorta Merciiine belirli bir süre içinde yapılması gereken bir müracaat, beyan veya itiraz aynı süre içinde diğer âkit tarafın yetkili merciiine de yapılabilir. Bu müracaat, beyan veya itiraz doğrudan doğruya veya âkit tarafın Yetkili Makamı aracılığı ile geçirmeksizin diğer âkit tarafın yetkili merciiine intikal ettirilir.

Madde 33

(1) Âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Mercii bu Anlaşma hükümlerine göre, diğer âkit taraf ülkesinde bulunan hak sahibi bir kimseye yapacağı ödemeleri bu merciiin bulunduğu mem-

leket parası ile yapmakla taahhüdünü yerine getirmiş olur. Ödemeler diğer âkit taraf ülkesinde bulunan bir Sosyal Sigorta Merciiine yapılacaksa, bu ödemeler, parayı alacak olan Sosyal Sigorta Merciiinin bulunduğu memleketteki para ile yapılır.

(2) Bu Anlaşma hükümlerine göre yapılacak para transferleri, âkit tarafların transfer tarihinde cazi tediyeye anlaşmalarına göre yapılır.

Madde 34

(1) Âkit taraflar arasında bu Anlaşmanın tefsiri veya uygulanmasında çıkacak anlaşmazlıklar, âkit tarafların Yetkili Makamları müzakere yoluyla halletmeye çalışırlar.

(2) Anlaşmazlığın bu suretle halli, müzakerelerin başlamasını takibeden altı ay içinde mümkün olmadığı takdirde, anlaşmazlık, âkit taraflardan birinin veya her ikisinin isteği üzerine ve her iki tarafın varacakları mutabakata göre teşekkül edecek bir hakem heyetine verilir. Heyetin takip edeceği usuller de aynı şekilde tesbit edilir.

(3) Hakem heyeti anlaşmazlık konusu mesele hakkında, bu Anlaşmanın ruhuna ve prensiplerine göre karar verir. Hakem heyetinin kararı kesin olup tarafları bağlar.

Madde 35

(1) Âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Mercii yardımı hak kazanmış olan bir kimseye bir avans ödemiş ise, bu Sosyal Sigorta Mercii veya bu Merciiin talebi üzerine diğer âkit tarafın yetkili Sosyal Sigorta Mercii, avansı, ilgilinin aynı devre içinde tahakkuk edecek alacaklarından mahsup edebilir.

(2) 20 nci maddenin (3) üncü fıkrası gereğince yardımın yeniden tesbiti veya 21 inci maddenin uygulanması halinde, âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Mercii, yardıma hak kazanan kimseye hakkından fazla bir ödemede bulunmuş ise, bu Sosyal Sigorta Mercii, ödemeyi yapan Merciden, fazla olarak ödenmiş olan paranın, diğer âkit tarafın Sosyal Sigorta Merciiince bu devre için sonradan yapılacak ödemelerden kendi hesabına kesilmesini isteyebilir.

(3) Âkit taraflardan birinin mevzuatına göre para yardımına hak kazanmış olan bir kimseye, yardıma hak kazandığı süre için, bir sosyal yardım müessesesinden veya işsizlik sigortasından geçici olarak veyahut intikal devresinde bir yardım yapılmışsa yetkili Sosyal Sigorta Mercii veya ödemede bulunan merci bu yardımları, ilgili

müesseselerin talebi üzerine ve onların hesabına, sanki bu yardımlar talebi yapan müessesenin merkezinin bulunduğu âkit taraf ülkesinde cari mevzuata uygun olarak yapılmış yardımların gibi, aynı süre için sonradan ödenecek sigorta yardımlarından aynı miktarda keser.

BÖLÜM IV

GEÇİCİ VE SON HÜKÜMLER

Madde 36

(1) Bu Anlaşma, yürürlüğe girdiği tarihten önceki süreler için her hangi bir ödeme yapılmasına hak kazandırmaz.

(2) Bu Anlaşmanın uygulanmasında, yardım hakkının tesbiti bakımından, Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten önce, âkit tarafların mevzuatına tabi olarak geçmiş bulunan sigortalılık süreleri de nazara alınır.

(3) Bu Anlaşma, yukardaki (1) inci fıkra hükmü saklı kalmak kaydıyla, yürürlük tarihinden önce vukua gelmiş olan sigorta vakaları hakkında da uygulanır. Bu hallerde Anlaşma hükümlerine göre:

- a) Yalnız bu Anlaşmaya dayanılarak bağlanabilecek gelir veya aylıklar, ilgilinin müracaatı üzerine, Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten itibaren tesbit edilir;
- b) Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten önce tesbit edilmiş bulunan aylık ve gelirler, aylık sahibinin talebi üzerine yeniden tesbit edilir. Bu aylık ve gelirler resen de yeniden tesbit edilebilir. Bu takdirde Sosyal Sigorta Mercii'nin aylık sahibine muameleye başladığını bildirdiği tarih dilekçe tarihi olarak kabul edilir;
- c) Bu Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten önce diğer âkit tarafın ülkesinde bulunmaları dolayısıyla aylık veya geliri durdurulmuş olan kimselerin müracaatı üzerine aylık veya gelirlerin yeniden ödenmesine başlanır.

Aylık veya gelirlerin tesbiti veya yeniden tesbiti veyahut ödenmesi hakkındaki talebin Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten itibaren iki yıl içinde yapılması veya resen yapılan yeni tesbitin bu süre içinde yapılmış olması halinde, aylık veya gelirler Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten itibaren, aksi halde, âkit tarafların kendi mevzuatına göre tayin edilecek tarihten başlar.

(4) Her iki âkit taraf mevzuatında yardımların zaman aşımına uğraması veya hakın sukut etmesi hakkında hükümler varsa ve müracaat Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihten itibaren iki yıl içinde yapılmışsa, (3) üncü fıkranın (a) bendinin uygulanması dolayısıyla doğacak haklar bakımından âkit tarafların bu husustaki mevzuatı uygulanmaz. Müracaatın iki yıllık sürenin nihayete erdiği tarihten sonra yapılmış olması halinde ise, hakın zaman aşımına uğramamış ve sukut etmemiş bulunması şartıyla, yardıma müracaat tarihinden itibaren hak kazanılır. Şu kadar ki âkit taraflar mevzuatında daha müsait hükümler varsa yardıma bu tarihten önce de hak kazanılır.

(5) (3) üncü fıkrada derpiş edilen hallerde de 35 nci maddenin (2) nci fıkrası hükümleri uygulanır.

(6) Aylık veya gelirin yeniden tesbiti hakkında âkit taraflardan birinin Sosyal Sigorta Mercii'ne verilen dilekçe, diğer âkit tarafın ilgili Sosyal Sigorta Mercii'ni, yardımın tesbit edilmesine veya resen yeniden tesbit edilmesine zorunlu kılar. Bir Sosyal Sigorta Mercii'nin yardımın yeniden tesbiti muamelesine resen teşebbüs etmesi, diğer âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercii için yardımın ilk olarak tesbit edilmesi, veya yeniden tesbit edilmesi bakımından bir müracaat olarak kabul edilir.

(7) Evvelce mevcut kararlar yardımın yeniden tesbit edilmesine mani teşkil etmez.

Madde 37

Bu Anlaşma tasdik edilir. Tasdik belgeleri en kısa zamanda Ankara'da teati edilir.

Madde 38

Bu Anlaşma, tasdik belgelerinin teati edildiği tarihi takibeden ikinci takvim ayının birinci günü yürürlüğe girer.

Madde 39

Bu Anlaşma süresiz olarak yürürlükte kalır. Âkit taraflardan her biri, üç ay önce ibbarda bulunmak şartıyla, Anlaşmayı feshedebilir.

Madde 40

(1) Bu Anlaşmanın yürürlükten kalkması halinde, yürürlükten kaldırıldığı tarihe kadar bu Anlaşmanın uygulanması dolayısıyla kazanılmış olan haklar devam eder.

(2) Bu Anlaşmanın yürürlükten kalkmasından önceki süreler için ileride kazanılması umulan haklar kaybolmaz. Bu haklar, âkit taraflar arasında varılacak bir anlaşma ile, böyle bir anlaşmaya varılmaması halinde ise, ilgili Sosyal Sigorta Mercilerinin uyguladığı mevzuat ile korunur.

Usulü dairesinde yetkili kalmış Anlaşmanın başında adları yazılı kimseler bu Anlaşmayı imzalamışlardır.

Bu Anlaşma Viyana'da 12 Ekim 1966 tarihinde, ikisi Almanca ve ikisi de Türkçe olmak üzere, dört orijinal nüsha halinde düzenlenmiş olup her iki metin de aynı derecede muteberdir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:

Dr. LUJO TONČIĆ-SORINJ

Türkiye Cumhuriyeti adına:

SEYFİ TURAGAY

AVUSTURYA CUMHURİYETİ İLE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDAKİ SOSYAL GÜVENLİK ANLAŞMASINA EK NİHAİ PROTOKOL

Avusturya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasında bugün imzalanan Sosyal Güvenlik Anlaşması münasebetiyle, âkit tarafların Anlaşmayı imzalayan yetkili temsilcileri aşağıda yazılı hususlarda mutabakata varmış olduklarını beyan ederler.

1 — Anlaşmanın 1 inci maddesi hakkında:

12 numarada zikredilen "aylık" tabiri, Avusturya mevzuatına göre aylığı gerekli hadde iblağ için yapılan zammı kapsamına almaz.

2 — Anlaşmanın 2 nci maddesi hakkında:

(1) inci fıkranın 1 numaralı bendinde zikredilen "askerlik hizmetini yapmakta olanlar" tabiri Ordu İkmal Talimatı gereğince bu durumda olanları da kapsar.

3 — Anlaşmanın 3 üncü maddesi hakkında:

a) Anlaşmanın uygulanmasında, Avusturya vatandaşı tabiri 11 Temmuz 1953, 1 Ocak 1961 veya 27 Kasım 1961 tarihlerinde Avusturya Cumhuriyeti ülkesinde muvakkat kaydı olmaksızın ikamet eden ve o tarihleri takip eden günden itibaren "Volksdeutsche" olarak kabul edilen (vatanısız sayılan veya vatandaşlık durumları halledilmemiş olan ve Almanca konuşan) kimseleri de kapsar.

b) (2) nci fıkra hükmü, Avusturya Ticaret Delegesi ve Federal Sanayi ve Ticaret Odası tarafından bu delege emrine verilen teknik personel ile bu Odanın işçi temini ile iştigal eden temsilcileri hakkında da uygulanır.

4 — Anlaşmanın 4 üncü maddesi hakkında:

a) (1) inci fıkra gereğince, Türk vatandaşlarının Avusturya vatandaşları ile eşit sayılmaları, aşağıdaki hallere müteallik olarak Avusturya mevzuatında derpiş edilen şahsi şartların yerine getirilmesine bağlı değildir:

aa) Emeklilik (Rant) Sigortasında, 12. 3. 1938 tarihinden sonra ve 10. 4. 1945 tarihinden önce çalışma mahallindeki veya ikamet mahallindeki mevzuata göre mecburi veya ihtivari sigortaya veya sigorta hakkına müsteniden o zamanki Alman Rant Sigortasında Avusturya dışında geçen prim ödeme sürelerinin nazara alınması,

bb) Kaza Sigortasında, aa) bendinde belirtilen süre içinde, Avusturya dışında vuku bulan ve o zamanki Alman Devletinin Kaza Sigortası mevzuatına tabi iş kazaları (meslek hastalıkları) ndan ileri gelen tazminat mükellefiyetinin deruhde edilmesi.

b) Anlaşmanın uygulanmasında, Avusturya Emeklilik Sigortasında, diğer şartlar baki kalmak kaydıyla, aşağıda yazılı süreler muadil süreler olarak Türk vatandaşları için de muteberdir.

aa) Birinci Dünya Savaşında Avusturya-Macaristan ordusunda veya müttefik devletlerden birinin ordusunda geçen sefer hizmeti süreleri ile buna muadil sayılan esarete (sivililerin enterne edilmesinde) ve esareten dönüşte yolda geçen süreler.

bb) İkinci Dünya Savaşında eski Alman Devleti ordusunda veya müttefik devletler ordularında geçen sefer hizmeti süreleri, askerlik ve iş mükellefiyetinde geçen süreler ile bu sürelere muadil sayılan acil hizmetler veya hava taarruzlarına karşı koruma hizmetleri, esarete (sivililerin enterne edilmesinde) ve esareten dönüşte yolda geçen süreler.

Yukardaki hükümler, politik veya dini sebeplerle vevahut ırk ayrılığı sebebiyle mağdur olanlara bazı menfaatler sağlanması hakkındaki Avusturya mevzuatına tesir etmez.

c) Tahsil süresinin nazara alınması bu süreyi takip eden bir sefer hizmetine veya buna muadil sayılan bir süreye bağlı bulunuyorsa, yalnız b) bendinde belirtilen süreler hesaba katılır.

d) Yabancı memleketlerdeki hizmetlere müteallik emeklilik ve kaza sigortaları hakkındaki 22 Kasım 1961 tarihli Avusturya Kanunu Türk vatandaşları hakkında uygulanmaz.

5 — Anlaşmanın 5 inci maddesi hakkında:

Avusturya mevzuatı gereğince aylığın belirli hadde çıkarılması için ödenmesi gereken fark, aylığa hak kazanmış olan kimsenin diğer âkit taraf ülkesinde bulunması halinde ödenmez.

6 — Anlaşmanın 7 nci maddesi hakkında:

Bir Türk işyerinde çalışmakta olan kimseler, Avusturya mevzuatına göre ikamet şartlarını yerine getirmemiş olsalar dahi, Avusturyada çalışıyorlarmış gibi kabul edilirler.

7 — Anlaşmanın 10 uncu maddesi hakkında:

Belirli bir bekleme süresinin doldurulmasında, Avusturya mevzuatına göre nazara alınan diğer süreler de sigortalılık süresi olarak kabul edilir.

8 — Anlaşmanın 12 nci maddesi hakkında:

a) (1) inci fıkra hükmü aşağıdaki kimseler hakkında uygulanır:

aa) Çalışmaları sebebiyle diğer âkit taraf ülkesinde bulunan kimselerle bunlara refakat eden geçindirmekle yükümlü oldukları kimseleri.

bb) Diğer âkit taraf ülkesinde oturan ailesine ziyaret maksadı ile o tarafta bulunan kimseler.

cc) Bir âkit taraf ülkesindeki Sosyal Sigorta Merciiine bağlı olarak sigortalı bulunan kimselerin diğer âkit taraf ülkesinde ikamet eden geçindirmekle yükümlü oldukları kimseleri.

dd) İkamet mahallindeki yetkili Sosyal Sigorta Mercii hesabına ayakta tedavi gören ve başka sebeplerle diğer âkit taraf ülkesinde bulunan kimseler.

b) 1. ve 3. ü 6. fıkra hükümleri, 8. maddenin 1. fıkrası anlamında işçiler sözkonusu olduğu takdirde, bunların vatandaşlığına bakılmaksızın uygulanır.

9 — Anlaşmanın 14 üncü maddesi hakkında:

a) (1) ve (2) nci fıkralar bükümleri, aylık veya gelir bağlanması için müracaat etmiş ve aylığa veya gelire müstahak olduğu anlaşılmuş olan kimseler hakkında da uygulanır.

b) Aylık veya gelir almakta olanlara yapılacak sağlık yardımları hakkındaki (2) nci fıkranın uygulanmasında, Türkiyede ikamet, Avusturyada devamlı ikamet sayılır.

10 — Anlaşmanın 16 nci maddesi hakkında:

Avusturya Emeklilik ve Kaza Sigortasından aylık veya gelir almakta olanlara 14 üncü maddenin (2) nci fıkrası gereğince yapılan yardımları masrafları, Avusturya Sosyal Sigorta Mercileri Genel Birliğince emeklilerin bu Birliğe intikal eden hastalık sigortası primlerinden karşılanır.

11 — Anlaşmanın 18 inci maddesi hakkında:

a) Sigortalılık sürelerinin hangi şekil ve esaslar dahilinde nazara alınacağı hususu, sigortalılık sürelerinin geçtiği âkit taraf mevzuatına göre tayin edilir. Şöyleki: Avusturya Emeklilik Sigortasına göre bir sigorta ayı Türk Malûllük, Yaşlılık ve Ölüm Sigortalanında 30 prim ödeme günü olarak, Türk mevzuatına göre üç aylık devreler itibarıyla tesbit edilmesi halinde, bu sigortalılık sürelerinin üçte biri Avusturya Emeklilik Sigortasında her bir takvim ayına isabet eden gün sayısı olarak hesaplanır.

b) (2) nci fıkrada bahis konusu edilen özel sigorta rejimi, Avusturya bakımından, Maden İşçilerinin Emeklilik Sigortasıdır. (2) nci fıkraya uygun olarak Türkiyede geçen sigortalılık sürelerinin, Avusturya Maden İşçilerinin Emeklilik Sigortasında nazara alınabilmesi için, bu sürelerin, belirli Türk işyerlerinde veya belirli işçi gurubuna dahil kimseler tarafından yapılmış işlerde geçmiş olması şarttır. Âkit tarafların Yetkili Makamları, 9 Eylül 1955 tarihli Genel Sosyal Sigorta hakkındaki Avusturya Federal Kanununun 15 inci maddesine uygun olarak, yukarıda yazılı işyeri ve iş nevini gösteren bir liste hazırlarlar.

12 — Anlaşmanın 19 uncu maddesi hakkında:

Her iki âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercileri bu maddeyi aşağıdaki şekilde uyguladılar:

a) (3) üncü fıkranın uygulanmasında, Türk mevzuatına göre geçen 30 prim ödeme günü Avusturya mevzuatına göre bir sigorta ayı olarak, Avusturya mevzuatına göre geçen bir sigorta ayı Türk mevzuatına göre 30 prim ödeme günü olarak kabul edilir.

b) Aylık tutarının tesbitinde, münhasıran her iki tarafın mevzuatına tabi olarak geçen sigortalılık sürelerindeki kazançlar nazara alınır.

c) Avusturya mevzuatına göre, artırılmış aylık tutarının hesaplanmasında azami sigortalılık ayı sayısı nazara alındığı takdirde, (3) üncü fıkranın b) bendi gereğince tesbit olunacak kısmi aylıklar, yukarıda bahsi geçen azami had nazara alınmaksızın, her iki âkit tarafın Sosyal Sigorta Mercilerince nazara alınan sürelerin tamamına göre hesaplanır.

- d) Avusturya Sosyal Sigorta Mercileri, (3) üncü fıkranın a) bendi gereğince aylık tutarını tesbit ederken, sigortalılık sürelerinin hesaba katılma şekli hakkındaki Avusturya mevzuatını uygulamaksızın, Türkiye'ye ait aylığın hesaplanmasında nazara alınacak olan sigortalılık sürelerini hesaba katarlar.
- e) Avusturya Sosyal Sigorta Mercileri, aylığın kesintiye tabi tutulması ve durdurulması hakkındaki Avusturya mevzuatını, (3) üncü fıkranın a) bendine göre hesaplanan aylık miktardan hakkında uygularlar.
- f) (3) üncü fıkranın a) bendinin uygulanmasında, muadil sürelerin nazara alınabilmesi maksadıyla Avusturya Emeklilik Sigortasına sonradan ödenmiş olan primler munzam prim olarak kabul edilemez.
- g) Avusturya Sosyal Sigorta Mercilerince, 1 Ocak 1962 tarihinden önceki süreler için prime esas kazançların tesbit edilemediği hallerde, bu kazançlar, 31 Aralık 1946 tarihinde benzeri işçilerin günlük kazançları, mevzuat ile tayin edilmiş kat sayılarla çarpılarak ve prime esas olan azami kazanç hadleri de gözönünde bulundurularak tesbit edilir.
- h) Türk mevzuatına tabi olarak geçmiş sigortalılık sürelerinin Avusturya Emeklilik Sigortasında tekabül ettiği mevzuatın tayininde, yapılan işin nevi ve mahiyeti esas tutulur. Yaşlılık veya malûllük sebebiyle Türk Malûllük, Yaşlılık ve Ölüm sigortalılarından yardıma hak kazandıran veya vaktiyle kazandırmış olan süreler nazara alınırken, sigorta vakasının oluşundan önce son defa yapılmış olan işin nevi veya mahiyeti göz önünde bulundurulur. Ancak, belirli bir devredeki işin mahiyeti tesbit edilemediği takdirde, bu devre için nazara alınacak sigortalılık süresi, İşçilerin Emekli Sigortasına tabi olarak geçmiş kabul edilir. Avusturya Maden İşçileri Emeklilik Sigortasında yardıma hak kazanılmasında Türkiye'de geçen sigortalılık sürelerinden yalnız 11 inci maddenin (b) bendinde belirtilen süreler nazara alınır.
- i) Gerek madenlerde yer alında çalışanlara ödenen teşvik zamlarına ve gerek maden müstahdemlerine ödenen aylığa hak kazanılabilmesi için 11 inci maddenin (b) bendinde belirtilen Türkiye'deki sigortalılık sürelerinden ancak Federal Avusturya Kanununun 9 numaralı ekinde tadat edilen ve orada gösterilen şartlara uygun olan işlerde geçen süreler nazara alınır. Avusturya Maden İşçileri Emeklilik Sigortasının ödyeceği teşvik zammı (Knappschaftssold) nun nispetinin tayininde de, sadece yukarıda bahsolunan süreler gözönünde tutulmak suretiyle (3) üncü fıkra hükümleri uygulanır.
- j) Avusturya Maden İşçileri Emeklilik Sigortasından maden işçilerine ödenen kıdem zammı (Bergmannstreuegeld) için Türkiye'de geçen sigortalılık süreleri nazara alınmaz.
- k) Avusturya Emeklilik Sigortasından başka birinin sürekli yardımına muhtaç olanlar için yapılan zamlar (3) üncü fıkranın b) bendindeki oran dahilinde azaltılmış limite göre ve Avusturya mevzuatı gereğince tayin olunur.
- l) (3) üncü fıkranın a) bendinin uygulanmasında, 11 inci maddenin (b) bendinde zikredilen Avusturya Federal Kanununun dördüncü kısmında nazara alınmayan sigorta vakaları hakkında, Avusturya Sosyal Sigorta Mercii Türkiye'de geçmiş sigortalılık süreleri için arası miktarlarını, 31.12.1946 tarihli mevzuatta belirtildiği şekilde tesbit eder.
- aa) Malûllük aylıklarında, hesaba dahil edilen her hafta için, erkeklerde 40 g., kadınlarda 25 g.
- bb) Yaşlılık aylıklarında, hesaba dahil edilen her ay için, erkeklerde 2,70 S., kadınlarda 1,90 S.
- cc) Maden işçilerine bağlanan tam aylıklarda (Knappschaftsvollrente) hesaba dahil edilen her ay için, erkeklerde 4,60 S., kadınlarda 3,00 S.
- dd) Madencilere bağlanan aylıklarda, hesaba dahil edilen her ay için, erkeklerde 2,90 S., kadınlarda 1,90 S.
- Ocak 1939 tarihinden önceki çalışma süreleri dolayısıyla Avusturya Emeklilik Sigortasından bir yardım yapılması gerektiğinde, Türkiye'de geçen sigortalılık sürelerinden, yalnız 31 Aralık 1938 tarihinden sonraki süreler için artırma miktarları uygulanır.
- m) Avusturya Emeklilik Sigortasından ödenecek emekli aylığı ikramiyeleri Avusturya tarafından yapılan kısmi ödeme miktarında olur. Ancak bu takdirde 21 inci madde hükmü uygulanır.

13 — Anlaşmanın 22 nci maddesi hakkında:

Yeniden vuku bulan bir iş kazası veya meslek hastalığı halinde, her iki vakayı birlikte mütalâa etmek suretiyle gelir tutarının tesbiti hakkındaki Avusturya mevzuatı uygulanmaz.

14 — Anlaşmanın 24 üncü maddesi hakkında:

Bu hükümler, 8. maddenin 1. fıkrası anlamında işçiler sözkonusu olduğu takdirde, bunların vatandaşlığına bakılmaksızın uygulanır.

Bu nihai protokol, Avusturya Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasındaki Sosyal Güven-

lik Anlaşmasının ayrılmaz parçasıdır. Bu nihai protokol Anlaşmanın yürürlüğe girdiği tarihte yürürlüğe girer ve Anlaşma yürürlükte bulunduğu müddetçe yürürlükte kalır.

Usulü dairesinde yetkili kılınmış bulunan âkit taraflar temsilcileri bu nihai protokolu imzalamış ve mühürlemişlerdir.

Bu nihai protokol Viyana'da 12 Ekim 1966 tarihinde, ikisi Almanca, ikisi Türkçe olmak üzere dört orijinal nüsha halinde düzenlenmiş olup her iki metin de aynı derecede muteberdir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:

Dr. LUJO TONČIĆ-SORINJ

Türkiye Cumhuriyeti adına:

SEYFİ TURAGAY

[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

TÜRKİYE CUMHURİYETİ İLE FEDERAL AVUSTURYA CUMHURİYETİ ARASINDA 12 EKİM 1966 TARİHLİ SOSYAL GÜVENLİK ANLAŞMASINA EK ANLAŞMA

Türkiye Cumhurbaşkanı

ve

Federal Avusturya Cumhurbaşkanı

12 Ekim 1966 tarihinde imzalanan ve aşağıda Anlaşma olarak isimlendirilen Sosyal Güvenlik Anlaşması'nın tādil ve ikmalı hususunda mutabık kalmışlar ve bu maksatla

Türkiye Cumhurbaşkanı

Bay Dr. Cenap Keskin'i — T. C. Dışişleri Bakanlığı Sosyal İşler Dairesi Başkanı —,

Federal Avusturya Cumhurbaşkanı

Bay Dr. Franz Herbatschek'i — Federal Avusturya Cumhuriyeti'nin Türkiye Cumhuriyeti nezdindeki Büyükelçisi —, yetkili kalmışlardır.

Yetkililer, usulüne uygun olarak tanzim edilen selâhiyet belgelerini karşılıklı olarak teati ettikten sonra, aşağıdaki hususlarda mutabakata varmışlardır:

Madde I

1. a) Anlaşmanın 1. maddesinin 4. bendi aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“4. »YETKİLİ MAKAM«

Avusturya bakımından Federal Sosyal İşler Bakanı, aile yardımı için Federal Maliye Bakanı;

Türkiye bakımından, Çalışma Bakanlığı.“

b) Anlaşmanın 1. maddesinin 13. bendi aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“13. »AİLE YARDIMI«

Avusturya mevzuatına göre aile yardımı.“

2. Anlaşmanın 2. maddesinin (1) fıkrası aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“(1) Bu Anlaşma hükümleri aşağıdaki mevzuat hakkında uygulanır:

1— Türkiye bakımından:

- a) İşçiler hakkında uygulanan hastalık sigortası, analık sigortası, iş kazalarıyla meslek hastalıkları sigortası, malûllük, yaşlılık ve ölüm sigortaları mevzuatı;
- b) Bağımsız çalışanlar hakkında uygulanan malûllük, yaşlılık ve ölüm sigortaları mevzuatı;
- c) Devlet memur ve hizmetlileri hakkında uygulanan Emekli Sandığı mevzuatı;
- d) Türk Sosyal Sigortalar Kanununda belirlenen işçi kategorilerinin, (a) bendinde zikredilen sigorta haklarını karşılamak üzere kurulmuş Sosyal Sigorta Sandıkları mevzuatı;

2— Avusturya bakımından:

- a) Aşağıda yazılı özel sigortalar hariç olmak üzere hastalık sigortası;
 - aa) Harbte ölenlerle askerlik hizmetini yaparken ölenlerin dul ve yetimleri için özel sigorta,
 - bb) Meslekte eğitim gören harb malûlleri ile askerlik hizmetini yaparken malûl kalanlar için özel sigorta,
- b) İşçilerin emeklilik sigortası, Hizmetlilerin emeklilik sigortası, maden işçilerinin emeklilik sigortası;
- c) Esnaf ve sanatkâr olarak kendi nam ve hesabına çalışanların emeklilik sigortası;
- d) Tarım ve ormancılık işlerinde kendi nam ve hesabına çalışanların emeklilik sigortası;
- e) Harb malûllerinin ve askerlik hizmetini yaparken malûl kalıp mesleki eğitim görmekte olan kimselerin kaza sigortası hariç olmak üzere, kaza sigortası;
- f) Aile yardımı.

3. Anlaşmanın 3. maddesi aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“Bu Anlaşma, aksine hüküm bulunmayan hallerde, Akit Tarafların vatandaşları ile bunların

geçirdirmekte yükümlü olduğu ve ölümlerinde hak sahibi kimseleri hakkında uygulanır.”

4. Anlaşmanın 6. maddesine aşağıda yazılı (3.) fıkra eklenmiştir:

“(3) Avusturya’da esnaf ve sanatkâr olarak kendi nam ve hesabına çalışan kimselerin emeklilik sigortasından emeklilik aylığına hak kazanabilmesi bakımından esnaf veya sanatkâr ruhsatının sona ermesi veya ortaklık sıfatının kalkması hali, Türkiye’de buna benzer bir işte faaliyete son verilmesi hali ile aynı neticeyi doğurur.”

5. Anlaşmanın 7. maddesi aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“(1) 8, 8 a ve 9. maddeler hükümleri saklı kalmak kaydıyla, çalışan kimseler sigortalılık mükellefiyeti bakımından, ülkesinde çalıştıkları Âkit Tarafın mevzuatına tabidir. Çalıştırılan kimsenin işvereni veya işyeri merkezinin diğer Âkit Taraf ülkesinde bulunması halinde de bu hüküm uygulanır.

(2) 1. fıkranın uygulanması her iki Âkit Taraf mevzuatına göre aynı zamanda mecburî sigortaya tabi olmayı gerektiriyor ise, aşağıdaki hükümlere göre işlem yapılır:

- Aynı zamanda bir başkasının hesabına ve kendi hesabına çalışan bir kimse, sigortalılık mükellefiyeti bakımından, ülkesinde işçi olarak çalıştığı Âkit Tarafın mevzuatına tabi olur.
- Bir kimse, her iki ülkede de, aynı zamanda kendi hesabına çalıştığı takdirde, sigortalılık mükellefiyeti, esas ikametgâhının bulunduğu Âkit Taraf ülkesinin mevzuatına göre tayin olunur.

6. Anlaşmada, 8. maddesinden sonra aşağıdaki 8 a maddesi eklenmiştir:

“(1) Âkit Taraflardan birinin vatandaşı olup, bu Âkit Tarafın Devlet hizmetinde veya bu taraf ülkesindeki bir Kamu Teşekkülünün hizmetinde, diğer Âkit Taraf ülkesinde çalıştırılan kimseler, vatandaşı olduğu tarafın mevzuatına tabi olurlar.

(2) İkametgâhı Türkiye’de bulunan ve Türkiye’deki Avusturya Büyükelçiliği veya Konsoloslukları tarafından çalıştırılan bir Avusturya vatandaşı hakkında, Türkiye mevzuatı uygulanır. Şu kadar ki ikametgâhı Avusturya’da bulunan ve Avusturya’daki Türkiye Büyükelçiliği veya Konsoloslukları tarafından çalıştırılan bir Türk vatandaşı hakkında da Avusturya mevzuatı uygulanır. Şu kadar ki çalıştırılan kimse ise başladığı tarihten itibaren üç ay içinde, vatandaşı olduğu Âkit Tarafın mevzuatına tabi olmayı isteyebilir. Bu takdirde

ilgili, vatandaşı olduğu tarafın Hükümet merkezinde çalışıyormuş gibi işlem görür. Çalıştırılan kimse bu isteğini işverene duyurur. Tercih edilen mevzuat duyurma tarihinden itibaren, gayri kabili rücu olarak, uygulanır.

(3) Âkit Taraflardan birinin, vatandaşı, bu tarafın, diğer Âkit Taraf ülkesinde görevli Elçilik veya Konsolosluk üyelerinden birinin şahsi hizmetinde çalıştırıldığı takdirde, 2. fıkra hükümleri uygulanır.

(4) Her iki tarafın fahri konsolosluklarında çalıştırılan kimseler hakkında (1) ilâ (3) ncü fıkralar hükümleri uygulanmaz.”

7. Anlaşmanın 9. maddesi aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“Anlaşmanın 7 ilâ 8 a maddeleri gereğince mevzuatının uygulanması gereken Âkit Tarafın yetkili makamu, işçi ile işverenin müşterek talebi veya kendi hesabına çalışan kimsenin talebi üzerine, ilgiliyi bu mevzuata tabi olmaktan istisna edebilir. Şu kadar ki, bu takdirde ilgilinin diğer Âkit Tarafın mevzuatına tabi tutulması şarttır. Kararın alınmasında işin şekil ve mahiyeti nazara alınır. Karar alınmasından önce diğer Âkit Tarafın yetkili makamına mütalâasını bildirmek imkânı verilir. İlgili kimse bu ülkede çalışmaya dahi, bu ülkede çalışıyormuş gibi kabul edilir.

8. Anlaşmanın 16. maddesinin (2) nci fıkrası aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“(2) Yetkili makamlar, işlerin idari bakımdan basitleştirilmesi maksadıyla, ilgili sigorta mercilerinin teklifi üzerine, bütün vak’alar veya belirli vak’a grupları için, münferit hesaplaşmalar yerine, görürü ödeme yapılması hususunda mutabakata varabilirler.”

9. a) Anlaşmanın 18. maddesinin (3) ncü fıkrasının ilk cümlesindeki “sigortalılık süresinin” kelimelerinden önce “aylığın hesabında nazara alınacak” kelimeleri ilâve edilmiştir.

b) Anlaşmanın 18. maddesinin (3) ncü fıkrasının ikinci cümlesindeki 19. maddenin (3) ncü fıkrasına yapılan atıf “19. maddenin (3) ncü fıkrasının (b) bendi” olarak değiştirilmiştir.

10. Anlaşmanın 19. maddesinin (1) nci fıkrasındaki “(2)—(5) fıkralar” ibaresi “aşağıdaki fıkralar” ibaresi ile değiştirilmiştir.

11. Anlaşmanın II. Bölümünün 4. kısmı aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“Kasım 4”
AİLE YARDIMI
Madde 25

(1) Avusturya mevzuatına göre verilmiş çalışma müsaadesi ile Avusturya’da işçi olarak çalışan Türk vatandaşları ikametgâhları Avusturya’da bulunmasa veya Avusturya’da ikâmet etmeyip düşünmeseler dahi, Avusturya mevzuatına göre ödenen aile yardımından Türkiye’de yaşayan çocukları için de faydalanırlar. Aile yardımına müstahak olabilmek için Avusturya’daki çalışma süresinin en az bir takvim ayı devam etmesi gerekir.

(2) 1. fıkra hükümleri aynı zamanda hem Avusturya’da hem de Türkiye’de ikametgâhu bulunan Türk vatandaşlarından yaşayış ve temel menfaatler bakımından Türkiye ile ilgisi bulunan kişiler hakkında da uygulanır.

(3) Aile yardımı bakımından 5. madde hükmü yukarıda (1.) fıkra hükmünün yerine getirilmiş olması ve bu fıkraya uygun olarak çalışılması dolayısıyla mevcut kanuni hastalık sigortasına müsteniden her hangi bir Avusturya sigorta teşkilâtından para yardımı alınması hallerinde uygulanır.

(4) (1.) fıkra hükmüne uygun olarak işçi çalıştıran işverenin ikametgâhının veya işyeri merkezinin Avusturya Cumhuriyeti dahilinde bulunmaması halinde sözü geçen fıkra hükmü uygulanmaz, ancak böyle bir işyerinin Avusturya’da bulunan şubesinin işçileri hakkında uygulanır.

(5) 9. madde hükmü aile yardımları bakımında uygulanmaz.

12. Anlaşmanın 26. maddesinin (1) fıkrası aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“(1) Yetkili makamlar, bu Anlaşmanın uygulanması için gerekli olan idari tedbirleri bir Anlaşma ile düzenleyebilirler. Yetkili makamlar özellikle, Anlaşmanın kolaylıkla uygulanması maksadile iribat büroları kurabilirler.”

13. a) Anlaşmanın 28. maddesinin eski metni (1.) fıkra olmuştur.

b) Anlaşmanın 28. maddesine aşağıdaki (2.) fıkra eklenmiştir.

“(2) Haksız olarak ödenmiş bulunan ve 2. maddede yazılı aile yardımı mevzuatına göre geri alınması gereken aile yardımının istirdadına mütedair belgeler Türkiye’de muteber olarak kabul edilir. Bu belgede gösterilen meblâğlar Türk Sosyal Sigortalar Kurumunun alacaklarının tahsilinde uygulanan ıdarı usullerle tahsil olunur.”

14. Anlaşmanın 32. maddesinin 1. fıkrasına aşağıdaki ibare eklenmiştir:

“...dilekçe sahibi, Âkit Taraflardan birinin mevzuatına göre hak kazandığı bir yardımın yapılmasının daha ileri bir yaş’a talik edilmesini sarahaten talep ettiği takdirde, bu hüküm uygulanmaz.”

15. Anlaşmaya. 36. maddeden sonra aşağıdaki 36 a maddesi eklenmiştir:

“Bir kimsenin politik, dini veya ırki nedenlerle sosyal sigorta haklarından mahrum bırakılmış olması, Anlaşmanın 6. maddesinin (2.) fıkrası ve 18. maddenin 1. fıkrası gereğince, Avusturya mevzuatına göre doğan haklarını haleldar etmez.”

16. Nihai Protokol’un 3. maddesinin (a) bendi başındaki (a) harfi kaldırılmış ve (b) bendi Protokol’dan çıkarılmıştır.

17. Nihai Protokol’un 4. maddesine aşağıdaki (c) bendi eklenmiştir.

“(c) Avusturya Cumhuriyeti hudutları dışında kalan eski Avusturya-Macaristan İmparatorluğu ülkesinde esnaf ve sanatkâr olarak kendi nam ve hesabına çalışılmış bulunan sürelerin nazara alınması hakkındaki Avusturya mevzuatı Türk vatandaşları hakkında uygulanmaz.”

18. a) Nihai Protokol’un 12. maddesinin c. bendi aşağıdaki gibi değiştirilmiştir:

“Her iki Âkit Taraf mevzuatına göre nazara alınacak sigortalılık sürelerinin toplamı, Avusturya mevzuatına göre, aylık tutarında yapılan artırmaların tesbitinde nazara alınan azami süreyi aştığı takdirde, bağlanacak aylık, Avusturya mevzuatına göre nazara alınacak olan sigortalılık süreleri ile, yukarıda zikredilen azami sigortalılık süresi arasındaki oranı göre hesaplanır.

b) Nihai Protokol’un 12. maddesinin (k) bendine aşağıdaki cümle ilâve edilmiştir:

“Diğer taraftan, yalnız Avusturya mevzuatına göre nazara alınan sigortalılık süreleri aylık hakkının doğması için yeterli olduğu takdirde, bir başkasının sürekli yardımına muhtaç olma nedeni ile yapılacak artırma, hak kazanılan aylık tutarına uygun bir ölçüde tesbit olunur.

Şu kadar ki, Türk mevzuatına göre, başkasının sürekli yardımına muhtaç olma nedeni ile aylık artırılması yapılmış olmasın.”

c) Nihai Protokol'un 12. maddesine aşağıdaki (n) ve (o) bendleri ilâve edilmiştir:

“(n) Sigorta mercileri, (3.) fıkranın (a) ve (b) bendlerinin uygulanmasında, (4.) fıkra hükümleri saklı kalmak şartıyla, aynı zamana rastlayan fiili sigortalılık sürelerini nazara alırlar.”

“(o) Ölen eşinin işini devam ettiren dulun Avusturya mevzuatına göre sigortalılık süreleri hesap edilirken, ölen eşin Türkiye’de geçen süreleri nazara alınmaz.”

19. Nihai Protokol’a aşağıdaki 15. madde eklenmiştir:

“(15.) Tarım ve ormancılıkta kendi nam ve hesabına çalışanların emeklilik sigortası hakkındaki Avusturya mevzuatı gereğince, tarımda munzam sigortaya mütedair hükümlerin uygulanmasına devam edilmesi halinde, II. Bölümün 2. kısım hükümleri tatbik edilmez.”

Madde II

I. Maddenin 6. sırasında yer alan 8a maddesinin (2.) fıkrasında öngörülen süre, bu Ek Anlaşma'nın yürürlüğe girdiği tarihte çalışmakta olanlar için, yürürlük tarihinden itibaren başlar.

Madde III

(1) Anlaşmanın 2. maddesinin (1.) fıkrasının 1 nci bendinin (c) ve (d) harflerinde yazılı

mevzuat ile 2 nci bendinin (b) — (d) harflerinde yazılı mevzuatın uygulanmasında Anlaşma'nın 36. maddesi hükümleri nazara alınır.

(2) Anlaşma'nın 36 a maddesinin uygulanmasında 36. maddenin (3) ncü fıkrasının (b) bendi ile (7) nci fıkrası hükümlerine göre hareket edilir.

Madde IV

(1) Bu Ek Anlaşma tasdik edilir. Tasdik belgeleri en kısa zamanda Viyana' da teati edilir.

(2) Bu Ek Anlaşma, başka türlü kararlaştırılmadığı takdirde, tasdik belgelerinin teati edildiği ayı takip eden ikinci ayın birinci günü yürürlüğe girer.

(3) I. maddenin 15 nci bendi hükümleri, makale şamil olarak, Anlaşma'nın yürürlük tarihinden itibaren uygulanır.

Usulü dairesinde yetkili kılınmış olan adları yazılı kimseler bu Ek Anlaşma'yı imzalamış ve mühürlemişlerdir.

Bu Ek Anlaşma 6. Ağustos 1974 tarihinde, Türkçe ve Almanca olmak üzere iki orijinal metin halinde düzenlenmiş olup her iki metin aynı derecede muteberdir.

Türkiye Cumhuriyeti adına:

CENAP KESKIN

Avusturya Cumhuriyeti adına:

FRANZ HERBATSCHKE

[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

AVUSTURYA CUMHURİYETİ İLE TÜRKİYE CUMHURİYETİ ARASINDAKİ 12 EKİM 1966 TARİHLİ SOSYAL GÜVENLİK ANLAŞMASINA İLİŞKİN İKİNCİ EK ANLAŞMA

Avusturya Cumhuriyeti ve Türkiye Cumhuriyeti, 12 Ekim 1966 da akdedilmiş bulunan Sosyal Güvenlik Anlaşmasını (aşağıda anlaşma olarak zikredilecektir) aşağıdaki şekilde değiştirmek ve tamamlamak bususunda mutabık kalmışlardır.

Madde I

1. Anlaşmanın 1. maddesinin 4. bendi aşağıdaki şekilde olacaktır:

«4. «Yetkili Makam»

Avusturya bakımından, Sosyal Güvenlik Bakanı, aile yardımı ile ilgili hususlarda Maliye Bakanı, Türkiye bakımından, Sosyal Güvenlik Bakanlığı».

2. Anlaşmanın II. bölümünün 4. kısmı aşağıdaki şekilde olacaktır:

«KISIM 4

Aile Yardımları

Madde 25

(1) Akit taraflardan birinin ülkesinde işçi olarak çalışan bir kimse, bu akit taraf mevzuatına göre, diğer akit taraf ülkesinde ikamet eden çocukları için de aile yardımı talep etme hakkına sahiptir.

(2) İşçi olarak çalışanlar, aile yardımı talep edilmesinde, sanki ikametgahları sadece çalıştıkları akit taraf ülkesinde bulunuyormuş gibi işlem görürler.

Madde 25 a

Avusturya mevzuatına göre, sürekli olarak Türkiye'de ikamet eden çocuklara yapılan aile yardımı her çocuk için ayda 600 Şilin'dir. Bu meblağ, 1 Ocak 1978 den sonra Avusturya'da her çocuk için ödenen çocuk parasının yükseltildiği veya azaltıldığı oranda yükseltilir veya azaltılır.

Madde 25 b

(1) Akit taraflardan birinin mevzuatı, aile yardımlarından faydalanmaya hak kazanmak için belirli bir bekleme süresi öngörüyorsa, o takdirde diğer akit taraf ülkesinde geçirilmiş benzer süreler dikkate alınır.

(2) Akit taraflardan birinin hastalık veya işsizlik sigortası mevzuatına göre para yardımları yapılan işçiler hakkında, aile yardımları bakımından sanki sözkonusu para yardımlarının yapıldığı akit taraf ülkesinde çalışıyorlarmış gibi işlem yapılır.

Madde 25 c

Bu Anlaşma hükümlerine göre, bir kimsenin bir takvim ayı içerisinde bir çocuk için her iki akit taraf mevzuatına göre gerekli şartları yerine getirerek, aile yardımlarından faydalanmaya hak kazanmış olması halinde o aya ait aile yardımları, sadece, mevzuatına göre ayın başında yardım yapması gereken akit tarafça yapılır.

Madde 25 d

Bu Anlaşma hükümleri muvacesesinde, bir çocuk için her iki akit taraf mevzuatına göre aile yardımlarından faydalanma imkanı mevcutsa, bu çocuk için aile yardımları, sadece çocuğun devamlı surette ikamet ettiği akit ülke tarafından sağlanır.

Madde 25 e

Bu kısımda «çocuklar» deyimini, uygulanacak mevzuata göre kendileri için aile yardımı öngörülmüş bulunan kimseleri kapsar.»

3. Anlaşmaya Ek Nihai Protokol'a 16. ve 17. bendler aşağıdaki metinlerle ilave edilmiştir:

«16. Anlaşmanın Bölüm II Kısım 4'üne:

Aile yardımları ile ilgili olarak madde 4, sadece 25 ila 25 e maddelerine uygun şekilde uygulanır.

17. Anlaşmanın 25 ve 25 a maddelerine:

- a) Aile yardımı talep etme hakkı sadece yapılan işin yabancı işçilerin çalıştırılmasına ilişkin cari mevzuata aykırı olmaması halinde mevcuttur.
- b) Avusturya mevzuatına göre, aile yardımı talep etme hakkı, sadece, Avusturya'da en az bir takvim ayı çalışılmış olması halinde mevcuttur. Bu bekleme süresi için 25 b maddesine göre bir mahsup yapılamaz.
- c) Avusturya mevzuatına göre, önemli ölçüde sakat çocuklar için yükseltilmiş aile yardımı talep etme hakkı, sadece devamlı olarak Avusturya'da ikamet eden çocuklar için mevcuttur.»

Madde II

(1) Bu Ek Anlaşma'nın tasdiki gerekir. Tasdik belgeleri en kısa zamanda Ankara'da teati edilecektir.

(2) Bu Ek Anlaşma, tasdik belgelerinin teati tarihinden itibaren geriye doğru iki yıla şamil olarak yürürlüğe girer.

Yukarıdaki hususları teyiden, akit tarafların yetkili kılınmış temsilcileri bu Ek Anlaşma'yı imzalamış ve mühürlemişlerdir.

Bu Ek Anlaşma Viyana'da, 30 Kasım 1979 tarihinde, Almanca ve Türkçe olarak iki orijinal nüsha halinde düzenlenmiş olup, her iki metin de aynı derecede muteberdir.

Avusturya Cumhuriyeti adına:

WILLIBALD P. PAHR

Türkiye Cumhuriyeti adına:

ASAF İNHAN

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF TURKEY ON SOCIAL SECURITY

The Federal President of the Republic of Austria and the President of the Republic of Turkey,

Desiring to regulate relations between their two States in the matter of social security, and

In recognition of the principle that nationals of both States are of equal status in the application of national legislation on social security,

Have agreed to conclude a Convention and have appointed for that purpose as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria: Dr. Lujo Tončić-Sorinj, Federal Minister for Foreign Affairs;

The President of the Republic of Turkey: Mr. Seyfi Turagay, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary.

The plenipotentiaries, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions:

PART I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

For the purposes of this Convention:

1. "Austria" means the Republic of Austria, and "Turkey" means the Republic of Turkey;
2. "National" means, in the case of Austria, a citizen of Austria; in the case of Turkey, a person having Turkish nationality;
3. "Legislation" means the laws, regulations, statutory instruments and other legislative acts that relate to the branches of social security listed in article 2 and are in force in the territory, or in part of the territory, of one Contracting State;
4. "Competent public authority" means, in the case of Austria, the Federal Ministry of Social Administration (but the Federal Ministry of Finance with regard to child allowance); in the case of Turkey, the Ministry of Labour;
5. "Insurance authority" means the institute or authority responsible for the implementation of the legislation, or of part of the legislation, specified in article 2;
6. "Competent insurance authority" means the insurance authority with which the person concerned is insured at the time of the benefit application, or from which that person is entitled to claim benefits or would still be so entitled if he were resident in the territory of the Contracting State in which he was last insured;

¹ Came into force on 1 October 1969, i.e., the first day of the second month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Ankara on 12 August 1969, in accordance with article 38.

7. "Family member" means a family member within the meaning of the applicable legislation;

8. "Employment" or "occupation" means an employment or occupation within the meaning of the applicable legislation;

9. "Periods of coverage" means contribution periods or equivalent periods;

10. "Contribution periods" means periods deemed to be contribution periods under the legislation of one Contracting State;

11. "Equivalent periods" means, in the case of Austria, the substituted qualifying periods; in the case of Turkey, the pre-employment periods to be taken into account under the transitional provisions of the Social Security Act;

12. "Cash benefit", "pension" or "annuity" means a cash benefit, pension or annuity, including any increase therein and any supplement or additional allowance payable therewith;

13. "Child allowance" means, in the case of Austria, employed persons' family allowance, including the supplementary payment, and maternity benefit.

Article 2

(1) This Convention shall apply:

1. In Austria, to the legislation concerning:

(a) Sickness insurance, with the exception of the following special forms of insurance:

(aa) Special insurance for self-employed persons;

(bb) Special insurance for surviving dependants of persons killed in the war and of military service personnel;

(cc) Special insurance for war-disabled persons and for disabled military service personnel undergoing vocational training;

(dd) Special insurance for federal civil servants;

(b) Pension insurance schemes for wage-earners and salaried employees, and the miners' pension insurance scheme;

(c) Accident insurance, with the exception of accident insurance for self-employed persons and of accident insurance for war-disabled persons and disabled military service personnel undergoing vocational training;

(d) Child allowance.

2. In Turkey, to the legislation concerning:

(a) Sickness insurance;

(b) Maternity insurance;

(c) Industrial accident and occupational disease insurance;

(d) Invalidity, old-age and surviving dependants' insurance;

(e) The pension fund for workers of the Directorate-General of State Railways and Ports;

(f) The pension and provident fund for workers in armaments manufacturing plants.

(2) The Convention shall not apply to legislation concerning any new scheme or branch of social security or to legislation that extends existing entitlements to new categories of persons.

(3) Legislation arising out of international agreements on social security shall not be taken into consideration in the relationship between the two Contracting States.

Article 3

(1) Except as otherwise provided in this Convention, the provisions of this Convention shall apply to employed persons (and persons treated as such) who are or have been subject to the legislation of either Contracting State and are nationals of either Contracting State, and also to their family members and surviving dependants.

(2) The provisions of this Convention shall not apply to members of diplomatic missions or consular posts of either Contracting State, including administrative and technical personnel and official domestic staff, or to private domestic employees of members of such agencies.

Article 4

(1) Except as otherwise provided in this Convention, nationals of one Contracting State to whom the provisions of this Convention apply shall have the same obligations and rights as nationals of the other Contracting State under the legislation specified in article 2.

(2) Legislation of the Contracting States concerning eligibility of insured persons and their employers for membership in the autonomous organs of insurance authorities and associations or concerning the appointment of assessors in arbitral jurisdiction shall not be affected by paragraph (1).

Article 5

(1) Except as otherwise provided in this Convention, cash benefits, pensions and annuities to which entitlement has been acquired under the legislation of one Contracting State shall not be suspended because the claimant is resident in the territory of the other Contracting State.

(2) Cash benefits, pensions and annuities under the social security system of one Contracting State shall be paid to nationals of the other Contracting State residing in the territory of a third State on the same conditions and to the same extent as if they were nationals of the first-mentioned Contracting State residing in the territory of that third State.

Article 6

(1) No claim for two or more benefits of the same kind or for two or more benefits relating to the same period of coverage or arising out of the same insured event and based on the legislation of both Contracting States may be filed or upheld

by virtue of the provisions of this Convention. This shall not apply to pension insurance claims made under Part II, Chapter 2.

(2) If, under the legislation of one Contracting State, the receipt of social security benefits or allowances of any other kind or the pursuit of employment or the establishment of a social security relationship has a legal effect on an entitlement to or the granting of benefits or on the obligation to participate in a social insurance scheme or the voluntary membership of an insurance scheme, any of the aforementioned situations that arises or has arisen in the other Contracting State shall be similarly affected.

Article 7

Without prejudice to the provisions of articles 8 and 9, employed persons (and persons treated as such) employed in the territory of one Contracting State shall be subject to the legislation of that State even if they are resident in the territory of the other Contracting State or if their employer or the principal place of business of the enterprise that employs them is situated in the territory of the other Contracting State.

Article 8

(1) The following exceptions to the principle laid down in article 7 shall apply:

(a) If employed persons (or persons treated as such) are sent by an employer from the territory of one Contracting State to the territory of the other Contracting State, they shall continue to be subject to the legislation of the first-mentioned Contracting State during the first 24 months of their employment in the territory of the other Contracting State as if they were still employed in the territory of the first-mentioned Contracting State. If their employment in the territory of the other Contracting State extends beyond that period, the legislation of the first-mentioned Contracting State shall remain applicable, provided that a request to that effect is jointly submitted by the employer and employed person at least one month prior to the expiry of the 24-month period and is agreed to by the competent public authority of the other Contracting State after due consideration of the nature and circumstances of the employment. Before a decision is taken, the competent public authority of the first-mentioned Contracting State shall be given an opportunity to express its opinion.

(b) If employed persons (or persons treated as such) in the service of an enterprise engaged in the carriage of passengers or goods for its own account or for account of third parties and having its principal place of business in the territory of one Contracting State are employed in the territory of the other Contracting State, they shall be deemed to be employed in the territory of the Contracting State in which the enterprise has its principal place of business; if the enterprise operates a branch establishment in the territory of the other Contracting State, the employees of that branch establishment shall be deemed to be employed in the territory of the Contracting State in which the branch establishment is situated.

(2) Paragraph (1) shall apply irrespective of the nationality of the employed person.

Article 9

At the joint request of the employed persons and employers concerned, the competent public authority of the Contracting State whose legislation would be applicable under article 7 or article 8 (1) (b) may grant exemption from the effects of such legislation if the employed persons become subject to a social security scheme in the other Contracting State by reason of their employment or if they are made subject to a social security scheme by the competent public authority of the other Contracting State. The nature and circumstances of the employment shall be taken into account in that decision. Before the decision is taken, the competent public authority of the other Contracting State shall be given an opportunity to express its opinion.

PART II

SPECIAL PROVISIONS

Chapter 1

Sickness insurance

Article 10

If an insured person has been subject to the legislation of both Contracting States, whether successively or alternately, the periods of coverage completed under the legislation of the two Contracting States shall, in so far as such periods do not overlap, be aggregated for the purpose of establishing eligibility for benefits or the maintenance or recovery of entitlement to benefits.

Article 11

(1) If an insured person transfers his residence to the territory of the other Contracting State, he and his family members resident in that territory shall be eligible for the benefits provided for in the legislation of the other Contracting State, subject to the following conditions:

(a) He was fit for work at the time of his last entry into the territory of the other Contracting State;

(b) He was covered under a compulsory insurance scheme subsequent to his last entry into that territory;

(c) He satisfies the requirements laid down in the legislation of that Contracting State, taking into account the aggregation of periods as provided for in article 10.

(2) If, in the cases referred to in paragraph (1), the insured person does not fulfil the conditions specified in subparagraphs (a), (b) or (c) and the insured event arises within the period stipulated in the legislation of the Contracting State in whose territory he was last insured prior to his change of residence, he shall be eligible for benefits under the aforesaid legislation. The provisions of article 12 (3) to (6) shall apply *mutatis mutandis*.

Article 12

(1) If an insured person is insured with an insurance authority of one Contracting State and is resident in the territory of that State, he shall receive benefits in the event of any temporary stay in the territory of the other Contracting State if his condition necessitates immediate medical attention, including hospital care.

(2) If an insured person is entitled to claim on an insurance authority of one Contracting State and is resident in the territory of that State, he shall continue to be so entitled if he transfers his place of residence to the territory of the other Contracting State. The insured person must obtain the consent of the competent insurance authority prior to the change of residence. Consent may be withheld solely on the grounds of the claimant's state of health, and may be given subsequently if the eligibility conditions are fulfilled and the consent could not, for reasonable cause, be obtained in advance. In the case of maternity benefits, consent may be given before the insured event arises.

(3) If an insured person is eligible for benefits under the provisions of paragraph (1) or (2), benefits in kind shall be provided by the insurance authority of his place of stay or new place of residence in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject, in particular with regard to the amount, form and manner of the benefit provision, but the duration of the benefit provision shall be determined by the legislation to which the competent insurance authority is subject.

(4) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), the provision of prostheses, major appliances or other costly benefits in kind shall be conditional upon the consent of the competent insurance authority. This shall not apply in cases of dire emergency. A dire emergency shall be deemed to exist if the provision of benefits cannot be delayed without seriously jeopardizing the life or health of the person concerned.

(5) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), cash benefits shall be granted in accordance with the legislation to which the competent insurance authority is subject. The cost of such benefits may be met by an insurance authority of the other Contracting State, for account of the competent insurance authority, in the form and manner laid down in an implementing agreement.

(6) The provisions of paragraphs (1) to (5) shall apply *mutatis mutandis* to family members.

Article 13

(1) Family members of an insured person who is insured with an insurance authority of one Contracting State shall, if they are resident in the territory of the other Contracting State, receive benefits in kind as if the insured person were insured with the insurance authority of their place of residence. The amount, form and manner of the benefit provision shall be determined by the legislation to which that insurance authority is subject, but the duration of the benefit provision shall be determined by the legislation of the first-mentioned Contracting State.

(2) If the family members transfer their place of residence to the territory of the Contracting State in which the competent insurance authority is situated, they shall receive benefits in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject. This shall apply even if in respect of the same case of sickness or maternity the family members have already received benefits from an insurance

authority of the Contracting State in whose territory they were resident prior to their change of residence. If under the legislation of one Contracting State the benefit provision is subject to a maximum duration, the period for which benefits in respect of the same case of sickness or maternity have been granted under the legislation of the other Contracting State shall be counted towards that maximum duration by the competent insurance authority.

(3) If a person is deemed to be a family member under the legislation of both Contracting States, the benefits shall be granted only once. The insurance authority of the Contracting State in whose territory the family member is resident shall be liable to pay the benefits.

Article 14

(1) If a person qualifying for a pension or an annuity under the legislation of both Contracting States is resident in the territory of one Contracting State and is eligible for benefits in kind under the legislation of that Contracting State, he and his family members shall be granted such benefits by the insurance authority of his place of residence as if he were entitled to receive a pension or an annuity solely under the legislation of the Contracting State in which he is resident. Such benefits shall be to the charge of the insurance authority of the Contracting State in which the claimant is resident. Article 12 (1) and (3) to (6) and article 13 shall apply *mutatis mutandis*.

(2) If a person qualifying for a pension or an annuity under the legislation of only one Contracting State is resident in the territory of the other Contracting State and is eligible for benefits in kind under the legislation of the first-mentioned Contracting State, he and his family members shall be granted such benefits by the insurance authority of his place of residence as if he were entitled to receive a pension or an annuity under the legislation of the Contracting State in which he is resident.

(3) If, under the legislation of one Contracting State, contributions are to be deducted from the pension or annuity due to the claimant in order to cover benefits in kind, the insurance authority liable to pay the pension or annuity shall be entitled to make the deductions in the cases referred to in this article.

Article 15

In the cases referred to in article 11 (2), article 12 (1), (2) and (6), article 13 (1) and article 14 (2), benefits in kind shall be provided:

In Austria:

By the local health insurance fund for wage-earners and salaried employees that is competent for the place of residence of the person concerned;

In Turkey:

By the Social Security Institute (Sosyal Sigortalar Kurumu).

Article 16

(1) Amounts disbursed in respect of benefits in kind granted under the provisions of article 11 (2), article 12 (1), (2) and (6), article 13 (1) and article 14 (2) shall

be refunded by the competent insurance authorities to the insurance authorities that have provided such benefits. Administrative costs shall not be reimbursed.

(2) The insurance authorities concerned may, with the consent of the competent public authorities of both Contracting States and with a view to simplifying administrative formalities, agree that, in all cases or for certain categories of cases, the amounts disbursed shall be refunded in lump sums rather than as individual repayments.

Article 17

(1) Should an insured person who is subject to the legislation of one Contracting State, or a person qualifying for a pension or an annuity, or a family member die in the territory of the other Contracting State, the death shall be deemed to have occurred in the territory of the first-mentioned Contracting State.

(2) The death benefit shall be to the charge of the competent insurance authority, even if the beneficiary is resident in the territory of the other Contracting State.

Chapter 2

Pension insurance

Article 18

(1) If an insured person has been subject to the legislation of both Contracting States, whether successively or alternately, the periods of coverage completed under the legislation of the two Contracting States shall, in so far as such periods do not overlap, be aggregated for the purpose of establishing eligibility for benefits or the maintenance or recovery of entitlement to benefits.

(2) If, under the legislation of one Contracting State, the granting of specific benefits is conditional upon the completion of the periods of coverage in an occupation that is subject to a special scheme, only the periods completed under corresponding schemes of the other Contracting State or under other schemes of that Contracting State in the same occupation shall, in so far as such periods do not overlap, be aggregated for the purpose of establishing eligibility for those benefits.

(3) Should the periods of coverage to be taken into account under the legislation of one Contracting State not amount in all to six months, no benefits shall be granted under such legislation; in that event, the competent insurance authority of the other Contracting State shall take the aforementioned periods into account for the purpose of establishing eligibility for benefits or the maintenance or recovery of entitlement to benefits, but not for determining the partial sum payable under article 19 (3). This stipulation shall not, however, apply if the entitlement to benefits under the legislation of the first-mentioned Contracting State exists solely by reason of the periods to be taken into account under that legislation.

Article 19

(1) If a claim for benefits is filed by an insured person as specified in article 18 or by his surviving dependants, the benefits shall be determined in accordance with the provisions of paragraphs (2) to (5).

(2) The competent insurance authority of each Contracting State shall determine, in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject, whether the person concerned satisfies the eligibility requirements in respect of the benefits provided for under that legislation, taking into account the aggregation of periods as referred to in article 18.

(3) If entitlement to a pension exists, that pension shall be calculated as follows:

(a) The competent insurance authority of each Contracting State shall first calculate the pension that would be due to the person concerned under the national legislation to be applied by that insurance authority if all the periods of coverage that under the legislation of the other Contracting State are to be taken into account for the calculation of the pension were also periods of coverage to be taken into account for the calculation of the pension under the national legislation to be applied by the insurance authority. In making its calculation, the Austrian insurance authority shall disregard contributions in respect of the supplementary insurance scheme and the benefit supplement;

(b) The competent insurance authority of each Contracting State shall then calculate the portion of the pension that corresponds to the ratio that the periods of coverage that have been taken into account under the national legislation bear to the sum of all the periods of coverage that have been taken into account under the legislation of both Contracting States. This amount shall be the pension to be paid by the insurance authority to the person concerned;

(c) The Austrian insurance authority shall increase the pension due from it under subparagraph (b) by the increments relating to paid contributions in respect of the supplementary insurance scheme and by the amount of the benefit supplement.

(4) In the application of paragraph (3), contribution periods and equivalent periods shall be aggregated as follows:

(a) If a period of compulsory insurance coverage that has been completed under the legislation of one Contracting State coincides with a period of voluntary insurance coverage under the legislation of the other Contracting State, only the period of compulsory insurance coverage shall be taken into account;

(b) If a contribution period under the legislation of one Contracting State coincides with an equivalent period under the legislation of the other Contracting State, only the contribution period shall be taken into account;

(c) If an equivalent period under the legislation of one Contracting State coincides with an equivalent period under the legislation of the other Contracting State, only the equivalent period under the legislation of the Contracting State in whose territory the person concerned last acquired a period of coverage prior to such equivalent period shall be taken into account. If prior to that equivalent period the person did not acquire any periods of coverage in the territory of either Contracting State, only the equivalent period under the legislation of the Contracting State in whose territory the person first acquired any periods of coverage subsequent to that equivalent period shall be taken into account;

(d) If, in accordance with subparagraph (a), any periods of voluntary insurance coverage under the Austrian pension insurance scheme are not to be taken into account, the contributions paid in respect of those periods shall be deemed to be contributions under the Austrian supplementary insurance scheme.

Article 20

(1) If, allowing for the aggregation of periods in accordance with article 18, a person at a specific moment satisfies the requirements of the legislation applicable to him of one but not both of the Contracting States, the amount of the benefit shall be determined in accordance with the provisions of article 19 (3).

(2) If a person at a specific moment satisfies the requirements of the legislation applicable to him of one but not both of the Contracting States without it being necessary to take into account the periods completed under the legislation of the other Contracting State, the amount of the benefit shall be determined solely on the basis of the legislation under which entitlement was established, taking into account solely the periods completed under that legislation.

(3) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), benefits already determined shall be recalculated, in accordance with the provisions of article 19 (3), as soon as the requirements under the legislation of the other Contracting State are satisfied, allowing for the aggregation of periods in accordance with article 18. The benefit payable by the insurance authority in the territory of one Contracting State shall be recalculated with effect from the commencement date of the benefit provision under the insurance of the other Contracting State. The binding force of the previous decision shall not preclude such recalculation.

(4) Without prejudice to the stipulations of paragraph (2), persons to whom the provisions of this Chapter are applicable may not claim a pension under the legislation of one Contracting State alone.

Article 21

(1) If a person is eligible for a pension under the legislation of one Contracting State without the application of article 18 (1) and is eligible for a pension under the legislation of the other Contracting State only after application of the aforesaid stipulations, and if the pension under the legislation of the first-mentioned Contracting State is higher than the sum of the partial pensions computed in accordance with article 19 (3), the insurance authority of the first-mentioned Contracting State shall increase the partial pension due from it in accordance with article 19 (3) by the difference between the sum of the partial pensions and the pension that would be due solely under the legislation to which that insurance authority is subject.

(2) If a person is eligible for pensions under the legislation of both Contracting States without the application of article 18 (1) and both pensions are higher than the sum of the partial pensions computed in accordance with article 19 (3), the competent insurance authority of the Contracting State under whose legislation the higher pension is payable shall increase its partial pension by the difference between the sum of the partial pensions and the pension that would be due solely under the legislation to which that insurance authority is subject. The insurance authority of the other Contracting State shall reimburse this amount to the insurance authority liable to pay the difference, in the proportion corresponding to the ratio specified in article 19 (3) but not exceeding the amount that the insurance authority of the other Contracting State would have to pay under the legislation to which it is subject without the application of article 19 (3).

(3) The difference shall be recalculated *ex officio* if the amount of the pensions that form the basis for the computation of the difference alters or if the exchange rate alters by more than 10 per cent.

Chapter 3

Industrial accident and occupational disease insurance

Article 22

(1) If the legislation of one Contracting State provides that, in the assessment of the degree of disability resulting from an industrial accident or occupational disease within the meaning of that legislation, previous industrial accidents and occupational diseases are to be taken into account, that provision shall also apply to any previously sustained industrial accidents or previously contracted occupational diseases covered under the legislation of the other Contracting State as if they had been covered under the legislation of the first-mentioned Contracting State.

(2) The competent insurance authority liable for the payment of compensation in respect of the insured event arising subsequently shall determine the benefit due from it according to the degree of reduction in earning capacity resulting from the industrial accident (or occupational disease) that that insurance authority has to apply under the national legislation to which it is subject.

Article 23

(1) If an insured person has in both Contracting States pursued an occupation of a type capable of giving rise to a disease that is regarded as an occupational disease under the legislation of both Contracting States, the benefits in respect of such occupational disease shall be granted by the insurance authority of the Contracting State in whose territory an occupation of a type capable of giving rise to such disease was last pursued. Liability to pay the benefits shall devolve upon the insurance authority of the other Contracting State if agreement exists between the two insurance authorities to the effect that the reduction in earning capacity resulting from the occupational disease was caused solely by the occupation in the territory of the other Contracting State and not by the occupation last pursued.

(2) If a person who has received or is receiving compensation in respect of an occupational disease under the legislation of one Contracting State files a claim under the legislation of the other Contracting State by reason of a worsening of that disease, the insurance authority of the first-mentioned Contracting State shall continue to be liable to pay the benefits taking due account of the extent of the worsening.

Article 24

(1) A person who is eligible for benefits in kind under the legislation of one Contracting State by reason of an industrial accident or occupational disease and who transfers his residence to the territory of the other Contracting State shall continue to be so eligible. Article 12 (1) to (4) shall apply *mutatis mutandis*.

(2) A person who is insured under the legislation of one Contracting State and who sustains an industrial accident or contracts an occupational disease in the ter-

ritory of the other Contracting State or requires benefits in kind in the territory of the other Contracting State as a result of a previous industrial accident or occupational disease shall, upon application, receive benefits in kind under the legislation of the last-mentioned Contracting State.

(3) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), the benefits in kind shall be granted:

In Austria: By the local health insurance fund for wage-earners and salaried employees that is competent for the place of residence of the claimant, or by the general accident insurance institute;

In Turkey: By the Social Security Institute, to the charge of the competent insurance authority, in accordance with the legislation applicable to the agency concerned. Article 12 (4) shall apply *mutatis mutandis*.

(4) The amounts disbursed, with the exception of administrative costs, shall be refunded by the competent insurance authority to the agency that granted the benefits.

(5) In the cases referred to in paragraphs (1) and (2), cash benefits shall be granted in accordance with the legislation to which the competent insurance authority is subject. The cost of such benefits may be met by an insurance authority of the other Contracting State, for account of the competent insurance authority, in the form and manner laid down in an implementing agreement.

Chapter 4

Child benefits

Article 25

(1) Turkish nationals who work as employed persons in Austria by virtue of work permits issued under Austrian legislation but whose residence or customary abode is not in Austria shall be eligible, under the terms of Austrian legislation, for child allowance, including the supplementary child allowance payment, and for maternity benefit, this eligibility extending also to their children living in Turkey. No entitlement shall be acquired unless the employment extends over an uninterrupted period of at least three months.

(2) Article 5 shall apply in respect of child allowance only if the requirements set forth in paragraph (1) above are satisfied and only to periods for which cash benefits are received under statutory sickness insurance from an Austrian insurance authority by virtue of employment within the meaning of paragraph (1) above.

(3) Paragraph (1) shall not apply if the employer or the principal place of business of the enterprise employing employed persons within the meaning of paragraph (1) is not situated in the Republic of Austria, except in the case of employees of a branch establishment operated by that enterprise and situated in Austria.

(4) Article 9 shall not apply to child allowance.

PART III

MISCELLANEOUS PROVISIONS

Article 26

(1) The competent public authorities shall jointly fix the details of the measures required for the implementation of this Convention. In particular, they may agree to establish liaison offices for the purpose of facilitating the administration of this Convention in regard to sickness insurance, pension insurance and industrial accident and occupational disease insurance.

(2) The competent public authorities shall inform each other of:

(a) All measures taken for the implementation of this Convention;

(b) All changes in their legislation that affect the implementation of this Convention.

(3) The administrative and insurance authorities of both Contracting States shall assist each other in the implementation of this Convention as if they were applying their own legislation. Such assistance shall be free of charge. The competent public authorities of both Contracting States may, however, agree upon the reimbursement of specific costs.

Article 27

(1) Medical examinations required in compliance with the legislation of one Contracting State and involving persons in the territory of the other Contracting State shall, at the request of the competent insurance authority, be arranged by an insurance authority in the territory of the Contracting State in which the persons to be examined are resident. The costs of such examinations, travel expenses, loss of earnings, costs of hospitalization for observation purposes and other out-of-pocket expenses, with the exception of postage, shall be refunded by the competent insurance authority. Costs shall not be refunded if the medical examination was in the interests of the competent insurance authorities of both Contracting States.

(2) In the assessment of reductions in earning capacity, medical certificates issued in the other Contracting State shall also be recognized as a valid basis.

Article 28

Contributions payable to an insurance authority of one Contracting State may be collected in the territory of the other Contracting State in accordance with the administrative procedure applying to the collection of contributions payable to the corresponding insurance authorities of that Contracting State.

Article 29

(1) If a person receiving benefits under the legislation of one Contracting State in respect of a loss sustained in the territory of the other Contracting State is entitled to claim damages for such loss from a third party in that State, the insurance authority liable shall be subrogated to the beneficiary's rights of claim against the third party in accordance with the legislation to which that insurance authority is subject.

(2) If claims for damages in respect of similar benefits arising out of the same loss occurrence are due both to an insurance authority in the territory of one Contracting State and to an insurance authority in the territory of the other Contracting State, the third party may validly discharge the claims the rights to which have been subrogated to both insurance authorities in accordance with paragraph (1) by making payment to either insurance authority. The insurance authorities shall make the necessary internal arrangements to divide the payment between them in proportion to the benefits payable by each of them.

Article 30

(1) Any partial or total exemptions from taxes or fees, including consular fees and administrative charges, provided for in the legislation of one Contracting State, in respect of certificates and other documents to be submitted in compliance with that legislation, shall also apply to certificates and other documents that, in compliance with the legislation of the other Contracting State, are to be submitted in the implementation of this Convention or in accordance with its provisions.

(2) Certificates and other documents that are to be submitted in the implementation of this Convention shall not require authentication.

Article 31

An application or other document submitted to the administrative or insurance authorities of one Contracting State may not be rejected by them for the reason that it is drawn up in the official language of the other Contracting State.

Article 32

(1) An application filed with a competent agency of one Contracting State for a benefit to which entitlement exists by virtue of this Convention shall be deemed also to be an application filed with the competent insurance authority of the other Contracting State.

(2) Any applications, notices or appeals that, in compliance with the legislation of one Contracting State, have to be filed with an administrative or insurance authority of that Contracting State within a prescribed period may be submitted within the same period to the corresponding agency of the other Contracting State. Such applications, notices or appeals are to be sent without delay to the competent agency of the first-mentioned Contracting State, either direct or through the competent public authority of the Contracting States.

Article 33

(1) Where insurance authorities of one Contracting State are required under this Convention to effect payments to claimants resident in the territory of the other Contracting State, they may validly discharge their payment obligations in the currency of the first-mentioned Contracting State; should they be required to effect payments to insurance authorities situated in the territory of the other Contracting State, such payments shall be made in the currency of that Contracting State.

(2) The transfer of amounts due in implementation of this Convention shall be carried out in accordance with the payment agreements that are in force between the Contracting States at the time of the transfer.

Article 34

(1) Any disagreement between the two Contracting States concerning the interpretation or application of this Convention shall be made the subject of direct negotiations between the competent public authorities of both Contracting States.

(2) If the disagreement cannot be settled in this manner within six months from the commencement of the negotiations, it shall, at the request of either or both of the Contracting States, be referred to an arbitral body whose composition shall be determined by agreement between the two Contracting States. The procedure to be adopted shall be fixed in like manner.

(3) The arbitral body shall resolve the matter in dispute according to the principles and spirit of this Convention. Its decisions shall be final and binding.

Article 35

(1) If an insurance authority of one Contracting State has granted an advance payment to a claimant, that insurance authority or, at its request, the competent insurance authority of the other Contracting State may deduct the advance payment from the benefits to which the claimant is entitled and which relate to the same period.

(2) If, in the case of a recalculation in accordance with article 20 (3) or in the application of article 21, an insurance authority of one Contracting State has paid to a claimant an amount higher than that to which he is entitled, that insurance authority may request the paying office to withhold the overpaid amount on its behalf from the subsequent payment due under the insurance of the other Contracting State and relating to the same period.

(3) If a welfare benefit, a provisional benefit under unemployment insurance or a compensatory allowance has been granted to a claimant in one Contracting State during a period for which the claimant is entitled to cash benefits, the insurance authority liable or the paying office shall, at the request and for account of the agency concerned, withhold the subsequent payments relating to the same period up to the amount of the paid benefits as if they were benefits under the legislation of the Contracting State in whose territory the requesting agency is situated.

PART IV

TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

Article 36

(1) This Convention shall not establish entitlement to the payment of benefits for the period prior to its entry into force.

(2) For the purpose of determining entitlement to benefits under this Convention, periods of coverage completed under the legislation of one Contracting State prior to the entry into force of the Convention shall also be taken into account.

(3) Without prejudice to the provision set out in paragraph (1), the Convention shall also apply to insured events that have arisen prior to its entry into force. In such cases and in accordance with the provisions of this Convention:

(a) Pensions or annuities that are due solely by virtue of this Convention shall, upon application by the claimant, be determined as from the entry into force of this Convention;

(b) Pensions or annuities that have been determined prior to the entry into force of this Convention shall, upon application by the claimant, be recalculated; they may also be recalculated *ex officio*, in which case the date when the insurance authority dispatches the notification to be communicated by it to the claimant concerning commencement of the recalculation procedure shall be deemed to be the application submission date;

(c) Pensions or annuities that have been suspended prior to the entry into force of this Convention by reason of the residence of the claimant in the other Contracting State shall, upon application by the claimant, be paid.

If an application for the determination, recalculation or payment of pensions or annuities is filed within two years from the entry into force of this Convention or an *ex officio* recalculation is commenced within that period, the pensions or annuities shall be paid as from the entry into force of the Convention; otherwise they shall be paid as from the date fixed in accordance with the legislation of each of the two Contracting States.

(4) Should the legislation of both Contracting States provide for the preclusion or time-barring of claims, the relevant legislation of the two Contracting States shall not be invoked against claimants in respect of claims arising under subparagraph (3) (a) if the application is filed within two years from the entry into force of this Convention. If the application is filed after the expiry of that period, entitlement to benefits shall, provided that it is not precluded or time-barred, exist as from the moment when the application was filed, unless more favourable regulations are contained in the legislation of either Contracting State.

(5) In the cases referred to in paragraph (3), article 35 (2) shall apply *mutatis mutandis*.

(6) A recalculation application submitted to an insurance authority of one Contracting State shall require the relevant insurance authority of the other Contracting State to commence a determination or recalculation procedure *ex officio*. If a recalculation procedure is commenced *ex officio* by an insurance authority, the commencement thereof shall, as regards the insurance authority of the other Contracting State, be deemed to be an application for a first determination or a recalculation of the benefit.

(7) The binding force of previous decisions shall not preclude a recalculation.

Article 37

This Convention shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Ankara.

Article 38

The Convention shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

Article 39

The Convention is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it subject to giving three months' notice.

Article 40

(1) If this Convention is terminated, all entitlements to benefits established under its provisions shall be retained.

(2) Entitlements in course of acquisition in respect of periods completed prior to termination of this Convention shall not be affected by its termination; the subsequent preservation of such entitlements shall be determined by agreement or, in the absence of any such agreement, by the legislation to which the insurance authority concerned is subject.

IN WITNESS WHEREOF, the aforementioned plenipotentiaries have signed this Convention.

DONE at Vienna, on 12 October 1966, in four original copies, two in the German language and two in the Turkish language, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:
Dr. LUJO TONČIĆ-SORINJ

For the Republic of Turkey:
SEYFI TURAGAY

FINAL PROTOCOL TO THE CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TURKEY ON SOCIAL SECURITY

At the time of signing the Convention on Social Security, concluded this day between the Republic of Austria and the Republic of Turkey, the plenipotentiaries of the two Contracting States declare that agreement has been reached on the following:

1. *Ad article 1 of the Convention:*

The term “pension” in item 12 shall not cover the compensatory allowance under Austrian legislation.

2. *Ad article 2 of the Convention:*

The term “military service personnel” used in subparagraph (1) 1 shall also include persons treated as such under army pension regulations.

3. *Ad article 3 of the Convention:*

(a) Austrian nationals within the meaning of the Convention shall be deemed to include persons who were resident in the territory of the Republic of Austria, other than on a purely temporary basis, on 11 July 1953, on 1 January 1961 or on 27 November 1961 and who are to be regarded on the date in question as ethnic Germans (persons of German mother tongue who are stateless or of indeterminate nationality).

(b) The provisions of paragraph (2) shall apply *mutatis mutandis* to the representative of the Austrian Trade Commission and to specialist personnel assigned to him from the Federal Chamber of Trade and Industry and also to representatives of the Federal Chamber of Trade and Industry on matters relating to the recruitment of labour.

4. *Ad article 4 of the Convention:*

(a) The assimilation of Turkish nationals to Austrian nationals under the terms of paragraph (1) shall not apply with respect to the fulfilment of personal requirements in accordance with Austrian legislation where relating:

(aa) In the case of pension (annuity) insurance, to the crediting of contribution periods completed after 12 March 1938 and prior to 10 April 1945 under a compulsory or voluntary pension insurance scheme of the former German Reich in respect of employment or residence outside the territory of Austria;

(bb) In the case of accident insurance, to the acceptance of liability to pay compensation for industrial accidents (or occupational diseases) that occurred outside the territory of Austria, during the period specified in subparagraph (aa), under the accident insurance scheme of the former German Reich.

(b) Under the Austrian pension (annuity) insurance scheme, the periods specified below shall, without prejudice to the other requirements, be deemed equivalent periods for Turkish nationals within the meaning of the Convention:

(aa) With respect to the First World War, periods of war service in the Austro-Hungarian army or in the army of an allied State, as well as periods of war captivity (or civilian internment) and subsequent repatriation that are treated as such;

(bb) With respect to the Second World War, periods of war service in the forces of the former German Reich and allied States and periods of compulsory military or labour service, as well as periods of emergency duty, air-raid protection service, war captivity (or civilian internment) and subsequent repatriation that are treated as such.

Austrian legislation concerning preferential treatment for persons disadvantaged on political or religious grounds or by reason of their ethnic origin shall not be affected by the foregoing provisions.

(c) If the crediting of periods of education is conditional upon a subsequent period of war service or period treated as such, only the periods specified in paragraph (b) shall be taken into consideration.

(d) The stipulations of the Austrian federal law of 22 November 1961 concerning eligibility for benefits and entitlements in course of acquisition under the pension (annuity) and accident insurance schemes by virtue of occupations abroad shall not apply to Turkish nationals.

5. *Ad article 5 of the Convention:*

The compensatory allowance under Austrian legislation shall not be payable if the person qualifying for a pension is resident in the territory of the other Contracting State.

6. *Ad article 7 of the Convention:*

Employees of a Turkish enterprise shall be deemed to be employed in Austria even if they do not fulfil the residence requirement laid down under Austrian legislation.

7. *Ad article 10 of the Convention:*

For the purpose of completing a qualifying period, periods of coverage shall be deemed also to include other periods that are to be taken into account under Austrian legislation.

8. *Ad article 12 of the Convention:*

(a) The provisions of paragraph (1) shall apply:

- (aa) To persons staying in the territory of the other Contracting State for the pursuit of their occupation, and also to family members accompanying them;
- (bb) To persons staying in the territory of the other Contracting State for the purpose of visiting their family whose abode is in that State;
- (cc) To family members of persons insured with an insurance authority of one Contracting State, if those family members are resident in the territory of the other Contracting State;
- (dd) To persons staying in the territory of the other Contracting State for other reasons, if out-patient treatment has been provided to them for account of the insurance authority that is competent for their place of stay.

(b) The provisions of paragraphs (1) and (3) to (6) shall, in the case of employed persons as referred to in article 8 (1), apply irrespective of the nationality of such persons.

9. *Ad article 14 of the Convention:*

(a) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall apply *mutatis mutandis* to persons applying for a pension.

(b) In the application of paragraph (2), residence in the territory of Turkey shall, with respect to health insurance for pensioners, be deemed to mean permanent residence in the territory of Austria.

10. *Ad article 16 of the Convention:*

Amounts disbursed in respect of claimants under the Austrian pension or accident insurance scheme pursuant to article 14 (2) shall be refunded from the contributions received in respect of health insurance for pensioners by the Federation of Austrian Social Security Institutions [*Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger*].

11. *Ad article 18 of the Convention:*

(a) The extent to which and manner in which periods of coverage are to be taken into account shall be determined by the legislation of the Contracting State under whose insurance those periods were completed, with the following provisos: one month of coverage under the Austrian pension insurance scheme shall be regarded as representing thirty contribution days under the Turkish annuity insurance scheme and Turkish periods of coverage shall, if they can only be determined in three-month intervals, be deemed to have been completed under the Austrian pension insurance scheme to the extent of one third in each individual calendar month concerned.

(b) Special insurance within the meaning of paragraph (2) shall in Austria refer to the miners' pension insurance scheme. Only such of the Turkish periods of coverage within the meaning of paragraph (2) may be taken into account under the Austrian miners' pension insurance scheme as were based on an occupation pursued in specific categories of Turkish enterprises or as members of specific categories of employed persons. A schedule of such categories shall be drawn up by the competent public authorities of the two Contracting States, having due regard to article 15 of the Austrian federal law of 9 September 1955 on general social security.

12. *Ad article 19 of the Convention:*

In applying the aforementioned article, the insurance authorities of the two Contracting States shall observe the following rules:

(a) For the purpose of applying paragraph (3), thirty contribution days completed under Turkish legislation shall be regarded as representing one month of coverage to be taken into account under Austrian legislation and vice versa.

(b) For the purpose of determining the basis of assessment, only periods of coverage completed under the pension (annuity) insurance scheme of the Contracting State concerned shall be taken into account.

(c) Where the number of months of coverage taken into account for the computation of Austrian pension increments is subject to a maximum, the ratio referred to in subparagraph (3) (b) shall be determined on the basis of all the periods of coverage taken into account by the insurance authorities of both Contracting States irrespective of such maximum.

(d) In the establishment of the total benefit in accordance with subparagraph (3) (a), Turkish periods of coverage that are to be taken into account in respect of Turkish benefits shall be taken into consideration by the Austrian insurance authorities without applying the Austrian legislation concerning the creditability of periods of coverage.

(e) The legislation concerning reduction and suspension of benefits shall be applied by the Austrian insurance authorities to pensions calculated in accordance with subparagraph (3) (a).

(f) In the implementation of subparagraph (3) (a), contributions paid retroactively for the acquisition of equivalent periods under the Austrian pension insurance scheme shall not be treated as contributions in respect of the supplementary insurance scheme.

(g) If contribution bases for the establishment of a basis of assessment cannot be determined by the Austrian insurance authorities in cases where the statutory date is prior to 1 January 1962, the contribution basis to be taken into consideration shall be the currently applicable multiple, under Austrian legislation, of the daily rate of pay, as at 31 December 1946, of persons employed in a similar occupation, up to the highest contribution base currently valid.

(h) For the purpose of determining liability to pay benefits under the Austrian pension insurance scheme, Turkish periods of coverage shall be taken into account according to the nature of the employment on which those periods were based. Periods during which entitlement arising out of the insured events of old age or invalidity exists or has existed under the Turkish pension insurance scheme shall be taken into account according to the nature of the employment last pursued prior to the occurrence of the insured event. If it is no longer possible to ascertain the nature of the employment for a particular period, the periods of coverage based on that employment shall be taken into account as if they had been based on an insurance scheme for which the Wage-Earners' Pension Insurance Institute would have been competent. For the purpose of determining liability to pay benefits under the Austrian miners' pension insurance scheme, only such of the Turkish periods of coverage as come into consideration in accordance with sub-item 11 (b) shall be taken into account.

(i) With regard to entitlement to the miners' seniority bonus and to the pension for salaried employees in mining enterprises, account shall be taken solely of such of the Turkish periods of coverage coming into consideration in accordance with sub-item 11 (b) as are based on employment categories corresponding to the employment categories listed in annex 9 to the Austrian federal law referred to in sub-item 11 (b), subject to the requirements laid down in that same law. For the purpose of calculating what proportion of the miners' seniority bonus is payable under the Austrian miners' pension insurance scheme, the provisions of paragraph (3) shall apply, with the proviso that only the periods credited in accordance with the first sentence shall be taken into consideration.

(j) Turkish periods of coverage shall not be taken into account with respect to the eligibility requirements for and payment of the miners' long-service allowance under the Austrian miners' pension insurance scheme.

(k) The disabled persons' supplementary allowance shall be calculated under Austrian legislation on the basis of the Austrian partial pension, the monetary limits thereof being proportionately reduced in accordance with subparagraph (3) (b).

(l) In the implementation of subparagraph (3) (a) of the Convention with regard to insured events to which Part Four of the Austrian federal law referred to in sub-item 11 (b) is not applicable, pension increments in respect of Turkish periods of coverage shall be fixed by the Austrian insurance authority, with the proviso that the annual increment rates set out below shall be deemed valid in accordance with the legislation in force as at 31 December 1946:

- (aa) In the case of invalidity annuities, for men 40 groschen, and for women 25 groschen, for each creditable week;
- (bb) In the case of retirement pensions, for men 2.70 schillings, and for women 1.90 schillings, for each creditable month;
- (cc) In the case of miners' full annuities, for men 4.60 schillings, and for women 3 schillings, for each creditable month;
- (dd) In the case of miners' annuities, for men 2.90 schillings, and for women 1.90 schillings, for each creditable month.

If under the Austrian pension insurance scheme a lump-sum settlement is granted in respect of periods of wage-earning employment prior to 1 January 1939, pension increments shall be applied solely in respect of Turkish periods of coverage completed subsequent to 31 December 1938.

(m) Special pension payments under the Austrian pension insurance scheme shall be due in the amount of the Austrian partial benefit; article 21 shall apply *mutatis mutandis*.

13. *Ad article 22 of the Convention:*

The Austrian legislation concerning the computation of total annuities arising by reason of further industrial accidents or occupational diseases shall not apply.

14. *Ad article 24 of the Convention:*

The provisions shall, in the case of employed persons as referred to in article 8 (1), apply irrespective of the nationality of such persons.

This Final Protocol forms an integral part of the Convention between the Republic of Austria and the Republic of Turkey on social security. It shall enter into force on the same day as the Convention and shall remain in force for as long as the Convention remains in force.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries have signed this Final Protocol and have thereto affixed their seals.

DONE at Vienna, on 12 October 1966, in four original copies, two in the German language and two in the Turkish language, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

Dr. LUJO TONČIĆ-SORINJ

For the Republic of Turkey:

SEYFI TURAGAY

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ADDITIONAL AGREEMENT¹ TO THE CONVENTION OF 12 OCTOBER 1966 BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF TURKEY ON SOCIAL SECURITY²

The Federal President of the Republic of Austria and the President of the Republic of Turkey

Have agreed to amend and supplement the Convention on Social Security concluded on 12 October 1966, hereinafter referred to as the "Convention", and have appointed for that purpose as their plenipotentiaries:

The Federal President of the Republic of Austria: Dr. Franz Herbatschek, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the Republic of Austria in the Republic of Turkey;

The President of the Republic of Turkey: Dr. Cenap Keskin, Envoy Extraordinary and Plenipotentiary Minister at the Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Turkey, Head of the Social Security Department.

The plenipotentiaries, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions:

Article I

1. (a) Article 1, item 4, of the Convention shall read as follows:

"4. 'Competent public authority' means, in the case of Austria, the Federal Minister of Social Administration (but the Federal Minister of Finance with regard to family allowance); in the case of Turkey, the Ministry of Labour;".

(b) Article 1, item 13, of the Convention shall read as follows:

"13. 'Family allowance' means family allowance under Austrian legislation."

2. Article 2, paragraph (1), of the Convention shall read as follows:

"(1) This Convention shall apply:

1. In Austria, to the legislation concerning:

(a) Sicknes insurance, with the exception of the following special forms of insurance:

(aa) Special insurance for surviving dependants of persons killed in the war and of military service personnel;

(bb) Special insurance for war-disabled persons and for disabled military service personnel undergoing vocational training;

(b) Pension insurance schemes for wage-earners and salaried employees, and the miners' pension insurance scheme;

¹ Came into force on 1 December 1976, i.e., the first day of the second month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna on 13 October 1976, in accordance with article IV (2).

² See p 225 of this volume.

- (c) Pension insurance for self-employed persons in trade and industry;
- (d) Pension insurance for self-employed persons in agriculture and forestry;
- (e) Accident insurance, with the exception of accident insurance for war-disabled persons or disabled military service personnel undergoing vocational training;

(f) Family allowance;

2. In Turkey, to the legislation concerning:

(a) Sickness insurance, maternity insurance, industrial accident and occupational disease insurance, and invalidity, old-age and surviving dependants' insurance for employed persons;

(b) Invalidity, old-age and surviving dependants' insurance for self-employed persons;

(c) The pension fund for civil servants and employees of the State;

(d) The social security funds in so far as they handle the kinds of insurance specified in (a) above for employed persons corresponding to the categories indicated in the Turkish Social Security Act."

3. Article 3 of the Convention shall read as follows:

"Except as otherwise provided herein, this Convention shall apply to nationals of the Contracting States and to their family members and surviving dependants."

4. The following paragraph (3) shall be added to article 6 of the Convention:

"(3) For the purpose of acquiring entitlement to a pension under the Austrian pension insurance scheme for self-employed persons in trade and industry, the termination of the corresponding self-employment in Turkey shall be deemed to be equivalent to the expiration of a business licence or the winding-up of a company in Austria."

5. Article 7 of the Convention shall read as follows:

"(1) Without prejudice to articles 8, 8a and 9, the obligation to participate in an insurance scheme shall be determined by the legislation of the Contracting State in whose territory the employment is pursued. In the case of a person employed by another person, the foregoing stipulation shall apply even if the employer or the principal place of business of the enterprise is situated in the territory of the other Contracting State.

(2) Should the application of paragraph (1) make participation in an insurance scheme compulsory under the legislation of both Contracting States simultaneously, the following provisions shall apply:

(a) Where a person is employed by another person and is also self-employed, the obligation to participate in an insurance scheme shall be determined by the legislation of the Contracting State in whose territory he is employed by another person;

(b) Where a person engages concurrently in more than one form of self-employment, the obligation to participate in an insurance scheme shall be

determined by the legislation of the Contracting State in which he is ordinarily resident.”

6. The following article 8*a* shall be inserted after article 8:

“(1) If a national of one Contracting State in the service of that Contracting State or of another public employer of that Contracting State is employed in the other Contracting State, the legislation of the first-mentioned Contracting State shall apply.

(2) If an Austrian national is ordinarily resident in Turkey and is employed in Turkey by the Austrian diplomatic mission or by a permanent consular post of Austria, Turkish legislation shall apply. If a Turkish national is ordinarily resident in Austria and is employed in Austria by the Turkish diplomatic mission or by a permanent consular post of Turkey, Austrian legislation shall apply. The employed person may, within three months from the commencement of his employment, opt to be subject to the legislation of the Contracting State of which he is a national. He shall then be deemed to be employed in the place where the Government of that Contracting State has its seat. The employer shall be notified of the choice. The legislation of the State chosen shall be irrevocably applicable from the date of the notification.

(3) If a national of one Contracting State is employed in the other Contracting State in the personal service of a member of the diplomatic mission or of a permanent consular post of the first-mentioned Contracting State, paragraph (2) shall apply *mutatis mutandis*.

(4) Paragraphs (1) to (3) shall not apply in respect of persons in the service of an elective consul (honorary consul).”

7. Article 9 of the Convention shall read as follows:

“At the joint request of the employed persons and employers concerned or at the request of the self-employed person concerned, the competent public authority of the Contracting State whose legislation would be applicable under articles 7 to 8*a* may grant exemption from the effects of such legislation if the persons in question become subject to the legislation of the other Contracting State. The nature and circumstances of the employment shall be taken into account in that decision. Before the decision is taken, the competent public authority of the other Contracting State shall be given an opportunity to express its opinion. If the employed person is not employed in the territory of the other Contracting State, he shall be deemed to be employed there.”

8. Article 16, paragraph (2), of the Convention shall read as follows:

“(2) The competent public authorities may agree, at the proposal of the insurance authorities concerned and with a view to simplifying administrative formalities, that, in all cases or for certain categories of cases, lump-sum reimbursements rather than individual payments shall be made.”

9. (a) In the first half of the first sentence of article 18 (3) of the Convention, the phrase “for the calculation of the pension” shall be inserted after the word “months”.

(b) In the second half of the first sentence of article 18 (3) of the Convention, the quoted provision shall read: “article 19 (3) (b)”.

10. In article 19, paragraph (1), of the Convention, the phrase “of paragraphs (2) to (5)” shall be replaced by the phrase “of the following paragraphs”.

11. Part II, Chapter 4, of the Convention shall read as follows:

“Chapter 4

Family allowance

Article 25

(1) Turkish nationals who work as employed persons in Austria by virtue of work permits issued under Austrian legislation but whose residence or customary abode is not in Austria shall be eligible, under the terms of Austrian legislation, for family allowance, this eligibility extending also to their children living in Turkey. Entitlement to family allowance shall be acquired only if employment in Austria extends over a period of at least one full calendar month.

(2) Paragraph (1) shall also apply in respect of Turkish nationals who have a residence in both Austria and Turkey but have the centre of their vital interests in Turkey.

(3) Article 5 shall apply in respect of family allowance only if the requirements set forth in paragraph (1) are satisfied and only to periods for which cash benefits are received under statutory sickness insurance from an Austrian insurance authority by virtue of an occupation within the meaning of paragraph (1).

(4) Paragraph (1) shall not apply if the employer or the principal place of business of the enterprise employing employed persons within the meaning of paragraph (1) is not situated in Austria, except in the case of employees of a branch establishment operated by that enterprise and situated in Austria.

(5) Article 9 shall not apply to family allowance.”

12. Article 26, paragraph (1), of the Convention shall read as follows:

“(1) The competent public authorities may regulate in the form of an agreement the administrative measures required for the implementation of this Convention. In particular, they may establish liaison offices for the purpose of facilitating the administration of this Convention.”

13. (a) The existing wording of article 28 of the Convention shall be designated as paragraph (1).

(b) The following paragraph (2) shall be added to article 28 of the Convention:

“(2) Statements of outstanding amounts recoverable in respect of family allowances drawn in error and repayable under the terms of the legislation applicable in accordance with article 2 shall be honoured in Turkey, and the amounts shown on such statements shall be collected in accordance with the administrative procedure applying to the collection of contributions payable to the Turkish insurance authority.”

14. In article 32, paragraph (1), of the Convention, the full stop shall be replaced by a semicolon and the following phrase added:

“this stipulation shall not apply if the applicant expressly requests that the computation of an old-age benefit to which entitlement has been acquired under the legislation of one Contracting State be deferred.”

15. The following article 36*a* shall be inserted after article 36 of the Convention:

“Any existing rights under Austrian legislation of any person who has been disadvantaged in the field of social security for political or religious reasons or by reason of his ethnic origin shall not be affected by the provisions of article 6 (2) or article 18 (1) of the Convention.”

16. In item 3 of the Final Protocol, the designation “(a)” and the provision set out in paragraph (b) shall be deleted.

17. The following paragraph (e) shall be added to item 4 of the Final Protocol:

“(e) Austrian legislation concerning the crediting of periods of self-employment completed outside the territory of the Republic of Austria but within the territory of the former Austro-Hungarian monarchy shall not apply to Turkish nationals.”

18. (a) Item 12, sub-item (c), of the Final Protocol shall read as follows:

“If the total duration of the periods of coverage to be taken into account under the legislation of both Contracting States exceeds the maximum fixed for the computation of pension increments under Austrian legislation, the partial pension payable shall be calculated according to the ratio that the duration of the periods of coverage to be taken into account under Austrian legislation bears to the aforementioned maximum number of months of coverage.”

(b) The following sentence shall be added to item 12, sub-item (k), of the Final Protocol:

“If, however, entitlement to a pension existed solely by reason of the periods of coverage to be taken into account under Austrian legislation, the disabled persons’ supplementary allowance shall be due in the amount corresponding to such pension unless, by reason of the disability, an increase in the pension is granted under Turkish legislation.”

(c) The following sub-items (n) and (o) shall be added to item 12 of the Final Protocol:

“(n) In the implementation of subparagraphs (3) (a) and (b) and without prejudice to paragraph (4), the insurance authorities shall take into account overlapping periods of coverage to the extent of their actual duration.

(o) Turkish periods of coverage shall not be taken into account in the application of Austrian legislation concerning the accumulation of periods of coverage in the case of a widow who carries on her husband’s business.”

19. The following item 15 shall be added to the Final Protocol:

“15. Part II, Chapter 2, shall not apply in cases where the legislation concerning the supplementary agricultural annuity insurance scheme continues to apply under the Austrian legislation concerning pension insurance for self-employed persons in agriculture and forestry.”

Article II

The time-limit fixed in article 8a, paragraph (2), of the Convention, as formulated in article I, item 6, shall, in the case of persons who are employed on the date of entry into force of this Additional Agreement, be computed as from that date.

Article III

(1) For the purposes of the application of the Convention with respect to the legislation referred to in article 2 (1) 1 (c) and (d) and article 2 (1) 2 (b) to (d) of the Convention, as amended by this Additional Agreement, article 36 of the Convention shall apply *mutatis mutandis*.

(2) For the purposes of the application of article 36a of the Convention, as amended by this Additional Agreement, article 36 (3) (b) and article 36 (7) of the Convention shall apply *mutatis mutandis*.

Article IV

(1) This Additional Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Vienna.

(2) Unless otherwise stipulated hereafter, this Additional Agreement shall enter into force on the first day of the second month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) The provisions of article I, item 15, shall enter into force retroactively upon the entry into force of the Convention.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries have signed this Additional Agreement and have thereto affixed their seals.

DONE at Ankara, on 6 August 1974, in two original copies in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

FRANZ HERBATSCHKEK

For the Republic of Turkey:

CENAP KESKIN

[TRANSLATION — TRADUCTION]

SECOND ADDITIONAL AGREEMENT¹ TO THE CONVENTION OF
12 OCTOBER 1966 BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA
AND THE REPUBLIC OF TURKEY ON SOCIAL SECURITY²

The Republic of Austria and the Republic of Turkey have agreed to amend and supplement the Convention on Social Security concluded on 12 October 1966, hereinafter referred to as the "Convention", as follows:

Article I

1. In article 1, item 4 shall read as follows:

"4. 'Competent public authority' means, in the case of Austria, the Federal Minister of Social Administration (but the Federal Minister of Finance with regard to family allowances); in the case of Turkey, the Ministry of Social Security;"

2. Part II, Chapter 4 shall read as follows:

"Chapter 4

Family allowance

Article 25

(1) A person who works as an employed person in one Contracting State shall be eligible under the legislation of that Contracting State for family allowance, this eligibility extending also to children who are permanently resident in the other Contracting State.

(2) For the purposes of entitlement to family allowances, employed persons shall be treated as if they were resident solely in the Contracting State in which they are employed.

Article 25a

Family allowance granted under Austrian legislation in respect of children who are permanently resident in Turkey shall be 600 schillings per month for each child. This amount shall be increased or reduced by the same percentage by which family allowance for a child in Austria is increased or reduced after 1 January 1978.

Article 25b

(1) If, under the legislation of one Contracting State, eligibility for family allowance is subject to certain qualifying periods, any similar periods completed in the other Contracting State shall be credited.

¹ Came into force with retroactive effect from 1 July 1978, i.e., two years from the exchange of the instruments of ratification, with took place at Ankara on 1 July 1980, in accordance with article II.

² See p. 225 of this volume.

(2) Employed persons who receive cash benefits under the legislation concerning sickness or unemployment insurance of one Contracting State shall, with regard to entitlement to family allowance, be treated as if they were employed in the Contracting State under whose legislation they receive such cash benefits.

Article 25c

If, by virtue of this Convention, a person in the course of one calendar month satisfies the eligibility requirements under the legislation first of one and then of the other Contracting State in respect of any child, family allowances for that month shall be granted only by the Contracting State under whose legislation they were payable at the commencement of the month.

Article 25d

If, by virtue of this Convention, the eligibility requirements for family allowances under the legislation of both Contracting States in respect of any child are satisfied in both Contracting States, the family allowances for such child shall be granted solely under the legislation of the Contracting State in which the child is permanently resident.

Article 25e

Children within the meaning of this Chapter are persons in respect of whom family allowances are provided for under the legislation applicable.”

3. The following items 16 and 17 shall be added to the Final Protocol to the Convention:

16. *Ad Part II, Chapter 4, of the Convention:*

With regard to family allowance, article 4 shall apply solely in accordance with the provisions of articles 25 to 25e.

17. *Ad articles 25 and 25a of the Convention:*

(a) Entitlement to family allowance shall exist only if the occupation is not in breach of the existing regulations concerning the employment of foreign workers.

(b) Entitlement to family allowance under Austrian legislation shall exist only if the employment in Austria extends over a period of at least one calendar month; with regard to this qualifying period, there shall be no crediting of similar periods in accordance with article 25b.

(c) Entitlement to the increased family allowance in respect of severely disabled children under Austrian legislation shall exist only in respect of children who are permanently resident in Austria.”

Article II

1. This Additional Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Ankara.

2. This Additional Agreement shall enter into force with two years' retroactive effect, computed from the day on which the instruments of ratification are exchanged.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries have signed this Additional Agreement and have thereto affixed their seals.

DONE at Vienna, on 30 November 1979, in two original copies in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

WILLIBALD P. PAHR

For the Republic of Turkey:

ASAF INHAN

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of Austria registered on 15 April 1992 the Convention on social security between the Republic of Austria and the Republic of Turkey signed at Vienna on 2 December 1982.¹

The said Convention, which came into force on 1 April 1985, provides, in its articles 44 (1), for the termination of the Convention of 12 October 1966 on social security, as amended by the Additional Agreement of 6 August 1974 and the Second Additional Agreement on 30 November 1979.

(15 April 1992)

¹ See p. 291 of this volume.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République de Turquie,

Animés du désir de régler les relations entre les deux Etats dans le domaine de la sécurité sociale, et

Reconnaissant le principe de l'égalité de traitement des ressortissants des deux Etats lors de l'application des dispositions législatives internes en matière de sécurité sociale,

Sont convenus de conclure un Traité et ont désigné à cette fin pour leurs plénipotentiaires :

Le Président de la République d'Autriche : Docteur Lujo Tončić-Sorinj, Ministre fédéral des affaires étrangères,

Le Président de la République de Turquie : Monsieur Seyfi Turagay, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire.

Les plénipotentiaires, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

TITRE I

DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article premier

Aux fins du présent Traité :

1. Le nom « Autriche » désigne la République d'Autriche et le nom « Turquie » désigne la République de Turquie;

2. Le terme « ressortissant » désigne en ce qui concerne l'Autriche, les citoyens de ce pays, et en ce qui concerne la Turquie, une personne qui possède la citoyenneté turque;

3. L'expression « dispositions législatives » désigne les lois, ordonnances, instruments statutaires et autres actes normatifs en général, relatifs aux branches de la sécurité sociale mentionnées à l'article 2 et en vigueur sur le territoire ou sur une partie du territoire d'un Etat contractant;

4. L'expression « autorité compétente » désigne en ce qui concerne l'Autriche, le Ministère fédéral de l'administration sociale, mais pour ce qui est des allocations pour enfants, le Ministère fédéral des finances, et en ce qui concerne la Turquie, le Ministère du travail;

¹ Entré en vigueur le 1^{er} octobre 1969, soit le premier jour du deuxième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Ankara le 12 août 1969, conformément à l'article 38.

5. L'expression « institution d'assurance » désigne l'organisme ou l'autorité dont relève l'application des dispositions législatives mentionnées à l'article 2 ou d'une partie de ces dispositions;

6. L'expression « institution d'assurance compétente » désigne l'institution d'assurance auprès de laquelle l'intéressé est assuré au moment de la demande de prestations ou à l'égard de laquelle il a un droit à prestations ou aurait un tel droit s'il résidait sur le territoire de l'Etat contractant dans lequel il était assuré en dernier lieu;

7. L'expression « membre de la famille » désigne un membre de la famille au sens des dispositions législatives applicables;

8. Le terme « occupation » désigne une occupation ou une activité au sens des dispositions législatives applicables;

9. L'expression « périodes d'assurance » désigne les périodes de cotisation et périodes assimilées;

10. L'expression « périodes de cotisation » désigne les périodes considérées comme périodes de cotisation en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant;

11. L'expression « périodes assimilées » désigne en ce qui concerne l'Autriche, les périodes substituées, et en ce qui concerne la Turquie les périodes précédant le service à prendre en compte selon les dispositions transitoires de la loi sur les assurances sociales;

12. Les termes « prestation en espèces », « pension » ou « rente » désignent une prestation en espèces, une pension ou une rente, y compris tous suppléments, toutes allocations et toutes majorations;

13. L'expression « allocations pour enfants » désigne selon les dispositions législatives autrichiennes les allocations pour enfants accordées aux salariés, y compris l'allocation complémentaire et l'allocation de maternité.

Article 2

- 1) Le présent Traité s'applique :
 1. En Autriche, aux dispositions législatives relatives à :
 - a) L'assurance-maladie, à l'exception des assurances particulières suivantes :
 - aa) L'assurance particulière pour les personnes exerçant une activité indépendante;
 - bb) L'assurance particulière pour survivants de victimes de la guerre et survivants d'appelés au service;
 - cc) L'assurance particulière pour mutilés de guerre et mutilés appelés au service en formation professionnelle;
 - dd) L'assurance particulière pour fonctionnaires fédéraux;
 - b) L'assurance pension des ouvriers, l'assurance pension des employés et l'assurance pension des mineurs;
 - c) L'assurance accident, à l'exception de l'assurance accident des personnes exerçant une activité indépendante et de l'assurance accident des mutilés de guerre et mutilés appelés au service en formation professionnelle;

- d) Les allocations pour enfants.
- 2. En Turquie, aux dispositions législatives relatives à :
 - a) L'assurance maladie;
 - b) L'assurance maternité;
 - c) L'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles;
 - d) L'assurance invalidité, vieillesse et survivants;
 - e) La Caisse de pensions pour les travailleurs de la Direction générale des chemins de fer de l'Etat et des ports;
 - f) La Caisse de pensions et d'assistance sociale pour les travailleurs employés dans les entreprises de production de matériel militaire.

2) Le présent Traité ne s'applique pas aux décisions législatives concernant un nouveau régime ou une nouvelle branche de la sécurité sociale ainsi qu'aux dispositions législatives étendant le droit existant à de nouvelles catégories de personnes.

3) Les dispositions législatives découlant d'arrangements conclus avec des Etats tiers ne doivent pas être prises en considération lors de l'application du présent Traité.

Article 3

1) Les dispositions du présent Traité s'appliquent, sauf indication à effet contraire figurant dans le présent Traité, aux salariés et assimilés auxquels s'appliquent ou sont appliquées les dispositions législatives de l'un des deux Etats contractants et qui sont ressortissants de l'un des deux Etats contractants, ainsi qu'aux membres de leurs familles et à leurs survivants.

2) Les dispositions du présent Traité ne sont pas applicables aux membres des représentations diplomatiques et consulaires des deux Etats contractants y compris le personnel administratif et technique ainsi que les membres du personnel domestique de service et les employés domestiques privés des membres de ces services.

Article 4

1) Les ressortissants d'un Etat contractant auquel s'appliquent les dispositions du présent Traité, ont, sauf disposition à effet contraire du présent Traité, les mêmes devoirs et les mêmes droits au titre des dispositions législatives mentionnées à l'article 2, que les ressortissants de l'autre Etat contractant.

2) Les dispositions législatives des Etats contractants relatives à l'éligibilité des assurés et de leurs employeurs aux organes d'auto-administration auprès des institutions d'assurance et des associations ainsi qu'à la convocation des assesseurs dans un tribunal d'arbitrage ne sont pas affectées par les dispositions du paragraphe 1.

Article 5

1) Sauf disposition à effet contraire du présent Traité, les pensions, rentes et autres prestations en espèces acquises en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant, ne doivent pas être suspendues pour le motif que l'ayant-droit réside sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2) Les prestations en espèces, pensions et rentes des assurances sociales d'un Etat contractant seront servies aux ressortissants de l'autre Etat contractant résidant sur le territoire d'un Etat tiers, dans les mêmes conditions et dans la même mesure que s'il s'agissait de ressortissants du premier Etat contractant résidant sur le territoire de cet Etat tiers.

Article 6

1) Les dispositions du présent Traité ne peuvent ouvrir ni maintenir le droit de bénéficier, en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, de plusieurs prestations de même nature ou de plusieurs prestations relatives à la même période d'assurance ou à la même réalisation de risque; cette disposition n'est pas applicable pour les droits au titre de l'assurance pension qui sont ouverts en vertu du chapitre 2 du Titre II.

2) Lorsque, selon les dispositions législatives d'un Etat contractant, la perception d'une prestation de sécurité sociale, ou l'obtention d'avantages d'une autre nature ou l'exercice d'une activité lucrative ou l'affiliation à un régime d'assurance sociale, a des effets juridiques sur le droit à une prestation ou sur l'octroi d'une prestation ou sur l'assujettissement à la sécurité sociale, ou sur l'affiliation volontaire à la sécurité sociale, chacune de ces situations de fait, quelle qu'elle soit, sera prise en considération et produira pleinement ses effets, même si elle survient ou est survenue dans l'autre Etat contractant.

Article 7

Sous réserve des dispositions des articles 8 et 9, les travailleurs salariés ou assimilés qui exercent leur occupation sur le territoire d'un Etat contractant, sont soumis aux dispositions législatives de cet Etat, même s'ils sont considérés comme résidant sur le territoire de l'autre Etat contractant ou si leur employeur ou l'entreprise qui les emploie se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Article 8

1) Le principe énoncé à l'article 7 souffre les exceptions suivantes :

a) Si des travailleurs salariés ou assimilés sont envoyés par un employeur du territoire d'un Etat contractant sur le territoire de l'autre Etat contractant, ils demeureront soumis, pendant les 24 premiers mois de leur emploi sur le territoire du deuxième Etat contractant, comme s'ils exerçaient encore leur occupation sur son territoire. Si la durée de leur emploi sur le territoire de l'autre Etat contractant se prolonge au-delà de cette période, les dispositions législatives du premier Etat contractant continueront de leur être applicables, à condition que l'employeur et le salarié intéressé en fassent conjointement la demande, au plus tard un mois avant l'expiration de la période de 24 mois, et que l'autorité compétente de l'autre Etat contractant y consente après avoir pris en considération la nature et les circonstances de l'occupation exercée. Avant qu'une décision soit prise à ce sujet, il sera donné à l'autorité compétente du premier Etat contractant l'occasion de prendre position à cet égard.

b) Les travailleurs salariés ou assimilés qui sont au service d'une entreprise assurant, pour le compte d'autrui ou pour son propre compte, des transports de personnes ou de marchandises et ayant son domicile légal sur le territoire d'un Etat

contractant, seront considérés comme travaillant sur le territoire de l'Etat contractant où l'entreprise a son domicile légal; toutefois, si ladite entreprise a une succursale sur le territoire de l'autre Etat contractant, les travailleurs qu'elle emploie seront considérés comme travaillant sur le territoire de l'Etat contractant où se trouve ladite succursale.

2) Les dispositions du paragraphe 1 sont applicables sans considération de la nationalité du salarié.

Article 9

A la demande conjointe du salarié et de l'employeur intéressés, l'autorité compétente de l'Etat contractant dont les dispositions législatives seraient applicables en vertu de l'article 7 ou de la lettre *b* du paragraphe 1 de l'article 8, peut admettre l'exemption de ces dispositions législatives, si les salariés, en raison de leur occupation, sont assujettis à un régime de sécurité sociale dans l'autre Etat contractant ou s'ils sont placés par l'autorité compétente de l'autre Etat contractant dans un régime de sécurité sociale. Il y a lieu de considérer, lors de la prise d'une telle décision, la nature et les circonstances de l'occupation exercée. Avant qu'une décision soit prise à ce sujet, il sera donné à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant l'occasion de prendre position à cet égard.

TITRE 11

DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

Chapitre 1

Assurance maladie

Article 10

Aux fins de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit aux prestations, lorsqu'un assuré a été successivement ou alternativement soumis aux dispositions législatives des deux Etats contractants, les périodes d'assurance accomplies au regard des dispositions législatives des deux Etats contractants sont totalisées, à condition qu'elles ne coïncident pas.

Article 11

1) Si un assuré se rend dans le territoire de l'autre Etat contractant, il a droit pour lui-même et pour les membres de sa famille se trouvant sur ce territoire, aux prestations prévues par les dispositions législatives de l'autre Etat contractant, sous réserve des conditions suivantes :

a) Il doit avoir été apte au travail lors de sa dernière entrée sur le territoire de cet Etat contractant;

b) Il doit avoir été assuré à titre obligatoire lors de sa dernière entrée sur ce territoire;

c) Il doit remplir, compte tenu du décompte des périodes prévu à l'article 10, les conditions fixées par les dispositions législatives de cet Etat contractant.

2) Si l'assuré, dans les cas visés au paragraphe 1, ne remplit pas les conditions mentionnées aux lettres *a*, *b*, ou *c*, et si la réalisation du risque survient au cours de la période prévue dans les dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel il était assuré en dernier lieu, avant son changement de résidence, il a droit à des prestations en application de ces dispositions législatives. Les dispositions des paragraphes 3 à 6 de l'Article 12 sont applicables *mutatis mutandis*.

Article 12

1) Un assuré qui est affilié à une institution d'assurance d'un Etat contractant et qui réside sur le territoire de cet Etat a droit aux prestations pendant son séjour temporaire sur le territoire de l'autre Etat, si son état exige des soins médicaux immédiats, y compris l'hospitalisation.

2) Un assuré qui a droit aux prestations d'une institution d'assurance d'un Etat contractant et qui réside sur le territoire de cet Etat, conserve ce droit s'il transfère sa résidence sur le territoire de l'autre Etat contractant. L'assuré doit, avant de transférer sa résidence, obtenir l'assentiment de l'institution d'assurance compétente. Cet assentiment ne peut toutefois être refusé que pour des motifs tenant à l'état de santé de l'intéressé. L'assentiment peut être donné postérieurement si les conditions auxquelles il est subordonné sont remplies et si des raisons valables ont empêché l'intéressé de l'obtenir préalablement. Dans le cas des prestations de maternité, l'assentiment peut être donné avant que ne se produise le fait ouvrant droit aux prestations.

3) Lorsqu'un assuré a droit à des prestations en vertu des paragraphes 1 et 2, les prestations en nature lui sont servies par l'institution d'assurance du lieu de son domicile ou du lieu de sa nouvelle résidence conformément aux dispositions législatives applicables par cette institution d'assurance, notamment en ce qui concerne l'étendue des prestations et les modalités de leur service; toutefois, la durée des prestations est celle qui est prévue par les dispositions législatives applicables par l'institution d'assurance compétente.

4) Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2 du présent article, l'octroi de prothèses, de grands appareils de prothèse et d'autres importantes prestations en nature est subordonné, sauf s'il y a urgence absolue, à la condition que l'institution d'assurance compétente donne son autorisation. Sont considérés comme cas d'urgence absolue ceux dans lesquels on ne peut retarder la fourniture de la prestation sans mettre gravement en danger la vie ou la santé de l'intéressé.

5) Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2 du présent article, les prestations en espèces sont calculées conformément aux dispositions législatives que l'institution d'assurance compétente est chargée d'appliquer. Ces prestations peuvent être versées pour le compte de l'institution d'assurance compétente par une institution d'assurance de l'autre Etat contractant, selon les modalités fixées par voie d'arrangement relatif à l'exécution du Traité.

6) Les dispositions des paragraphes 1 à 5 s'appliquent *mutatis mutandis* aux membres de la famille de l'intéressé.

Article 13

1) Les membres de la famille d'un assuré qui est assuré auprès d'une institution d'assurance d'un Etat contractant, ont droit aux prestations en nature lorsqu'ils sont domiciliés sur le territoire de l'autre Etat contractant, comme si l'assuré était

affilié à l'institution du lieu de son domicile. L'étendue de ces prestations ainsi que les modalités de leur service sont déterminées conformément aux dispositions législatives applicables par cette institution; toutefois, leur durée est déterminée par les dispositions législatives du premier Etat contractant.

2) Si les membres de la famille transfèrent le lieu de leur domicile sur le territoire de l'Etat contractant dans lequel l'institution d'assurance compétente a son siège, ils reçoivent des prestations selon les dispositions législatives en vigueur dans cet Etat. Les mêmes dispositions sont d'application si les membres de la famille ont déjà reçu pour le même cas de maladie ou de maternité des prestations d'une institution de l'Etat contractant sur le territoire duquel ils ont transféré leur lieu de domicile. Si les dispositions législatives d'un Etat contractant prévoient une durée maximum pour l'octroi des prestations, la période pendant laquelle des prestations ont été octroyées pour le même cas de maladie ou de maternité en vertu des dispositions législatives de l'autre Etat contractant, sera prise en compte par l'institution compétente en fonction de cette durée maximum.

3) Si une personne est considérée comme membre de la famille en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, les prestations ne seront servies qu'une fois. Pour le service des prestations, l'obligation de versement incombe à l'institution de l'Etat contractant sur le territoire duquel le membre de la famille est domicilié.

Article 14

1) Lorsque le titulaire d'une pension ou d'une rente due en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, réside sur le territoire d'un Etat contractant et a droit à des prestations en nature en vertu des dispositions législatives dudit Etat contractant, ces prestations lui sont servies, de même qu'aux membres de sa famille, par l'institution d'assurance du lieu de sa résidence, comme s'il était titulaire d'une pension ou d'une rente exclusivement en vertu des dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel il réside. Lesdites prestations sont à la charge de l'institution d'assurance de l'Etat contractant dans lequel réside le titulaire. Les dispositions des paragraphes 1 et 3 à 6 de l'article 12 et celles de l'article 13 sont applicables *mutatis mutandis*.

2) Lorsque le titulaire d'une pension ou d'une rente due en vertu des dispositions législatives d'un seul Etat contractant, réside sur le territoire de l'autre Etat contractant et a droit à des prestations en nature au regard des dispositions législatives du premier Etat contractant, ces prestations lui sont servies, de même qu'aux membres de sa famille, par l'institution d'assurance du lieu de sa résidence, comme s'il était titulaire d'une pension ou d'une rente due en vertu des dispositions législatives de l'Etat contractant dans lequel il réside.

3) Si, pour couvrir les prestations en nature, les dispositions législatives d'un Etat contractant prévoient des cotisations devant être retenues sur la pension ou la rente du titulaire, l'institution d'assurance débitrice de la pension ou de la rente, est autorisée à effectuer ces retenues dans les cas visés par le présent article.

Article 15

Les prestations en nature dues en vertu des dispositions du paragraphe 2 de l'article 11, des paragraphes 1, 2 et 6 de l'article 12, du paragraphe 1 de l'article 13 et du paragraphe 2 de l'article 14, sont servies :

En Autriche : Par la Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte (Caisse régionale d'assurance maladie pour ouvriers et employés) du lieu de résidence de l'intéressé;

En Turquie : Par l'Office des assurances sociales (Sosyal Sigortalar Kurumu).

Article 16

1) Les dépenses pour prestations en nature fournies en vertu des dispositions du paragraphe 2 de l'article 11, des paragraphes 1, 2 et 6 de l'article 12, du paragraphe 1 de l'article 13 et du paragraphe 2 de l'article 14 sont remboursées par les institutions d'assurance aux institutions d'assurance qui les ont effectuées. Les dépenses d'administration ne sont pas remboursées.

2) Aux fins de simplification des formalités administratives, et sous réserve de l'approbation des autorités compétentes des deux Etats contractants, les institutions d'assurance intéressées pourront convenir, pour tous les cas ou pour certains groupes de cas, de se rembourser de leurs dépenses respectives au moyen de paiements forfaitaires au lieu de régler des comptes individuels.

Article 17

1) Lorsqu'un assuré soumis aux dispositions législatives d'un Etat contractant, ou le titulaire d'une pension ou d'une rente, ou un membre de la famille, décède sur le territoire de l'autre Etat contractant, le décès est réputé avoir lieu sur le territoire du premier Etat contractant.

2) L'institution d'assurance compétente prend à sa charge l'indemnité au titre du décès, même si le bénéficiaire se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

Chapitre 2

Assurance pension

Article 18

1) Aux fins de l'acquisition, du maintien ou du recouvrement du droit aux prestations, lorsqu'un assuré a été successivement ou alternativement soumis aux dispositions législatives des deux Etats contractants, les périodes d'assurance accomplies au regard des dispositions législatives des deux Etats contractants sont totalisées, à condition qu'elles ne coïncident pas.

2) Lorsque les dispositions législatives d'un Etat contractant subordonnent l'octroi de certaines prestations à la condition que les périodes d'assurance aient été accomplies dans une profession soumise à un régime spécial, seules sont totalisées, aux fins de l'admission au bénéfice de ces prestations, les périodes accomplies au regard des régimes correspondants de l'autre Etat contractant et respectivement les périodes accomplies, dans la même profession, au regard d'autres régimes de cet Etat contractant, à condition qu'elles ne coïncident pas.

3) Lorsque les périodes d'assurance accomplies au regard des dispositions législatives d'un Etat contractant n'atteignent pas six mois au total, il n'est accordé aucune prestation au titre desdites dispositions législatives; en pareil cas, ces pério-

des d'assurance sont prises en considération aux fins de l'acquisition, du maintien et du recouvrement du droit aux prestations au regard de l'autre Etat contractant, mais il n'en est pas tenu compte pour le calcul du montant dû au prorata conformément au paragraphe 3 de l'article 19. Toutefois, la présente disposition ne s'applique pas si le droit aux prestations a été exclusivement acquis, en vertu des dispositions législatives du premier Etat contractant, sur la base des périodes accomplies au regard de ces dispositions.

Article 19

1) Les prestations auxquelles un assuré visé à l'article 18 ou ses ayants droit peuvent prétendre sont déterminées conformément aux dispositions des paragraphes 2 à 5 du présent article.

2) L'institution d'assurance compétente de chaque Etat contractant détermine, conformément aux dispositions législatives qu'elle est chargée d'appliquer, si, compte tenu de la totalisation des périodes d'assurance stipulée à l'article 18, l'intéressé remplit les conditions requises pour avoir droit aux prestations prévues par lesdites dispositions.

3) Si l'intéressé a droit à une pension, celle-ci est calculée de la manière suivante :

a) L'institution d'assurance compétente de chaque Etat contractant calcule tout d'abord la pension à laquelle l'intéressé aurait eu droit selon les dispositions législatives internes que ladite institution est chargée d'appliquer si toutes périodes d'assurance accomplies et devant entrer en ligne de compte aux fins de la pension, selon les dispositions législatives de l'autre Etat contractant, avaient été également des périodes d'assurance que, pour le calcul de la pension, ladite institution doit faire entrer en ligne de compte au regard des dispositions législatives internes. Il est entendu à cet égard que l'institution d'assurance autrichienne ne fait pas entrer en ligne de compte les cotisations à l'assurance complémentaire autrichienne.

b) Ensuite, l'institution d'assurance compétente de chaque Etat contractant calcule la fraction de cette pension qui correspond au rapport existant entre les périodes d'assurance accomplies par l'intéressé au regard des dispositions législatives internes et la totalité des périodes d'assurance qu'il a accomplies au regard des dispositions législatives des deux Etats contractants. Ce montant constitue la pension que l'institution d'assurance doit à l'intéressé.

c) L'institution d'assurance autrichienne majorera les pensions dues par elle conformément à la lettre *b* de montants d'augmentation correspondant aux cotisations de l'assurance complémentaire et du supplément de prestation.

4) Aux fins de l'application du paragraphe 3, les périodes de cotisation et les périodes équivalentes seront calculées de la manière suivante :

a) Si une période d'assurance obligatoire accomplie, conformément aux dispositions législatives d'un Etat contractant, coïncide avec une période d'assurance volontaire accomplie conformément aux dispositions législatives de l'autre Etat contractant, il est tenu uniquement compte de la période d'assurance obligatoire.

b) Si une période de cotisation accomplie conformément aux dispositions législatives d'un Etat contractant, coïncide avec une période équivalente accomplie conformément aux dispositions législatives de l'autre Etat contractant, il est tenu uniquement compte de la période de cotisation.

c) Si une période équivalente accomplie conformément aux dispositions législatives d'un Etat contractant coïncide avec une période équivalente accomplie conformément aux dispositions législatives de l'autre Etat contractant, il est tenu uniquement compte de la période équivalente accomplie au regard des dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'intéressé a accompli sa dernière période d'assurance avant ladite période équivalente. Si, auparavant, l'intéressé n'a accompli une période d'assurance sur le territoire d'aucun des deux Etats contractants, il est tenu uniquement compte de la période équivalente accomplie au regard des dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'intéressé a accompli sa première période d'assurance après ladite période équivalente.

d) Si, conformément à la lettre *a* du présent paragraphe, il n'y a pas lieu de tenir compte des périodes d'assurance volontaire à l'assurance pension autrichienne, les cotisations versées pour ces périodes sont considérées comme cotisations à l'assurance complémentaire autrichienne.

Article 20

1) Si compte tenu de la totalisation des périodes stipulées à l'article 18, l'intéressé ne remplit pas, à un moment donné, les conditions requises par les dispositions législatives des deux Etats contractants, qui leur sont applicables, mais satisfait aux exigences des dispositions législatives de l'un de ces deux Etats, le montant de la prestation est déterminé conformément au paragraphe 3 de l'article 19.

2) Si l'intéressé ne remplit pas, à un moment donné, les conditions requises par les dispositions législatives des deux Etats contractants, qui leur sont applicables, mais satisfait aux exigences des dispositions législatives de l'un des deux Etats contractants, sans qu'il soit nécessaire de faire entrer en ligne de compte les périodes accomplies conformément aux dispositions législatives de l'autre Etat contractant, le montant de la prestation est déterminé, eu égard exclusivement aux dispositions législatives qui lui reconnaissent le droit à la dite prestation et compte tenu des périodes accomplies conformément à ces dispositions.

3) Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2 du présent article, les prestations déjà liquidées seront révisées conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 19 à mesure que, compte tenu de la totalisation des périodes d'assurance stipulée à l'article 18, seront remplies les conditions requises par les dispositions législatives de l'autre Etat contractant. Le maintien en vigueur de la décision antérieure ne porte pas atteinte à la révision.

4) Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent article, les intéressés qui peuvent se prévaloir des dispositions du présent chapitre ne peuvent demander une pension en se fondant exclusivement sur les dispositions législatives de l'un des Etats contractants.

Article 21

1) Au cas où une personne aurait droit à une pension en vertu des dispositions législatives de l'un des Etats contractants sans avoir à faire jouer la règle énoncée au paragraphe 1 de l'article 18, mais n'aurait droit à pension, selon les dispositions législatives de l'autre Etat contractant, que par le jeu de ladite règle, si le montant de la pension établi conformément aux dispositions législatives du premier Etat con-

tractant est supérieur au total des deux pensions partielles, calculées conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 19, l'institution d'assurance du premier Etat contractant majore le montant de la pension partielle dont elle est débitrice conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 19, de telle manière que le total atteigne le montant de la pension qu'elle aurait dû servir selon les dispositions législatives qu'elle est chargée d'appliquer.

2) Au cas où, indépendamment des dispositions du paragraphe 1 de l'article 18, une personne aurait droit à une pension en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, si le montant de chacune des deux pensions est supérieur au total des pensions partielles calculées conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'article 19, l'institution d'assurance compétente de l'Etat contractant où la pension est la plus élevée est tenu d'acquitter la différence. L'institution d'assurance du deuxième Etat contractant lui rembourse alors une fraction de cette différence, calculée selon le rapport indiqué au paragraphe 3 de l'article 19, mais en aucun cas ladite institution d'assurance ne peut être tenue au paiement d'un montant supérieur à celui dont elle serait débitrice en vertu des dispositions législatives qu'elle est chargée d'appliquer, compte non tenu des dispositions du paragraphe 3 de l'article 19.

3) Il est procédé d'office à un ajustement du montant de la différence si le montant des pensions prises pour base du calcul du montant de la différence subit des modifications ou si le cours du change subit des fluctuations supérieures à 10 pour cent.

Chapitre 3

Assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles

Article 22

1) Si les dispositions législatives de l'un des Etats contractants prévoient que pour apprécier le degré d'incapacité résultant d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle, il faut tenir compte des accidents du travail ou maladies professionnelles antérieurs, il est tenu également compte des accidents du travail et maladies professionnelles antérieurs régis par les dispositions législatives de l'autre Etat contractant, comme s'ils avaient été subis au regard des dispositions législatives du premier Etat contractant.

2) L'institution d'assurance compétente pour la prise en charge du cas survenu postérieurement détermine la prestation selon le degré de réduction de la capacité de travail résultant de l'accident du travail (ou de la maladie professionnelle) qu'elle doit prendre en considération conformément aux dispositions législatives internes qui lui sont applicables.

Article 23

1) Si une personne assurée dans les deux Etats contractants occupe un emploi qui, par sa nature, est susceptible de provoquer une maladie considérée comme maladie professionnelle en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants, les prestations dues au titre de cette maladie professionnelle sont servies par l'institution d'assurance de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'intéressé

a occupé en dernier lieu l'emploi qui, par sa nature, est susceptible de provoquer ladite maladie. Cette obligation du service de la prestation est assumée par l'institution d'assurance de l'autre Etat contractant, s'il existe entre les deux institutions d'assurance un accord selon lequel ce n'est pas le dernier emploi exercé mais bien l'emploi occupé sur le territoire de l'autre Etat contractant qui est la cause de la réduction de capacité de travail survenue du fait de la maladie professionnelle en question.

2) Si une personne qui a reçu ou qui reçoit une indemnité au titre d'une maladie professionnelle en vertu des dispositions législatives de l'un des Etats contractants, fait valoir, en raison de l'aggravation de cette maladie, des droits au regard des dispositions législatives de l'autre Etat contractant, l'institution d'assurance du premier Etat contractant, compte tenu de l'aggravation de la maladie, est tenue également de servir les prestations correspondantes.

Article 24

1) Une personne qui a droit, en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant, à des prestations en nature au titre d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle, et qui se rend sur le territoire de l'autre Etat contractant, conserve ce droit. Les dispositions des paragraphes 1 à 4 de l'article 12 sont applicables *mutatis mutandis*.

2) Une personne qui est assurée au regard des dispositions législatives d'un Etat contractant et qui, sur le territoire de l'autre Etat contractant, subit un accident du travail ou une maladie professionnelle ou requiert des prestations en nature au titre d'un accident du travail ou d'une maladie professionnelle antérieure, reçoit, sur sa demande, les prestations en nature prévues par les dispositions législatives du deuxième Etat contractant.

3) Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2, les prestations en nature sont servies pour le compte de l'institution compétente :

En Autriche : Par la Caisse régionale d'assurance maladie pour ouvriers et employés ou par l'Office général de l'assurance accident du lieu de résidence de l'intéressé;

En Turquie : Par l'Office des assurances sociales

conformément aux dispositions législatives applicables au service en question. Les dispositions du paragraphe 4 de l'article 12 sont applicables *mutatis mutandis*.

4) L'institution d'assurance compétente rembourse au service qui a servi les prestations les dépenses exposées, à l'exception des frais d'administration.

5) Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2 du présent article, les prestations en espèces sont calculées conformément aux dispositions législatives que l'institution d'assurance compétente est chargée d'appliquer. Ces prestations peuvent être versées pour le compte de l'institution d'assurance compétente par une institution d'assurance de l'autre Etat contractant, selon les modalités fixées par voie d'arrangement relatif à l'exécution du Traité.

Chapitre 4

Allocations pour enfants

Article 25

1) Les ressortissants turcs exerçant une activité de salarié en Autriche, en vertu d'une autorisation de travail délivrée en application des dispositions législatives autrichiennes, sans toutefois avoir leur domicile ou leur résidence habituelle en Autriche, ont droit, selon les dispositions législatives autrichiennes, à l'allocation pour enfants y compris le complément d'allocation pour enfants et à l'allocation maternité également pour leurs enfants vivant en Turquie; ce droit n'existe pas si l'occupation n'a pas une durée ininterrompue d'au moins trois mois.

2) Les dispositions de l'article 5 ne sont applicables à l'allocation pour enfants que dans la mesure où sont réunies les conditions mentionnées au paragraphe 1 ci-dessus, et aux périodes pour lesquelles, en raison d'une occupation au sens du paragraphe 1 ci-dessus, des prestations en espèces au titre de l'assurance maladie légale ont été perçues par une institution d'assurance autrichienne.

3) Les dispositions du paragraphe 1 ne sont pas d'application si l'employeur ou le siège de l'entreprise qui emploie des salariés au sens du paragraphe 1, ne se trouve pas dans la République d'Autriche, dans la mesure où il ne s'agit pas d'employés d'une succursale en Autriche d'une telle entreprise.

4) Les dispositions de l'article 9 ne sont pas applicables à l'allocation pour enfants.

TITRE III

DISPOSITIONS DIVERSES

Article 26

1) Les autorités compétentes arrêteront d'un commun accord les mesures nécessaires à l'exécution du présent Traité. A cette fin, elles pourront notamment convenir de créer des bureaux de liaison qui permettront de faciliter l'exécution du présent Traité en ce qui concerne l'assurance maladie, l'assurance pension ainsi que l'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles.

2) Les autorités compétentes se communiqueront :

a) Tous renseignements relatifs aux mesures adoptées en vertu de l'application du présent Traité;

b) Tous renseignements concernant les modifications de leurs dispositions législatives qui ont une incidence sur l'application du présent Traité.

3) Les autorités administratives et les institutions d'assurance des deux Etats contractants se prêteront mutuellement assistance aux fins de l'application du présent Traité, comme s'il s'agissait de l'application de leurs propres dispositions législatives. Cette assistance sera fournie gratuitement. Les autorités compétentes des deux Etats contractants pourront toutefois convenir du remboursement de certains frais.

Article 27

1) Les examens médicaux auxquels doivent se soumettre, aux fins de l'application des dispositions législatives de l'un des Etats contractants, des personnes qui se trouvent sur le territoire de l'autre Etat contractant, seront effectués à la demande de l'institution d'assurance compétente par une institution d'assurance située sur le territoire de l'Etat contractant dans lequel se trouvent les personnes devant subir lesdits examens. L'institution d'assurance compétente remboursera les dépenses afférentes aux examens médicaux, ainsi que les frais de voyage, la perte de rémunération et les frais d'hospitalisation pour observation, de même que toutes les autres dépenses occasionnées par lesdits examens, à l'exception des frais de port. Les frais ne seront pas remboursés si l'examen médical a été effectué dans l'intérêt des institutions d'assurance compétentes des deux Etats contractants.

2) Pour la décision à prendre sur la réduction de capacité de travail, les certificats médicaux établis dans l'autre Etat contractant seront également reconnus comme base d'appréciation.

Article 28

Les cotisations dues à une institution d'assurance d'un Etat contractant peuvent être perçues sur le territoire de l'autre Etat contractant selon les procédures administratives applicables à la perception des cotisations dues aux institutions d'assurance correspondantes de cet autre Etat contractant.

Article 29

1) Si une personne qui reçoit des prestations, en vertu des dispositions législatives de l'un des Etats contractants, au titre d'un dommage subi sur le territoire de l'autre Etat contractant, a le droit, sur le territoire de cet Etat contractant, de demander à un tiers réparation dudit dommage, l'institution d'assurance débitrice est subrogée, conformément aux dispositions législatives qui lui sont applicables, aux droits que le bénéficiaire des prestations possède à l'égard dudit tiers.

2) Si une institution se trouvant sur le territoire d'un Etat contractant, de même qu'une institution se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, en raison de prestations de même nature réclamées pour un même dommage, ont un droit à indemnisation, le tiers en question peut satisfaire avec effet libératoire ces droits transférés aux deux institutions en vertu des dispositions du paragraphe 1, par versement à l'une ou l'autre institution. Dans les relations internes, les institutions sont solidairement tenues d'effectuer une péréquation sur la base des prestations qu'elles ont à servir.

Article 30

1) Le bénéfice des exemptions ou réduction de taxes ou de droits, y compris les droits consulaires et les taxes administratives, prévues par les dispositions législatives de l'un des Etats contractants en faveur des documents et des pièces devant être produits conformément aux dispositions législatives de cet Etat contractant est étendue aux documents et pièces qui devront être produits, conformément aux dispositions législatives de l'autre Etat contractant, du fait de l'exécution du présent Traité ou en vertu de ses dispositions.

2) Tous les documents et autres pièces devant être produits du fait de l'exécution du présent Traité sont dispensés de légalisation.

Article 31

Les autorités administratives et les institutions d'assurance de l'un des Etats contractants ne peuvent rejeter les demandes et autres pièces qui leur sont adressées pour le motif qu'elles sont rédigées dans la langue officielle de l'autre Etat contractant.

Article 32

1) Une demande de prestations déposées auprès d'un service compétent de l'un des Etats contractants, pour laquelle il existe un droit en considération des dispositions du présent Traité, est considérée comme demande de prestation déposée auprès de l'institution d'assurance compétente de l'autre Etat contractant.

2) Les demandes, déclarations ou recours qui, aux fins de l'application des dispositions législatives de l'un des Etats contractants, doivent être formulés ou exercés dans un délai déterminé auprès d'une autorité administrative ou d'une institution d'assurance de cet Etat contractant, peuvent être formulés ou exercés dans le même délai auprès du service correspondant de l'autre Etat contractant. Ces demandes, déclarations ou recours doivent être adressés sans retard, immédiatement ou par l'intermédiaire de l'autorité compétente des Etats contractants, au service compétent du premier Etat contractant.

Article 33

1) Les institutions d'assurance de l'un des Etats contractants qui, en vertu des dispositions du présent Traité, doivent des prestations en espèces à des bénéficiaires se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, peuvent les servir dans la monnaie du premier Etat contractant et les paiements ainsi effectués ont effet libératoire; toutefois, si elles doivent des sommes à des institutions d'assurance se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, le paiement doit être effectué dans la monnaie de cet autre Etat contractant.

2) Les virements de sommes nécessaires à l'exécution du présent Traité seront effectués conformément aux dispositions des accords de paiement en vigueur entre les deux Etats contractants au moment du virement.

Article 34

1) Tout différend qui surgirait entre les deux Etats contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Traité, fera l'objet de négociations immédiates entre les autorités compétentes des deux Etats contractants.

2) Si le différend ne peut être réglé de cette manière dans les six mois qui suivront le début des négociations, il sera soumis, à la demande de l'un ou l'autre des Etats contractants, à une commission d'arbitrage dont la constitution sera déterminée par un arrangement entre les deux Etats contractants. La procédure applicable sera déterminée de la même manière.

3) La commission d'arbitrage devra régler le différend selon les principes et dans l'esprit du présent Traité. Ses décisions ont force obligatoire et sont sans appel.

Article 35

1) Si une institution d'assurance de l'un des Etats contractants a versé une avance à une personne qui a droit à une prestation, cette institution d'assurance ou, sur sa demande, l'institution d'assurance compétente de l'autre Etat contractant peut déduire le montant de cette avance des versements auxquels ladite personne a droit pour la même période.

2) Si, à l'occasion d'une révision effectuée conformément au paragraphe 3 de l'article 20 ou le cas échéant en application de l'article 21, une institution d'assurance de l'un des Etats contractants constate qu'elle a versé à un bénéficiaire une somme supérieure à laquelle ce dernier a droit, elle peut demander à l'organisme payeur de déduire pour son compte le montant de l'excédent des versements qu'elle doit effectuer au titre des arriérés de l'assurance de l'autre Etat contractant pour la même période.

3) Si dans un Etat contractant une prestation de l'assistance sociale ou une prestation temporaire au titre de l'assurance chômage ou un complément de compensation a été accordé à un ayant droit au cours d'une période pendant laquelle celui-ci avait droit à des prestations en espèces, l'institution débitrice ou l'organisme payeur retient, à la demande et pour le compte du service en question, sur les sommes dues pour la même période un montant jusqu'à concurrence de la totalité des prestations versées, comme s'il s'agissait d'une prestation en espèces au titre des dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel a son siège l'organisme ayant formulé la demande.

TITRE IV

DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

Article 36

1) Le présent Traité ne confère aucun droit à des prestations pour une période antérieure à la date de son entrée en vigueur.

2) Pour déterminer si une personne a droit à des prestations, conformément aux dispositions du présent Traité, il sera également tenu compte de toute période d'assurance accomplie au regard des dispositions législatives de l'un des Etats contractants avant l'entrée en vigueur du présent Traité.

3) Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 du présent article, le présent Traité s'applique également aux risques qui se sont réalisés avant son entrée en vigueur. Dans ces cas, conformément aux dispositions du présent Traité :

a) Les pensions ou rentes qui ne sont dues qu'en vertu du présent Traité seront liquidées à la demande de l'intéressé, à compter de l'entrée en vigueur du présent Traité;

b) Les pensions ou rentes liquidées avant l'entrée en vigueur du présent Traité seront révisées à la demande de l'intéressé; elles pourront également être révisées d'office et, en pareil cas, la date à laquelle l'institution d'assurance aura adressé à l'intéressé la notification requise de l'ouverture de la procédure sera réputée être la date d'introduction de la demande.

c) Les pensions ou rentes qui ont été suspendues avant l'entrée en vigueur du Traité en raison du séjour de l'ayant droit dans l'autre Etat contractant, seront servies à la demande de l'ayant droit.

Si la demande de liquidation, de révision ou de paiement des pensions ou rentes a été déposée dans les deux ans après l'entrée en vigueur du Traité ou si la révision d'office a commencé dans ce délai, ces pensions ou rentes sont dues à compter de l'entrée en vigueur du Traité, sinon, à partir du jour fixé selon les dispositions législatives de chacun des deux Etats contractants.

4) En ce qui concerne les droits découlant de l'application de la lettre *a* du paragraphe 3 du présent article, les dispositions législatives des deux Etats contractants touchant la perte ou la prescription des droits ne seront pas applicables à l'intéressé si la demande est introduite dans les deux ans suivant la date de l'entrée en vigueur du présent Traité. Si la demande est introduite après l'expiration de ce délai, tout droit aux prestations qui n'a été ni perdu ni prescrit est recouvré à compter de la date de l'introduction de la demande, à moins que les dispositions législatives de l'un des Etats contractants ne contiennent des prescriptions plus favorables.

5) Dans les cas prévus au paragraphe 3, les dispositions du paragraphe 2 de l'article 35 sont applicables *mutatis mutandis*.

6) L'introduction d'une demande de révision auprès d'une institution d'assurance de l'un des Etats contractants oblige l'institution d'assurance compétente de l'autre Etat contractant à engager d'office une procédure de liquidation des droits ou, le cas échéant, de révision. Si une institution d'assurance engage d'office une procédure de révision, l'ouverture de cette procédure équivaut pour l'institution d'assurance de l'autre Etat contractant à une première demande de liquidation des droits ou, respectivement, de révision de la prestation.

7) Le caractère exécutoire de décisions extérieures ne fait pas obstacle à une révision.

Article 37

Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Ankara aussitôt que faire se pourra.

Article 38

Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

Article 39

Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Chacun des Etats contractants pourra le dénoncer moyennant un préavis de trois mois.

Article 40

1) Si le présent Traité prend fin, tous les droits acquis en application de ses dispositions seront maintenus.

2) Les droits en cours d'acquisition afférents aux périodes accomplies avant la date à laquelle le présent Traité aura pris fin n'en seront pas affectés; leur maintien

en ce qui concerne la période postérieure sera décidé d'un commun accord ou, faute d'un tel accord, sera régi par les dispositions législatives que l'institution d'assurance intéressée est chargée d'appliquer.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires ci-dessus désignés ont signé le présent Traité.

FAIT à Vienne, le 12 octobre 1966, en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

LUJO Tončić-SORINJ

Pour la République de Turquie :

SEYFI TURAGAY

PROTOCOLE FINAL AU TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE

A l'occasion de la signature du Traité conclu ce jour entre la République d'Autriche et la République de Turquie relatif à la sécurité sociale, les plénipotentiaires des deux Etats contractants déclarent conjointement qu'il existe un accord entre les dispositions suivantes :

1. *En ce qui concerne l'article premier du Traité :*

Le terme « pension » figurant au point 12 ne comprend pas le complément de compensation selon les dispositions législatives autrichiennes.

2. *En ce qui concerne l'article 2 du Traité :*

Le terme « appelé au service » employé au point 1 du paragraphe 1 comprend également les personnes assimilées au sens des prescriptions relatives à la pension alimentaire.

3. *En ce qui concerne l'article 3 du Traité :*

a) Sont également considérées comme ressortissants autrichiens au sens du présent Traité, les personnes ayant séjourné non seulement à titre temporaire au 11 juillet 1953, au 1^{er} janvier 1961 ou au 27 novembre 1961 sur le territoire de la République d'Autriche et devant être considérées après la date en question comme Volksdeutsche (personnes de langue allemande qui sont apatrides ou dont la nationalité n'a pas été déterminée).

b) Les dispositions du paragraphe 2 s'appliquent *mutatis mutandis* aux représentants commerciaux autrichiens et à leurs collaborateurs spécialistes nommés par la Chambre fédérale de l'industrie ainsi qu'aux représentants de ladite Chambre pour les questions de recrutement des travailleurs.

4. *En ce qui concerne l'article 4 du Traité :*

a) La situation d'égalité des ressortissants turcs avec les ressortissants autrichiens en vertu du paragraphe 1 ne s'applique pas à la réunion des conditions personnelles selon les dispositions législatives autrichiennes, dans les cas suivants :

aa) En matière d'assurance pensions (rentes) pour la prise en compte des périodes de cotisation accumulées après le 12 mars 1938 et avant le 10 avril 1945 dans une assurance rentes de l'ancien Reich allemand au titre de l'assurance obligatoire et respectivement du droit à l'assurance, dont le lieu de travail ou respectivement le lieu de résidence est situé hors du territoire de l'Autriche;

bb) En matière d'assurance accident pour la prise en charge de l'obligation d'indemnisation pour accidents du travail (maladies professionnelles) survenus au cours de la période mentionnée à la lettre aa au titre de l'assurance accident de l'ancien Reich allemand hors du territoire de l'Autriche.

b) Dans le cadre de l'assurance pensions (rentes), sont considérées comme périodes assimilées au sens du Traité, pour les ressortissants turcs, les périodes ci-après, sans préjudice des autres conditions préalables :

aa) En ce qui concerne la première guerre mondiale, les périodes de service militaire dans l'armée austro-hongroise ou dans l'armée d'un Etat allié, ainsi que les

périodes assimilées concernant les prisonniers de guerre (internés civils) et leur retour au foyer;

bb) En ce qui concerne la deuxième guerre mondiale, les périodes de service militaire dans les forces armées de l'ancien Reich allemand et des Etats alliés, les périodes de service obligatoire de défense ou de travail, ainsi que les périodes assimilées de services de secours d'urgence ou de défense passive, de détention en tant que prisonnier de guerre (interné civil) et de retour au foyer.

Ces dispositions ne portent pas atteinte aux dispositions législatives autrichiennes concernant les avantages accordés aux personnes lésées pour des motifs politiques ou religieux ou pour des motifs d'origine raciale.

c) Si la prise en compte de périodes de scolarité dépend d'une période postérieure de service militaire ou d'une période assimilée, il doit être tenu compte seulement des périodes indiquées à la lettre *b*.

d) Les dispositions de la loi fédérale autrichienne du 22 novembre 1961 sur les droits à prestations et les droits en cours d'acquisition au titre de l'assurance pensions (rentes) et de l'assurance accidents pour activités exercées à l'étranger, ne sont pas applicables aux ressortissants turcs.

5. *En ce qui concerne l'article 5 du Traité :*

Le complément de péréquation en vertu des dispositions législatives autrichiennes n'est pas accordé en cas de résidence de l'ayant droit à la pension sur le territoire de l'autre Etat contractant.

6. *En ce qui concerne l'article 7 du Traité :*

Les salariés d'une entreprise turque sont également considérés comme employés en Autriche, même s'ils ne remplissent pas les conditions de résidence requises en vertu des dispositions législatives autrichiennes.

7. *En ce qui concerne l'article 10 du Traité :*

Pour l'accomplissement d'une période d'attente sont également considérées comme périodes d'assurance les autres périodes à prendre en compte selon les dispositions législatives autrichiennes.

8. *En ce qui concerne l'article 12 du Traité :*

a) Les dispositions du paragraphe 1 sont applicables :

aa) Aux personnes résidant pour l'exercice de leur occupation sur le territoire de l'autre Etat contractant, ainsi qu'aux membres de leur famille qui les accompagnent;

bb) Aux personnes séjournant sur le territoire de l'autre Etat contractant pour y rendre visite aux membres de leur famille qui y résident;

cc) Aux membres de la famille résidant sur le territoire d'un Etat contractant, de personnes assurées auprès d'une institution de l'autre Etat contractant;

dd) Aux personnes qui, pour d'autres motifs, résident sur le territoire de l'autre Etat contractant, s'il leur a été accordé un traitement ambulatoire pour le compte de l'institution d'assurance compétente pour le lieu de séjour;

b) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 à 6 sont applicables, dans la mesure où il s'agit de salariés au titre du paragraphe 1 de l'article 8, sans considération de nationalité.

9. *En ce qui concerne l'article 14 du Traité :*

a) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 sont applicables *mutatis mutandis* aux personnes demandant une pension.

b) Pour l'application des dispositions du paragraphe 2, en matière d'assurance maladie des retraités, le séjour sur le territoire de la Turquie est considéré comme lieu de résidence permanent sur le territoire de l'Autriche.

10. *En ce qui concerne l'article 16 du Traité :*

Le remboursement des dépenses pour les ayants droit au titre de l'assurance pensions ou de l'assurance accidents autrichienne en vertu du paragraphe 2 de l'article 14, sera effectué sur les cotisations versées à l'Association générale des institutions d'assurance sociale autrichienne pour l'assurance maladie des retraités.

11. *En ce qui concerne l'article 18 du Traité :*

a) En ce qui concerne la proportion et les modalités selon lesquelles les périodes d'assurance doivent être prises en compte, sont applicables les dispositions législatives de l'Etat contractant auprès de l'assurance duquel ces périodes ont été accomplies, d'après la règle selon laquelle un mois d'assurance de l'assurance pensions autrichienne équivaut à 30 jours de cotisation à l'assurance rentes turque; et selon laquelle les périodes d'assurance turque, pour autant qu'elles ne soient liquidables que pour une période de trois mois, sont considérées comme accomplies chacune pour un tiers dans le mois civil particulier dans l'assurance pension autrichienne;

b) L'assurance particulière au sens du paragraphe 2 est en Autriche l'assurance pension des mineurs. Pour la prise en compte des périodes d'assurance turque au sens du paragraphe 2 dans l'assurance pension des mineurs autrichiens, il est posé comme condition que ces périodes correspondent à une activité exercée dans certains groupes d'entreprises turques respectivement en tant que membre de certains groupes de salariés. Une liste pertinente peut être obtenue auprès des autorités compétentes des deux Etats contractants sur référence à l'article 15 de la loi fédérale autrichienne du 9 septembre 1955 sur la sécurité sociale générale.

12. *En ce qui concerne l'article 19 du Traité :*

Les institutions d'assurance des deux Etats contractants appliquent l'article susmentionné de la manière suivante :

a) Pour l'application du paragraphe 3, 30 jours de cotisation accomplis selon les dispositions législatives turques équivalent à un mois d'assurance à prendre en compte selon les dispositions législatives autrichiennes et vice versa.

b) Pour l'établissement de la base de calcul, il est exclusivement tenu compte des périodes d'assurance accomplies au titre de l'assurance pension (rentes) de l'Etat contractant considéré.

c) Si au cours du calcul de la majoration progressive autrichienne, le plafond de mois d'assurance est pris en considération, le rapport de répartition selon la lettre *b* du paragraphe 3 doit être déterminé sur la base de toutes les périodes d'assurance prises en compte par les institutions d'assurance des deux Etats contractants sans considération de ce plafond.

d) Lors de la constatation du total des prestations selon la lettre *a* du paragraphe 3 par les institutions d'assurance autrichiennes, doivent être prises en considération les périodes d'assurance turque à prendre en compte pour la prestation

turque, sans application des dispositions législatives autrichiennes relatives à l'imputabilité.

e) Les institutions d'assurance autrichiennes doivent appliquer aux pensions calculées selon les dispositions de la lettre *a* du paragraphe 3, les dispositions législatives relatives à la réduction ou la suspension.

f) Lors de l'application de la lettre *a* du paragraphe 3, les montants perçus postérieurement pour l'acquisition de périodes assimilées au titre de l'assurance-pension autrichienne ne doivent pas être traités comme cotisations à l'assurance complémentaire.

g) Si les institutions d'assurance autrichiennes ne peuvent déterminer les bases de cotisation pour la constitution d'une base de calcul dans les cas où la date de référence est antérieure au 1^{er} janvier 1962, il sera pris en considération comme base de cotisation le multiple en vigueur dans chaque cas, selon les dispositions législatives autrichiennes, du salaire journalier d'un travailleur de même catégorie au 31 décembre 1946 jusqu'à la base de cotisation maximum entrée en vigueur dans chaque cas.

h) Pour l'établissement de l'appartenance et de la compétence en matière de prestation au titre de l'assurance pension autrichienne, on prendra en considération les périodes d'assurance turque selon la nature de l'occupation correspondant à ces périodes. Les périodes pendant lesquelles il existe ou a existé un droit au titre de l'assurance pension turque du fait de la réalisation du risque de vieillesse ou d'invalidité, seront considérées en fonction de l'activité exercée en dernier lieu avant la survenance de la réalisation du risque. Si la nature de l'activité ne peut plus être établie pour une certaine période, on prendra en considération les périodes d'assurance concernant cette activité, comme si elles avaient été fondées sur une relation d'assurance pour laquelle l'office d'assurance pension des ouvriers était compétent. Pour la détermination de l'appartenance à l'assurance pension des mineurs autrichiens, ne seront prises en compte parmi les périodes d'assurance turque que les périodes d'assurance visées à la lettre *b* du point 11.

i) Pour le droit à la prime d'ancienneté des mineurs et pour le droit à la pension de mineurs pour employés, parmi les périodes d'assurance turque visées à la lettre *b* du point 11, ne seront prises en considération que celles qui correspondent à des travaux mentionnés dans la loi fédérale autrichienne à la lettre *b* du point 11 de l'annexe 9, et ce dans les conditions prévues par lesdites dispositions. Pour le calcul de la partie de la prime d'ancienneté des mineurs qui doit être versée par l'assurance pension des mineurs autrichiens, les dispositions du paragraphe 3 sont applicables, étant entendu que seules les périodes considérées en vertu de la première phrase doivent être prises en compte.

j) Pour les conditions d'acquisition et pour les prestations de la pension de retraite des mineurs au titre de l'assurance des mineurs autrichiens, les périodes d'assurance turque ne seront pas prises en considération.

k) L'allocation supplémentaire d'invalidité doit être prise en compte selon les dispositions législatives autrichiennes au titre de la pension partielle autrichienne dans la mesure des montants limites proportionnellement réduits en vertu de la lettre *b* du paragraphe 3.

l) Lors de l'application de la lettre *a* du paragraphe 3 du Traité aux réalisations de risques pour lesquelles la quatrième partie de la loi fédérale autrichienne mentionnée à la lettre *b* du point 11 n'est pas d'application, l'institution d'assurance autrichienne doit fixer des majorations progressives pour les périodes d'assurance

turque, en fonction de la règle selon laquelle, en tant que majoration progressive annuelle selon l'état des dispositions législatives au 31 décembre 1946, sont attribués les montants suivants :

- aa) Pour la rente invalidité dans le cas des hommes 40 Groschen, dans le cas des femmes 25 Groschen pour chaque semaine imputable;
- bb) Pour la pension de retraite dans le cas des hommes 2,70 schillings, dans le cas des femmes 1,90 schilling pour chaque mois imputable;
- cc) Pour la pension de retraite complète des mineurs — dans le cas des hommes 4,60 schillings, dans le cas des femmes 3, — schillings pour chaque mois imputable;
- dd) Pour la pension de retraite complète des mineurs — dans le cas des hommes 2,90 schillings, dans le cas des femmes 1,90 schilling pour chaque mois imputable.

Si au titre de l'assurance pension autrichienne, il est accordé un montant d'indemnisation pour des périodes d'activité en tant qu'ouvrier avant le 1^{er} janvier 1939, les montants progressifs ne doivent être fixés que pour les périodes d'assurance turque postérieures au 31 décembre 1938;

m) Les versements particuliers de pensions au titre de l'assurance pension autrichienne sont effectués au prorata de la prestation partielle autrichienne; les dispositions de l'article 21 sont applicables *mutatis mutandis*.

13. *En ce qui concerne l'article 22 du Traité :*

Les dispositions législatives autrichiennes relatives à la liquidation d'une rente complète en raison d'un accident du travail récent ou d'une maladie professionnelle récente ne sont pas applicables.

14. *En ce qui concerne l'article 24 du Traité :*

Ces dispositions sont applicables, dans la mesure où il s'agit de salariés selon les dispositions du paragraphe 1 de l'article 8, sans considération de nationalité.

Le présent Protocole final est partie intégrante du Traité entre la République d'Autriche et la République de Turquie relatif à la sécurité sociale. Il entre en vigueur le même jour que le Traité et demeurera en vigueur pendant la même durée que le Traité.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires ont signé le présent Protocole final et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Vienne, le 12 octobre 1966, en quatre exemplaires originaux, dont deux en langue allemande et deux en langue turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

LUJO Tončić-SORINJ

Pour la République de Turquie :

SEYFI TURAGAY

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ COMPLÉMENTAIRE AU TRAITÉ DU 12 OCTOBRE 1966
ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE
DE TURQUIE RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE²

Le Président fédéral de la République d'Autriche et le Président de la République de Turquie,

Sont convenus de modifier et de compléter le Traité conclu le 12 octobre 1966 relatif à la sécurité sociale — ci-après dénommé le Traité — et ont désigné à cette fin pour leurs plénipotentiaires :

Le Président de la République d'Autriche : Monsieur Franz Herbatschek, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de la République d'Autriche auprès de la République de Turquie;

Le Président de la République de Turquie : Monsieur Cenap Keskin, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire au Ministère des affaires étrangères de la République de Turquie, Directeur de la Section de la sécurité sociale.

Les plénipotentiaires, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenues des dispositions suivantes :

Article premier

1. a) Le point 4 de l'article premier du Traité est rédigé comme suit :

« 4. L'expression « autorité compétente » désigne : en ce qui concerne l'Autriche, le Ministre fédéral de l'administration sociale, et pour ce qui est des allocations familiales, le Ministre fédéral des finances; en ce qui concerne la Turquie, le Ministère du Travail; ».

b) Le point 13 de l'article premier du Traité est rédigé comme suit :

« 13. L'expression « allocations familiales » désigne : les allocations familiales selon les dispositions législatives autrichiennes. »

2. Le paragraphe 1 de l'article 2 du Traité est rédigé comme suit :

« 1) Le présent Traité s'applique :

1. En Autriche, aux dispositions législatives relatives à :

a) L'assurance maladie, à l'exception des assurances particulières suivantes :

aa) L'assurance particulière pour survivants de victimes de la guerre et survivants d'appelés au service;

bb) L'assurance particulière pour mutilés de guerre et mutilés appelés au service en formation professionnelle;

¹ Entré en vigueur le 1^{er} décembre 1976, soit le premier jour du deuxième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne le 13 octobre 1976, conformément au paragraphe 2 de l'article IV.

² Voir p. 257 du présent volume.

b) L'assurance pension des ouvriers, l'assurance pension des employés et l'assurance pension des mineurs;

c) L'assurance pension des travailleurs indépendants de l'artisanat et de l'industrie;

d) L'assurance pension des travailleurs indépendants de l'agriculture et des forêts;

e) L'assurance accident, à l'exception de l'assurance accident des personnes exerçant une activité indépendante et de l'assurance accident des mutilés de guerre et mutilés appelés au service en formation professionnelle;

f) Les allocations familiales;

2. En Turquie, aux dispositions législatives relatives à :

a) L'assurance maladie, l'assurance maternité, l'assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles et l'assurance invalidité, vieillesse et survivants des salariés;

b) L'assurance invalidité, vieillesse et survivants des travailleurs indépendants;

c) La Caisse des pensions pour les fonctionnaires et employés de l'Etat;

d) Les caisses d'assurances sociales, dans la mesure où elles exécutent des assurances mentionnées à la lettre *a* pour des salariés dont les catégories sont mentionnées dans la loi turque relative aux assurances sociales. »

3. L'article 3 du Traité est rédigé comme suit :

« Le présent Traité est applicable, pour autant qu'il n'en dispose pas autrement, aux ressortissants des États contractants ainsi qu'aux membres de leur famille et à leurs survivants. »

4. Il est ajouté à l'article 6 du Traité un paragraphe 3 libellé comme suit :

« 3) Pour la constitution d'un droit à pension au titre de l'assurance pension autrichienne des travailleurs indépendants de l'artisanat et de l'industrie, la cessation de l'activité lucrative indépendante correspondante en Turquie est assimilée à l'extinction de l'autorisation de travail, respectivement de la relation sociale en Autriche. »

5. L'article 7 du Traité est rédigé comme suit :

« 1) Sous réserve des dispositions des articles 8, 8*a* et 9, l'obligation d'assurance est régie selon les dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'activité lucrative est exercée. Ces dispositions sont applicables à l'exercice d'une activité lucrative non indépendante même si l'employeur ou le siège de l'entreprise se trouve sur le territoire de l'autre Etat contractant.

2) Si l'application du paragraphe 1 a pour effet qu'en vertu des dispositions législatives des dispositions législatives des Etats contractants, il existe dans le même temps une obligation d'assurance, les dispositions suivantes sont d'application :

a) En cas d'exercice simultané d'une activité non indépendante et d'une activité indépendante, l'obligation d'assurance est régie par les dispositions législatives de l'Etat contractant sur le territoire duquel l'activité lucrative non indépendante est exercée.

b) En cas d'exercice simultané d'activités lucratives indépendantes, l'obligation d'assurance est régie par les dispositions législatives de l'Etat contractant dans lequel le travailleur réside habituellement. »

6. Après l'article 8 du Traité, il est inséré un article 8a libellé comme suit :

« 1) Si un ressortissant de l'un des Etats contractants au service de cet Etat contractant ou d'un autre employeur public de cet Etat contractant est employé dans l'autre Etat contractant, les dispositions législatives du premier Etat contractant sont d'application.

2) Si un ressortissant autrichien réside habituellement en Turquie et y est employé auprès de la représentation consulaire de carrière de l'Autriche, les dispositions législatives turques sont d'application. Si un ressortissant turc réside habituellement en Autriche et y est employé auprès de la représentation diplomatique ou de la représentation consulaire de carrière de la Turquie, les dispositions législatives autrichiennes sont d'application. Le salarié peut, dans les trois mois qui suivent le commencement de son occupation, choisir l'application des dispositions législatives de l'Etat contractant dont il est ressortissant. Il est alors considéré comme employé au lieu dans lequel le Gouvernement de cet Etat contractant a son siège. Ce choix doit être déclaré à l'employeur. Les dispositions législatives choisies sont applicables de manière irrévocable à compter du jour de la déclaration.

3) Si un ressortissant de l'un des Etats contractants est employé en service personnel dans l'autre Etat contractant par un membre de la représentation diplomatique ou consulaire de carrière du premier Etat contractant, les dispositions du paragraphe 2 sont applicables *mutatis mutandis*.

4) Les dispositions des paragraphes 1 à 3 ne sont pas applicables aux employés d'un consul honoraire. »

7. L'article 9 du Traité est rédigé comme suit :

« A la demande conjointe du salarié et de l'employeur intéressés ou à la demande du travailleur indépendant intéressé, l'autorité compétente de l'Etat contractant dont les dispositions législatives seraient applicables en vertu des articles 7 à 8a, peut admettre l'exemption de ces dispositions législatives, si les personnes en question sont assujetties aux dispositions législatives de l'autre Etat contractant. Il y a lieu de considérer, lors de la prise d'une telle décision, la nature et les circonstances de l'occupation exercée. Avant qu'une décision soit prise à ce sujet, il sera donné à l'autorité compétente de l'autre Etat contractant l'occasion de prendre position à cet égard. Si le salarié n'exerce pas son activité sur le territoire de ce dernier Etat, il sera considéré comme y exerçant son activité. »

8. Le paragraphe 2 de l'article 16 du Traité est rédigé comme suit :

« 2) Aux fins de simplification des formalités administratives, les autorités compétentes pourront convenir, sur proposition des institutions d'assurance participantes, pour tous les cas ou pour certains groupes de cas, de remplacer les décomptes individuels par des versements forfaitaires. »

9. a) Au paragraphe 3 de l'article 18, première phrase, introduire après les mots « six mois au total », les mots « pour le calcul de la pension ».

b) Au paragraphe 3 de l'article 18, fin de la première phrase, remplacer les mots « au paragraphe 3 de l'article 19 » par les mots « à la lettre *b* du paragraphe 3 de l'article 19 ».

10. Au paragraphe 1 de l'article 19 du Traité, remplacer l'expression « des paragraphes 2 à 5 » par l'expression « des paragraphes suivants ».

11. Au titre II, le chapitre 4 du Traité est rédigé comme suit;

« Chapitre 4

Allocations familiales

Article 25

1) Les ressortissants turcs exerçant une activité de salarié en Autriche, en vertu d'une autorisation de travail délivrée en application des dispositions législatives autrichiennes, sans toutefois avoir leur domicile ou leur résidence habituelle en Autriche, ont droit, selon les dispositions législatives autrichiennes, aux allocations familiales, également pour leurs enfants vivant en Turquie; un droit aux allocations familiales n'existe que si l'occupation en Autriche a une durée d'au moins un mois civil.

2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux ressortissants turcs qui ont un domicile à la fois en Autriche et en Turquie, mais qui ont leur centre d'intérêt vital en Turquie.

3) Les dispositions de l'article 5 ne sont applicables aux allocations familiales que dans la mesure où sont réunies les conditions mentionnées au paragraphe 1 ci-dessus, et aux périodes pour lesquelles, en raison d'une occupation au sens du paragraphe 1 ci-dessus, des prestations en espèces au titre de l'assurance maladie légale ont été perçues par une institution d'assurance autrichienne.

4) Les dispositions du paragraphe 1 ne sont pas d'application si l'employeur ou le siège de l'entreprise qui emploie des salariés au sens du paragraphe 1, ne se trouve pas en Autriche, dans la mesure où il ne s'agit pas d'employés d'une succursale en Autriche d'une telle entreprise.

5) Les dispositions de l'article 9 ne sont pas applicables aux allocations familiales. »

12. Le paragraphe 1 de l'article 26 du Traité est ainsi rédigé :

« 1) Les autorités compétentes peuvent arrêter d'un commun accord les mesures administratives nécessaires à l'exécution du présent Traité. Elles pourront notamment créer des bureaux de liaison permettant de faciliter l'exécution du présent Traité. »

13. a) Le texte de l'article 28 du Traité devient le paragraphe 1 dudit article.

b) Il est ajouté à l'article 28 du Traité un paragraphe 2 ainsi libellé :

« 2) Des injonctions de paiement d'arriérés ayant force exécutoire concernant des allocations familiales perçues à tort, dont le remboursement a été prescrit en vertu des dispositions législatives applicables au titre de l'article 2, seront reconnues en Turquie et les montants indiqués sur ces injonctions de

paiement d'arriérés seront recouverts selon les procédures administratives applicables pour le recouvrement des cotisations dues aux institutions d'assurance turques. »

14. Au paragraphe 1 de l'article 32 du Traité, remplacer le point par un point-virgule et ajouter le membre de phrase suivant :

« ces dispositions ne sont pas applicables si le requérant demande expressément que la liquidation d'une prestation de vieillesse acquise selon les dispositions législatives d'un Etat contractant soit remise à plus tard. »

15. Après l'article 36, il est introduit un article 36*a* ainsi rédigé;

« Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 6 et du paragraphe 1 de l'article 18 du Traité ne dérogent à aucun droit actuellement acquis aux termes des dispositions législatives autrichiennes par les personnes qui ont subi un préjudice en matière de sécurité sociale pour des motifs d'ordre religieux ou politiques ou en raison de leurs origines ethniques. »

16. Au point 3 du Protocole final, supprimer les indications « lettre *a* » et « lettre *b* ».

17. Au point 4 du Protocole final, ajouter la lettre *e* dont le texte est le suivant :

« *e*) Les dispositions législatives autrichiennes relatives à la prise en compte des périodes d'activité lucrative indépendante accomplies sur le territoire de l'ancienne monarchie austro-hongroise en-dehors du territoire de la République d'Autriche ne sont pas applicables aux ressortissants turcs. »

18. *a*) La lettre *c* du point 12 du Protocole final est ainsi rédigée :

« Si la durée totale des périodes d'assurance à prendre en compte en vertu des dispositions législatives des deux Etats contractants est supérieure au plafond fixé pour le calcul de la majoration progressive selon les dispositions législatives autrichiennes, la fraction de pension due doit être calculée en fonction du rapport existant entre la durée des périodes d'assurance à prendre en compte en vertu des dispositions législatives autrichiennes et le plafond mentionné de mois d'assurance. »

b) A la lettre *k* du point 12 du Protocole final, ajouter la phrase suivante :

« Si en revanche, il existe un droit à pension sur la seule base des périodes d'assurance à prendre en compte en vertu des dispositions législatives autrichiennes, l'allocation supplémentaire d'invalidité est due dans la mesure correspondant à cette pension, à moins qu'une majoration de la pension pour impotence ne soit accordée en vertu des dispositions législatives turques. »

c) Au point 12 du Protocole final, ajouter les lettres *n* et *o* qui sont rédigées comme suit :

« *n*) Lors de l'application des lettres *a* et *b* du paragraphe 3, les institutions d'assurance doivent prendre en compte dans leur proportion réelle, les périodes d'assurance qui coïncident, sans préjudice des dispositions du paragraphe 4.

o) Lors de l'application des dispositions législatives autrichiennes relatives à l'imputation de périodes d'assurance dans le cas du maintien de l'entreprise par la veuve, les périodes d'assurance turque ne doivent pas être prises en compte. »

19. Ajouter au Protocole final un point 15 qui est rédigé comme suit :

« 15. Le chapitre 2 du Titre II n'est pas d'application dans les cas où, en vertu des dispositions législatives autrichiennes relatives à l'assurance pension des travailleurs indépendants de l'agriculture et des forêts, les dispositions législatives relatives à l'assurance rentes-allocations agricoles sont encore applicables. »

Article II

Le délai fixé au paragraphe 2 de l'article 8a du Traité dans la version du point 6 de l'article premier, commence à courir, pour les personnes exerçant une activité au jour de l'entrée en vigueur du présent Accord complémentaire, à compter de la date en question.

Article III

1) Lors de l'application du Traité en ce qui concerne les dispositions législatives mentionnées aux lettres *c* et *d* du point 1 du paragraphe 1 de l'article 2 ainsi qu'aux lettres *b* à *d* du point 2 du Traité dans la version du présent Accord complémentaire, les dispositions de l'article 36 du Traité sont applicables *mutatis mutandis*.

2) Lors de l'application de l'article 36a du Traité dans la version du présent Accord complémentaire, les dispositions de la lettre *b* du paragraphe 3 et celles du paragraphe 7 de l'article 36 du Traité sont applicables *mutatis mutandis*.

Article IV

1) Le présent Accord complémentaire est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Vienne aussitôt que faire se pourra.

2) Le présent Accord complémentaire entrera en vigueur, sauf dispositions postérieures à cet effet contraire, le premier jour du deuxième mois après l'expiration de celui au cours duquel les instruments de ratification auront été échangés.

3) Les dispositions du point 15 de l'article premier prendront effet rétroactivement à compter de l'entrée en vigueur du Traité.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires ont signé le présent Accord complémentaire et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Ankara, le 6 août 1974, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

FRANZ HERBATSCHKE

Pour la République de Turquie :

CENAP KESKIN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

DEUXIÈME ACCORD¹ COMPLÉMENTAIRE AU TRAITÉ DU 12 OCTOBRE 1966 ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DE TURQUIE RELATIF À LA SÉCURITÉ SOCIALE²

La République d'Autriche et la République de Turquie sont convenues de modifier et de compléter comme indiqué ci-dessous le Traité conclu le 12 octobre 1966 relatif à la sécurité sociale, ci-après dénommé le Traité :

Article premier

1. Le point 4 de l'Article premier est rédigé comme suit :

« 4. L'expression « autorité compétente » désigne : en ce qui concerne l'Autriche, le Ministre fédéral de l'administration sociale, et pour ce qui est des allocations familiales, le Ministre fédéral des finances; en ce qui concerne la Turquie, le Ministère de la sécurité sociale; »

2. Le chapitre 4 du Titre II est ainsi rédigé :

« Chapitre 4

Allocations familiales

Article 25

1) Une personne exerçant une activité en tant que salarié dans un Etat contractant a droit à des allocations familiales en vertu des dispositions législatives de cet Etat contractant, également pour les enfants qui résident en permanence dans l'autre Etat contractant.

2) Pour le droit aux allocations familiales, ces salariés seront traités comme s'ils avaient leur domicile exclusivement dans l'Etat contractant où ils exercent leur occupation.

Article 25a

L'allocation familiale accordée en vertu des dispositions législatives autrichiennes pour les enfants qui résident en permanence en Turquie est de 600 schillings pour chaque enfant. Ce montant est majoré ou diminué en fonction du même coefficient d'augmentation ou de diminution qui est applicable en Autriche à l'allocation familiale pour enfant à partir du 1^{er} janvier 1978.

¹ Entré en vigueur avec effet rétroactif au 1^{er} juillet 1978, soit deux ans à compter de la date de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Ankara le 1^{er} juillet 1980, conformément à l'article II.

² Voir p. 257 du présent volume.

Article 25b

1) Si les dispositions législatives d'un Etat contractant prévoient des périodes d'attente déterminées pour l'obtention du droit aux allocations familiales, les périodes de même nature accumulées dans l'autre Etat contractant sont prises en compte.

2) Les salariés qui perçoivent des prestations en espèces en vertu des dispositions législatives d'un Etat contractant relatives à l'assurance maladie ou à l'assurance chômage, doivent être traités, en ce qui concerne le droit aux allocations familiales, comme s'ils exerçaient leur activité dans l'Etat contractant en vertu des dispositions législatives duquel ils perçoivent ces prestations en espèces.

Article 25c

Lorsque, compte tenu des dispositions du présent Traité, une personne a rempli successivement au cours d'un mois civil les conditions donnant droit aux allocations pour un enfant conformément aux dispositions législatives de l'un et de l'autre Etat contractant, les allocations familiales pour ce mois ne sont accordées que par l'Etat contractant selon les dispositions législatives duquel elles étaient payables au début du mois.

Article 25d

Si, compte tenu des dispositions du présent Traité, les conditions prévues par les dispositions législatives des deux Etats contractants pour l'octroi d'allocations familiales pour un enfant dans les deux Etats contractants, les allocations familiales concernant ledit enfant ne sont accordées que conformément aux dispositions législatives de l'Etat contractant dans lequel l'enfant réside de manière permanente.

Article 25e

Sont considérées comme enfants au titre du présent chapitre, les personnes pour lesquelles des allocations familiales sont prévues en vertu des dispositions législatives applicables.

3. Ajouter au Protocole final au Traité des points 16 et 17 ainsi libellés :

« 16. *Au chapitre 4 du Titre II du Traité :*

En ce qui concerne les allocations familiales, l'article 4 n'est d'application que selon les dispositions des articles 25 à 25e.

17. *Aux articles 25 et 25a du Traité :*

a) Le droit aux allocations familiales n'existe que si l'activité exercée n'est pas contraire aux prescriptions en vigueur sur l'emploi des salariés étrangers;

b) Le droit aux allocations familiales en vertu des dispositions législatives autrichiennes n'existe que si l'activité est exercée en Autriche pendant une période d'au moins un mois civil; ce temps d'attente ne donne pas lieu à une imputation en vertu des dispositions de l'article 25b;

c) Le droit à la majoration des allocations familiales pour enfants gravement handicapés, en vertu des dispositions législatives autrichiennes, n'existe que pour les enfants qui résident en Autriche de manière permanente. »

Article II

1. Le présent Accord complémentaire est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Ankara aussitôt que faire se pourra.

2. Le présent Accord complémentaire entre en vigueur avec effet rétroactif de deux ans à compter du jour où les instruments de ratification auront été échangés.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires ont signé le présent Accord complémentaire et y ont apposé leurs sceaux.

FAIT à Vienne, le 30 novembre 1979, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et turque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche :

WILLIBALD P. PAHR

Pour la République de Turquie :

ASAF INHAN

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement autrichien a enregistré le 15 avril 1992 le Traité relatif à la sécurité sociale entre la République d'Autriche et la République de Turquie signé à Vienne le 2 décembre 1992¹.

Ledit Traité, qui est entré en vigueur le 1^{er} avril 1985, stipule au paragraphe 1 de son article 44, l'abrogation du Traité du 12 octobre 1966 relatif à la sécurité sociale, tel que modifié par l'Accord complémentaire du 6 août 1974 et le Deuxième Accord complémentaire du 30 novembre 1979.

(15 avril 1992)

¹ Voir p. 291 du présent volume.

